Preußische Allgemeine Zeitung

DAS OSTPREUSSENBLATT – WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 43 – 29. Oktober 2005 www.preussische-allgemeine.de C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Hauen und Stechen

Wie Angela Merkel vor dem Einzug ins Kanzleramt beschädigt wird

Von JOACHIM TJADEN



Angespannt: CDU-Chefin Merkel und ihr Kritiker JU-Vorsitzender Philipp Mißfelder Foto: pa

Die für das Land schicksalhaften Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition werden in diesen Tagen von einer offen ausgetragenen, in ihrer Schärfe selten erlebten Zerreißprobe über Kursbestimmung und Vormacht in der Union überlagert. Schon ist die designierte Kanzlerin Angela Merkel schwerst beschädigt. CDU und CSU vermitteln das Bild, als setzten sie ihre Regierungsfähigkeit wissentlich aufs Spiel und gefährdeten ihre sieben rotgrüne Jahre lang erträumte Kanzlerschaft.

Den Auftakt zum Selbstzerfleischungsprozeß, der verblüffend an den langjährigen Umgang der SPD mit ihrem ungeliebten Kanzler Schröder erinnert, lieferte der CDU größter Landesverband Nordrhein-Westfalen. Der Düsseldorfer Ministerpräsident Jürgen Rüttgers artikulierte öffentlich dessen Frustration darüber, wider alle Parteiarithmetik keinen Ministerposten in Merkels Regierungstableau erhalten zu haben: Man sei „tief verärgert von der Düpierung“. Drohend fügte er hinzu: „Die Berliner Personalentscheidungen sind eine Belastung für die Zusammenarbeit.“

Der Wut-Ouvertüre folgte sogleich der Merkel-Demontage erster Akt. Rüttgers CDU-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann rechnete gnadenlos mit dem Neuwahlkampf der Kanzlerkandidatin ab: „Die Union ist in vielen Regionen Deutschlands keine Volkspartei mehr, weil sie ihre christlich-soziale Wurzel ausradiert hat.“ Laumann, auch Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, linker Flügel der Partei, ergänzte: „Es muß in Zukunft verhindert werden, daß die Union noch einmal so an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeiredet wie im jüngsten Bundestagswahlkampf.“

Als Sekundant der Düsseldorfer Frustrierten trat Merkels Stellvertreter im Bundesvorstand, der rheinland-pfälzische CDU-Chef Christoph Böhr auf: „Die eigentliche Ursache für das schlechte Wahlergebnis ist doch, daß es uns immer weniger gelingt, unsere Anhänger und Wähler hinter einem gesellschaftspolitischen Leitbild zu versammeln.“ Diese Spitze gegen Merkels von Mehrwertsteuererhöhungs-Planspielen und Einschnitten ins soziale Sicherungsnetz getragene Wahlkampfstrategie saß. Nun brachen in der Union alle Dämme: Unabgesprochen mit der Parteivorsitzenden forderte ausgerechnet Norbert Lammert, von ihr gerade erst ins Amt des Bundestagspräsidenten lanciert, plötzlich, um die Union nach vorn zu bringen, eine Wiederaufnahme der Diskussion um eine „deutsche Leitkultur“: Eben dieser Werteansatz war im Jahr 2001 von Merkels schärfstem parteiinternen Widersacher Friedrich Merz eingeführt und von ihr selber rasch abgewürgt worden, nachdem aus dem Lager der Linken in der Republik der Vorwurf der „Deutschtümelei“ erhoben worden war.

Während die Kanzlerin in spe mit der Sozialdemokratie über die finanzpolitischen Rettungsanker der nächsten vier Regierungsjahre verhandelte, lösten die Querschüsse aus den eigenen Reihen einen Flächenbrand aus, der rasch auch die Schwesterpartei erfaßte: Dem CSU-Chef sowie künftigen Bundeswirtschafts- und Forschungsminister Edmund Stoiber, dem von seiner Basis offen vorgeworfen wurde, mit seinem Vize Horst Seehofer einen „neunten Genossen“ in die geplante Bundesregierung gehievt zu haben, entglitt die Entscheidungsfindung über seinen eigenen Nachfolger als bayerischer Ministerpräsident vollends. Münchens Staatskanzleichef Erwin Huber und Innenminister Günther Beckstein steigerten den demokratischen Wettstreit zur Privatfehde, die darin gipfelte, daß Beckstein ultimativ äußerte, er sei nicht bereit, „unter“ Huber zu arbeiten und würde sich in den Bundestag zurückziehen, solle sein „Parteifreund“ den Diadochenkampf gewinnen. Stoiber wiederum, entnervt ob des Streits um seine Erbfolge, brach einen eigenen vom Zaun, indem er die Berliner Sondierungsergebnisse zwischen Merkel und SPD-Chef Müntefering nachträglich uminterpretierte und jetzt unverhofft mehr Kompetenzen für sein Bundeswirtschaftsministerium einklagte – Machtdomänen, die der designierte SPD-Finanzminister Peer Steinbrück und die Bildungsministerin Annette Schavan, eine der engsten Merkel-Vertrauten, wie selbstverständlich abzugeben hätten. Mit Stoibers Brachial-Vorstoß stand Merkel vor der SPD und in der eigenen Partei gleichermaßen desavouiert da. Mehr noch: CSU-Landesgruppenchef Michel Glos verwies als Stimme seines Herrn darauf, daß Stoiber als Ministerpräsident „in ungekündigter Stellung“ sei – jetzt fragte sich die irritierte Republik, ob der Bayer überhaupt in die Bundeshauptstadt wechseln werde. Die Unions-Farce hatte sich zur Groteske ausgewachsen, und in Berlin machte Spott die Runde: Kommt der SPD gar der Regierungspartner abhanden?

> Richtungsstreit in der Union – die Debatte um die Leitkultur ist neu entbrannt

Der erste, absehbar allerdings nicht finale Showdown wurde beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union, gemeinsame Nachwuchsorganisation von CDU und CSU, in Augsburg inszeniert. Während Angela Merkel inständig an die eigenen Truppen appellierte, mit Wahlanalyse und Richtungsdebatte doch bis zum Abschluß der Regierungsbildung zu warten, ließen sich die Jungunionisten nicht mehr ruhigstellen. Der „Deutschlandtag“ geriet zum Scherbengericht: JU-Chef Philipp Mißfelder ging in der Rückschau zum Wahlsonntag des 18. September die trotz allem absehbar erste Frau im Kanzleramt frontal an: „Wir haben es nicht geschafft, gesellschaftspolitisch wichtige Themen auch emotional zu besetzen. Die Frage, was ist sozial gerecht, wurde uns um die Ohren gehauen.“ Mißfelder, erklärter Sympathisant Friedrich Merz', hatte wenig Hemmungen, dessen zerrüttetes Verhältnis zur Parteivorsitzenden für die Abrechnung zu instrumentalisieren: „Hätten wir Merz' Steuerkonzept nicht zerredet, sondern eins zu eins in unser Wahlprogramm aufgenommen, wäre unser Ergebnis sicherlich besser gewesen.“

Edmund Stoiber als Gastredner führte Merkel auf seine Weise vor: „Im Wahlkampf ist es nicht gelungen, positive Emotionen zu wecken. Die Diskussion über Sonntags- und Nachtzuschläge hat uns geschadet. Wir sind mit unseren Themen Familienpolitik, Schuldenabbau und Generationengerechtigkeit zu wenig durchgedrungen. Die Herzen der Bürger lassen sich mit Finanzpolitik kaum erobern.“ Friedrich Merz selber, vom Parteinachwuchs wie eine Kultfigur mit Ovationen bedacht, bescheinigte seiner Langzeit-Kontrahentin Merkel schlicht Versagen: „Statt die magere Bilanz einer Regierung anzuprangern, mußte sich die Opposition gegen die Angriffe der Regierung verteidigen.“

Angela Merkel wirkte im Trommelfeuer dieser etwas anderen Augsburger Puppenkiste äußerlich unbeeindruckt und so kühl wie der ihr vorgeworfene Wahlkampfstil: „Eine Rückkehr zur Sozialromantik wird es nicht geben.“ Diese Worte, so steht zu fürchten, gelten vor allem wohl für sie selbst ...

Der Leitartikel

Profis benötigt

VON CLEMENS RANGE

Bundespräsident Köhler beklagt jetzt das Fehlen eines außen- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts. Bis heute sind seit der Wiedervereinigung noch nicht einmal die nationalen Interessen Deutschlands verbindlich definiert worden. Politiker aller Couleur handeln hier grob fahrlässig und verspielen Vertrauen – im Inwie im Ausland. Dabei geht es um die Existenzsicherung Deutschlands.

Das Interesse an der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik war seit Kriegsende nie allzu groß. Inzwischen scheint der Bevölkerung – und ihren Politikern – die Verteidigungspolitik aber gleichgültig zu sein. So war während des Wahlkampfes die Sicherheitspolitik kein Thema, und die Unionsparteien bemühten sich erst gar nicht einen „Schattenminister“ für die Hardthöhe zu benennen.

Wehrexperten von Sachkompetenz und Autorität scheinen eine aussterbende Spezies. Sie finden sich weder bei der SPD, die einst mit einem Helmut Schmidt aufwarten konnte, noch bei der FDP, in deren Reihen es Persönlichkeiten wie den einstigen Panzergeneral Hasso von Manteuffel oder Fritz-Rudolf Schultz gab. Die CDU und CSU, deren Domäne einst die Verteidigungspolitik war, scheint völlig ausgelaugt. Für einen Fachmann wie Manfred Wörner haben die Unionsparteien bis heute keinen Ersatz gefunden. Nun wurde als Ergebnis eines Proporz- und Ränkespiels, bei dem Sachverstand offensichtlich keine Rolle spielte, der CDU-Politiker Franz Josef Jung zum Kandidaten für die Hardthöhe ausgehandelt. Jungs Kompetenz für das Amt des Verteidigungsministers besteht einzig und allein darin, daß er – wie Millionen andere deutsche Männer – seinen Wehrdienst geleistet hat. Ein ausgewiesener Experte wie der einstige General und jetzige brandenburgische Innenminister Schönbohm wurde überhaupt nicht ins Kalkül gezogen.

Dabei wäre ein Mann wie Schönbohm gerade in dem Zeitalter des auch Deutschland bedrohenden internationalen Terrorismus segensreich. Denn wie nie zuvor verschwimmen die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit. Die Politik hat darauf aber keine Antworten gefunden. Eher beiläufig und für die Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar tauchte im Sommer zaghaft die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsberater auf – mit höchst sonderbaren Aufgabengebieten –, um sodann wieder in der Versenkung zu verschwinden.

Natürlich benötigt Deutschland längst einen Nationalen Sicherheitsberater – und zwar mit Sitz im Kanzleramt und Kabinettsrang. Zu seinen Aufgaben müßten gehören:

- die Erarbeitung eines außen- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts,
- das frühzeitige Erkennen von Krisen,
- die Bündelung und Koordination aller sicherheitsrelevanten Kräfte in Deutschland,
- die permanente Information des Bundessicherheitsrates und des Bundeskabinetts sowie
- das Managen von Notlagen mit unmittelbarer Entscheidungskompetenz.

Durch die Aktivitäten dieses Nationalen Sicherheitsberaters könnte eine neue Kultur des Sicherheitsmanagements entstehen. Durch die sichtbare Fürsorge des Staates zum Schutz der Bürger würde das politische System Vertrauen zurückgewinnen. Und: Durch das Vorhandensein eines funktionierenden Krisenmanagements würde zudem Abschreckung entstehen.

Allerdings dürfte der Nationale Sicherheitsberater, ebenso wie der Verteidigungsminister, weder Laie noch Seiteneinsteiger sein. Denn der eine wie der andere noch nicht vorhandene Amtsinhaber tragen in Friedenszeiten die schwere Verantwortung für die äußere Sicherheit Deutschlands. Dies bedingt ausgewiesene Profis, die in den Parteiapparaten leider nicht auf die Bühne gelassen werden.

Ausgemustert

Frauen in Erziehungszeit verlieren ihren Job

Politiker aller Parteien geben sich gern familienfreundlich, bei genauerem Hinsehen ist davon nicht viel zu spüren. Immerhin setzten sich vor allem die Grünen für die Schaffung von Kindertagesstätten ein, doch die werden in Zukunft vielleicht gar nicht mehr benötigt. Die Zeitschrift „Brigitte“ berichtet darüber, daß immer mehr Betriebe versuchen, Frauen, die eine Erziehungspause einlegen, um sich um ihre Säuglinge und Kleinkinder zu kümmern, loszuwerden, obwohl Eltern in Deutschland eine gesetzlich zugesicherte Erziehungszeit zusteht. „Brigitte“ beruft sich auf Mitarbeiter von Behörden, Wissenschaftler und Betroffene. In Berlin stieg die Zahl der Kündigungen beispielsweise um 50 Prozent, ohne daß die Politik das zur Kenntnis nimmt. *MRK*

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42

Ruinenfeld Deutschland

Schuldenstaat – »Maß halten« forderte schon Ludwig Ehrhardt

Von Ortwin Brukner

Kanzler Schröder hat gut daran getan, die Wahlen vorzuziehen. Wenn nicht, dann hätte seine rot-grüne Koalition noch den nächsten Haushaltsplan vorlegen müssen. Und der wäre einer Bankrotterklärung gleichgekommen.

Jetzt haben die Koalitionsverhandlungen vorzeitig die Zahlen ans Licht gebracht: Im kommenden Jahr fehlen 35 Milliarden Euro bei einer ohnehin schon bestehenden Verschuldung von 1,4 Billionen Euro. Macht eine Pro-Kopf-Verschuldung von 17666 Euro.

Noch vor sechs Wochen tönten rot-grüne Politiker landauf, landab: Alles ist gut, und wo nicht, dort wird es gut. Die Wahrheit ist auch: In den sieben Jahren Rot-Grün war es ständig bergab gegangen. Und die Wahrheit ist: Der Abwärtstrend im einstigen Wirtschaftswunderland ist weitaus älteren Datums.

Gespürt hat ihn Ludwig Erhardt, der Vater des Wirtschaftswunders, schon 1962. Damals hielt er seine berühmte Maßhalterede. Er habe nie daran gezweifelt, daß Deutschland wieder vorankommen würde. Aber er habe immer gefürchtet, daß das Erreichte dann wieder verspielt werden könne. Der wirtschaftliche Aufstieg sei durch Disziplin und harte Arbeit erreicht worden. Jetzt dürften die Forderungen nicht in den Himmel wachsen. Und nur, wenn jeder in der Woche eine Stunde mehr arbeite, sei das Erreichte zu halten. „Wir müssen Maß halten."

Das Echo darauf: Viel Kritik, ja Hohn und Spott. Nur wenige teilten seine Bedenken und stimmten ihm zu. Sogar in seiner Fraktion, der CDU/CSU, wurde er zum einsamen Rufer. Und nach seiner dreijährigen Kanzlerschaft kam es zur ersten „großen Koalition" und zum Vormarsch des wuchernden Sozialstaates: Als dann nach Kurt Georg Kiesinger durch Willy Brandt abgelöst wurde, überschüttete dieser das Wahlvolk mit sozialen Wohltaten. Seine Maxime: Die Staatsausgaben richten sich nicht nach der Kassenlage, sondern nach den Bedürfnissen."

Haushalte folgten, die nur durch Schulden gedeckt werden konnten – bis heute. Seit Jahrzehnten

Explosion der Staatsschulden
Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Mrd. Euro (jeweils am Jahresende)
1950 (März) '55 (März) '60 '65 '70 '75 '80 '85 '90 '95 '00 2005 (Juni)
10 21 29 43 63 129 237 387 536 1 009 1 198 1 414
Quelle: Stat. Bundesamt © Globus 0234

prangerte nun die jeweilige Opposition die unsolide Haushaltspolitik an, aber wenn sie an der Macht war, führte sie sie weiter. Und so ging es fort, Wählerstimmen wurden durch Wahlgeschenke erkauft, Populisten diskutierten die Schuldenpolitik einfach fort. Das Wahlvolk hoffte, daß an den Versprechungen „alles ist gut" ja doch etwas dran sein müsse. Dabei hätte es sich per Mausklick das wahre Bild der Lage verschaffen können – unter www.steuerzahler.de. Wer einmal zugesehen hat, wie sich die Schulden der Öffentlichen Hand in jeder Sekunde um 1714 Euro erhöhen, der glaubt auch der Versicherung „alles ist gut" nicht, auch wenn sie mit treuem Augenaufschlag vorgetragen wird. Übrigens: Der aktuelle Schuldenstand: 1458132915068 Euro. (Diese Zahl ist aber schön längst überholt: Sie wurde zwar erst nach Fertigstellung des Artikels eingefügt, wenn Sie ihn aber lesen, ist er natürlich weitaus höher).

Doch diese Wahrheit hat die Politik jetzt eingeholt. Die Mitglieder der großen Koalition stehen – wie damals die Trümmerfrauen – vor dem Trümmerhaufen jahrzehntelanger mehr oder weniger haltloser Schuldenpolitik. Hessens Ministerpräsident Roland Koch bringt die Lage des einstigen Wirtschaftswunderlandes auf den Punkt: „Würden die Regeln des Privatmannes für den Staat zutreffen, müßte man sagen: Er ist pleite. Und jede Minute Zögern bedeutet Insolvenzverschleppung."

Schafft jetzt die große Koalition das, was einst die Trümmerfrauen schafften? Die wichtigsten Baustellen des wirtschaftlichen Ruinenfeldes Deutschland sind diese: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen auf dem Weltmarkt und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sanierung der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung und eine Befreiung der Wirtschaft von Bürokratie.

Zu belastet

Sachsen streitet um Nationalhymne

Dürfen Schüler die deutsche Nationalhymne lernen? Für manch einen westdeutschen 68er und mitteldeutschen Alt-Kommunisten müßte die Frage eigentlich lauten: darf man Schüler zwingen, die deutsche Nationalhymne lernen zu müssen.

„Nationalhymnen, deren Texte gar nicht – wie in der DDR – oder nur in ausgewählten Auszügen – wie heute – gesungen werden können, sind offenkundig ungeeignet, unkritisch in der Gegenwart verwendet zu werden", sagte der Fraktionschef der Linken im Landtag, Peter Porsch.

Wenn es allerdings nach der sächsischen CDU geht, dann sollte die dritte Strophe des Liedes der Deutschen schon in der Grundschule regelmäßig gesungen und Kenntnisse über die kulturellen Wurzeln der Nationalhymne gelehrt werden. Ein entsprechender Antrag des Unionsvorstandes wird auf dem kommenden Parteitag Anfang November in Schwarzenberg verhandelt werden.

Die Bedeutung der Nationalhymne für ein einiges deutsches Vaterland muß wieder stärker in das Bewußtsein treten", sagte CDU-Bildungsexperte Thomas Colditz. Auch im Kultusministerium steht man dem Anliegen der CDU durchaus offen gegenüber. Staatsminister Steffen Flath soll sich in der CDU-Fraktion grundsätzlich positiv geäußert haben.

Für den Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag sind solche Ambitionen natürlich eine Steilvorlage. Peter Porsch will die deutsche Nationalhymne abgeschafft wissen. „Joseph Hadyns Melodie ist eingängig und schon daher kein Problem", erklärt PDS-Pressesprecher Marcel Braumann. Man müsse eben nur Bertold Brechts „Kinderhymne" einsetzen. Man wolle das Lied der Deutschen nicht verbieten, „man sollte es aus historischen Gründen aber nicht mehr singen", meint Braumann.

Die vermeintlich historische Belastung des Liedes stört die Sozialisten offensichtlich mehr als die historische Belastung ihrer eigenen Partei. Gegen Peter Porsch läuft derzeit eine Abgeordnetenklage mit dem Ziel, ihn wegen seiner mutmaßlichen Zusammenarbeit mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit seines Mandates zu entheben.

Bei der SPD sieht man dem Antrag des Koalitionspartners keineswegs erfreut entgegen. Der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Arbeitskreises für Bildung und Kultur, Johannes Gerlach, mag einem solchen Antrag nicht zustimmen. "Ich persönlich habe mit der Nationalhymne kein Problem", erklärt Gerlach. Von einem derartigen Eingriff in den Schulalltag hält er aber nichts.

Noch weniger mag er aber der PDS folgen. „Es gibt Grundsymbole unseres demokratischen Wertekanons", so der Sozialdemokrat Gerlach, „die nicht der Tagespolitik unterworfen werden sollten. Dazu gehört auch die Nationalhymne."

Das dreistrophige Lied der Deutschen von Heinrich Hoffmann von Fallersleben, das dieser 1841 auf Helgoland gedichtet hatte, war den Nationalsozialisten zu sehr mit der verhaßten Republik von Weimar verknüpft. An die Macht gekommen beseitigte die NS-Führung die „demokratisch belastete" Hymne. Fortan sang man faktisch nur noch das Horst-Wessel-Lied, dem die erste Strophe des Liedes der Deutschen („Von der Maas bis an die Memel ...") als Präludium gnadenhalber vorangestellt wurde.

Damit ist die Nationalhymne der Bundesrepublik im gleichen Maße belastet wie das von den Nationalsozialisten entwertete Reichstagsgebäude. Reichstag und Hymne sind beides Symbole der deutschen Demokratie. Wer sie als „historisch belastet" ablehnt, folgt nolens volens NS-Argumentationsmustern. *B. K.*

Michels Stammtisch

„Die wichtigsten und schönsten Dinge im Leben kann man nur in der Muttersprache richtig ausdrücken", sagte die Schlagersängerin Evelyn Fischer am Stammtisch im Deutschen Haus. Darum singe sie ihre Lieder auf Deutsch.

Ganz anders hingegen der „Topmanager" und einer der, wie es heißt, „erfahrensten Experten für die Neuausrichtung von Unternehmen" Peter Zühlsdorff. Wirbt dieser doch als Vorstandsvorsitzender des als „Grüner Punkt" bekannten „Dualen Systems Deutschland" für das ihm Wichtigste und Schönste in teueren ganzseitigen Anzeigen mit 15 Zentimeter hoher Überschrift: „Value for People" und verspricht am Schluß: „Miteinander. Solidarisch. Weil es um Werte geht. Um Welt."

Zühlsdorff, der als Geschäftsführer die Leipziger Olympia-Bewerbung in den Sand setzte, gehört als Multitalent vielen Aufsichtsräten und Beiräten an. Dort erbringt er seinen Beitrag „im Zeichen forcierter Kundenorientierung und Dienstleistungsmentalität". Der Stammtisch meint, das gelte offensichtlich auch bei der Verwertung von Sprachmüll, wie es die Werbung seines „Grünen Punktes" eindrucksvoll beweise.

Euer Michel

Ein Ausnahmetalent tritt ab

Jörg Schönbohm will sich 2007 nicht mehr in Brandenburg zur Wahl stellen

Von Annegret Kühnel

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm hat angekündigt, 2007 nicht mehr für den CDU-Landesvorsitz zu kandidieren. Sein Ministeramt will er bis zu den Landtagswahlen 2009 behalten. Umstände und Zeitpunkt seiner Entscheidung tragen die Zeichen von Resignation. Der 68jährige gab sie bekannt, unmittelbar nachdem der hessische CDU-Politiker Franz-Josef Jung zum designierten Verteidigungsminister berufen worden war. Schönbohm hatte sich Hoffnungen auf das Amt gemacht. Laufbahn, Format und Erfahrung hätten ihn dazu befähigt wie keinen anderen. Zugleich hätte er der brandenburgischen Landespolitik ohne Gesichtsverlust den Rücken kehren können. Schönbohm scheiterte, wie so oft, an ungeschriebenen Regeln des Politikgeschäfts, diesmal am Regionalproporz.

Seit den letzten Landtags- und Bundestagswahlen, bei denen die Union auf Ergebnisse um die 20 Prozent kam, hatte es in der Partei offene Kritik an ihm gegeben. Von einer Demoralisierung der Parteibasis war die Rede. Schönbohm sei es nicht gelungen, in Brandenburg als politischer Sympathieträger populär zu werden. Das spricht nicht automatisch gegen ihn. Für einen Politiker agierte er einfach zu geradlinig und unabhängig.

Schönbohm wurde 1937 in Neu Golm in der Mark Brandenburg geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen seine Eltern nach Westdeutschland. Zunächst wollte er Lehrer für Philosophie und Geschichte werden, schlug dann aber die Offizierslaufbahn ein. Sie begann in einem Artillerieregiment. Nach seiner Generalstabsausbildung wechselte er zwischen Truppenkommandos und Stabsverwendungen. So wurde er Adjutant von Verteidigungsminister Manfred Wörner und schließlich Inspekteur des Heeres. Schönbohm verbindet analytische Fähigkeiten mit praktischen Interessen und innerer Unabhängigkeit. In der Wiedervereinigungsphase war der Generalleutnant Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost. In dieser Funktion integrierte Schönbohm mit viel Feingefühl einen Teil des verbliebenen NVA-Personals in die Bundeswehr. Er hatte die Devise ausgegeben: „Deutsche kommen zu Deutschen."

Als einer von zwei Generalen in der Geschichte wurde er beamteter Staatssekretär auf der Hardthöhe, ehe er in die Politik wechselte. 1996 wurde der CDU-Politiker Schönbohm Innensenator in Berlin. Er machte sich schnell einen Namen, indem er klarstellte, daß es für keinen Schimpf, sondern Ehre bedeutete, als Mann von Gesetz und Ordnung („law and order") zu gelten. Bald war er als Nachfolger des blassen Eberhard Diepgen im Amt des Regierenden Bürgermeisters im Gespräch. Damit brachte er die „Betonfraktion" gegen sich auf, die die Berliner CDU seit den 60er Jahren fest im Griff hatte. Schönbohm, der heute in Klein Machnow wohnt, ging 1998 nach Brandenburg, um den desolaten Landesverband der CDU aufzurichten. Seit 1999 ist er Innenminister einer großen Koalition. Auch von Potsdam aus hat er sich immer wieder zu politischen Grundsatzfragen geäußert.

Obwohl er und sein Bruder Wulf Schönbohm, der in den 80er Jahren in der CDU-Zentrale zu Heiner Geißlers „Denkfabrik" gehörte, der gleichen Partei angehören, vertreten beide oft gegensätzliche Ansichten: Während Wulf Schönbohm als Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei sich zum Beispiel vehement für den Beitritt des Landes zur EU einsetzte, bezeichnete sein Bruder Jörg in einem aufsehenerregenden Artikel in der „Berliner Zeitung" die Multikulti-Ideologie als das letzte Gefecht der abgewirtschafteten Linken.

Beruflich mußte Schönbohm sich nichts mehr beweisen, und materiell ausgesorgt hat er längst. Wenn er trotzdem über die Pensionsgrenze hinaus politische Ämter wahrnimmt, dann aus Pflichtgefühl und aus Freude an politischer Gestaltung. Als Innenminister eines großen Flächenlandes, dem nur geringe Mittel zur Verfügung stehen, ist er mit größlichen Auswüchsen von Gewaltkriminalität konfrontiert. Die Ursachen sieht er in einer tiefgehenden sozialen Verwahrlosung. Als er dafür eine von der SED herbeigeführte „Proletarisierung" verantwortlich machte, verletzte er eines der größten Tabus im wiedervereinigten Deutschland. Es ist eine bemerkenswerte Konstellation: Während das linke Spektrum die Rettung in immer neuen staatlichen Sozial- und Erziehungsprogrammen erblickt – auch zur Versorgung der eigenen Klientel –, glaubt Schönbohm, der konservative Preuße, nicht an die Allmacht des Staates, sondern fragt nach gesellschaftlicher und individueller Verantwortung und nach einem tragfähigen Wertefundament.



Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm

Der CDU-Kreisvorsitzende von Märkisch-Oderland, der Schönbohm-Kritiker Dierk Homeyer, meinte nach der Bundestagswahl: „Die CDU muß einfach sympathischer werden. Da haben wir große Defizite. Wir müssen Politik mit den Menschen machen. Jeder Versuch, sie zu erziehen, fährt gegen die Wand." Daß Politiker wie Schönbohm im politischen Alltag kaum Chancen haben, ist eines der größten Probleme dieses Landes.

Über Deutschlands Interessen debattieren

Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Horst Köhler zur 40. Kommandeurtagung der Bundeswehr



Foto: pa

Bundespräsident Köhler (2 v.l.) begrüßt Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn

Die Frauen und Männer der Bundeswehr machen aus der gegenwärtigen Lage das Beste. Sie verdienen für ihre Haltung und für ihre Leistung hohes Lob. Aber sie verdienen noch mehr als das: Sie haben Anspruch darauf, daß sich unsere Gesellschaft bewußt macht, was der Bundeswehr abverlangt wird und welche Aufgaben sie künftig übernehmen soll. Sie haben Anspruch auf Klarheit über den politischen und militärischen Sinn ihres Dienstes. Sie haben Anspruch auf die in der Verfassung verankerte besondere Verantwortung und Fürsorge des Parlaments für die Bundeswehr. Und sie haben Anspruch auf optimale Ausbildung und Ausrüstung für ihren schweren und gefährlichen Dienst.

Ein Indianerhäuptling soll sich nach einer Flugreise in die Ankunftshalle gesetzt und gesagt haben: „Jetzt muß ich erst einmal warten, bis meine Seele meinem Körper hinterhergekommen ist." Die Bundeswehr hat mit ihren Auslandseinsätzen in kurzer Zeit eine sehr weite Strecke zurückgelegt; aber ist das öffentliche Bewußtsein hinterhergekommen? Ich habe da meine Zweifel.

Mich macht nachdenklich: Die Bundeswehr wird von einer Selbstverteidigungsarmee umgebaut zu – was eigentlich? Einer Armee im Einsatz? Einer Interventionsarmee? Der Deutsche Bundestag stimmt mehr als vierzig Mal dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zu; aber die Deutschen wirken von all dem kaum berührt oder gar beeindruckt.

Gewiß, die Bundeswehr ist gesellschaftlich anerkannt; aber was heißt das eigentlich genau? Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie sind eher selten. Noch seltener sind anscheinend der Wunsch und das Bemühen, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen und zu bewerten, der da auf die Bundeswehr einwirkt.

Natürlich lassen sich für dieses freundliche Desinteresse Gründe angeben: Die Deutschen sind nach 1945 ein wirklich friedliebendes Volk geworden und halten gern vorsichtige Distanz zu allem Militärischen. Die Wehrpflicht hat in der Praxis fast den Charakter der Freiwilligkeit angenommen, das verringert für viele Bürger die lebenspraktische Bedeutung der Bundeswehr. Zugleich fördert es die Fehleinschätzung, Soldaten seien eine Berufsgruppe wie andere, und wenn sie freiwillig im Ausland unterwegs seien, dann auf eigene Gefahr und außerdem ja auch zu höheren Tagessätzen. Auch das Bedrohungsgefühl hat sich auseinander entwickelt: Früher drohte den Bürgern in Zivil und den Bürgern in Uniform dieselbe Kriegsgefahr, heute scheinen die Heimat friedlich und die Einsatzorte der Bundeswehr weit.

Alle diese Einstellungen mögen gutartig sein; aber zeugen sie nicht auch von einem bedenklichen Mangel an Kenntnissen, an aufgeklärtem Eigeninteresse und an politischem Wirklichkeitssinn? Wenn die Deutschen so wenig vom Ernst des Lebens wissen, auf den die neue Bundeswehr eine Antwort ist, dann werden sie nur schwer einschätzen können, welchen Schutz die neue Sicherheitspolitik verspricht, welche Gefahren sie möglicherweise mit sich bringt, ob der Nutzen die Kosten wert ist und welche politischen Alternativen Deutschland und die Deutschen bei alledem eigentlich haben. Das müssen sie aber einschätzen können, damit sie die nötige demokratische Kontrolle ausüben können, damit sie innerlich gewappnet sind für die kommenden Herausforderungen und damit sie den Dienst ihrer Mitbürger in Uniform zu schätzen wissen und aus Überzeugung hinter ihnen stehen.

Darum wünsche ich mir eine breite gesellschaftliche Debatte – nicht über die Bundeswehr, sondern über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes.

Diese Debatte braucht klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt, vor welchen Herausforderungen und Bedrohungen wir dabei stehen, auf welche Ressourcen wir zählen können, wie wir vorgehen und welche Rolle dabei die Bundeswehr übernimmt. Vor allem der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung und die politischen Parteien sind gefordert, eine solche Gesamtschau zu entwickeln und den Bürgern vorzustellen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn wo es um die Lebensinteressen unseres Landes geht, da muß ein Konsens der Demokraten möglich sein ...

Es schafft Vertrauen, wenn bei uns offen über die deutschen Interessen debattiert wird; denn dann braucht niemand zu argwöhnen, wir hielten unsere Absichten verborgen ...

Auch in Zukunft steht unsere Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter dem Primat, unsere Ziele in Bündnissen und Koalitionen zu verfolgen, wo immer möglich. Das ist auch deshalb unverzichtbar, weil die supra- und internationalen Organisationen eine immer wichtigere Rolle spielen und immer mehr Eigenleben und Eigensinn entwickeln. Um so mehr sollten wir allerdings prüfen, wie sich in diesen Organisationen die deutschen Belange bestmöglich vertreten lassen ...

Die neuen Herausforderungen an unsere Sicherheitspolitik werfen auch die Frage auf, ob das Zusammenwirken von Bund und Ländern, von Bundestag und Bundesregierung, von Ministerien und Behörden weiter verbessert werden kann und muß. Was spricht zum Beispiel für, was gegen einen neuen, ressortübergreifenden Ausschuß des Deutschen Bundestages für Sicherheitspolitik? ...

Die Bundeswehr ist Bündnisarmee, und Deutschland hat ein vitales Interesse daran, ein verläßlicher Partner zu sein; aber stellt sich nicht um so dringlicher die Frage, für welche Einsatzzwecke oder -regionen wir uns binden wollen und von welchen wir von vornherein Abstand halten sollten?

Weiter: Was bedeutet der sich durchsetzende erweiterte Sicherheitsbegriff für die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bundeswehr? Der Bundestag hat wie erwähnt schon sehr oft dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zugestimmt, aber noch nicht ein Mal den Verteidigungsfall festgestellt. Daran ist verfassungsrechtlich nichts auszusetzen, aber erfordert der Wandel der Bundeswehr und ihres Auftrags nicht doch verfassungspolitisch und vielleicht sogar verfassungsrechtlich einen bewußten neuen Konsens?

Daran schließt sich gleich die Frage an, wie es angesichts der neuen, weltweiten Rolle der Bundeswehr um die Wehrpflicht bestellt ist. Sie wurde ja bisher mit der Pflicht des Staatsbürgers zur Verteidigung des Vaterlandes begründet. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Wehrpflicht und wünsche ihr von Herzen Zukunft, weil sie der Bundeswehr viele kluge Köpfe zuführt, weil sie die Streitkräfte am besten in der Nation verwurzelt und auch deshalb, weil der Dienst am Gemeinwesen persönlichkeitsbildend wirkt – darum werbe ich übrigens auch mit Nachdruck für freiwillige zivile Dienste. Aber die Wehrpflicht wurde eben doch als Pflicht zur Abwehr eines Angriffs auf die Heimat eingeführt, und von diesem Zweck entfernt sich das Einsatzbild der Bundeswehr ...

Die Bundeswehr hat unserem Land 50 Jahre treu gedient. Sie hat damit ihre eigene, gute Tradition begründet, und sie pflegt die Tradition ihrer Vorgängerarmeen, getreu dem Apostelwort: „Prüfet alles! Das Gute behaltet!" ...

Kritik an unserem System ernstnehmen

Redeauszüge des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der konstituierenden Sitzung des 16. Deutschen Bundestages

Etwa ein Viertel der Mitglieder des heute konstituierten Bundestages ist erstmals ins Parlament gewählt. Gegenüber dem Beginn der letzten, verkürzten Legislaturperiode hat sich die Zusammensetzung des 16. Bundestages mit insgesamt rund 300 neuen Abgeordneten fast zur Hälfte verändert. Kontinuität und Wandel – ein schöner Beleg für die längst etablierten Mechanismen einer parlamentarischen Demokratie. Dies gilt auch für den Wechsel im Amt des Präsidenten und in der Zusammensetzung des Präsidiums.

Heute beginnt eine neue Legislaturperiode, aber keine neue Ära des Parlamentarismus. Auch ein Regierungswechsel gehört zur Normalität der Demokratie, in der die Wähler und nicht die Parteien darüber entscheiden, von wem sie repräsentiert und regiert werden wollen. Er ist sicher kein alltägliches Ereignis, aber gewiß nicht zu verwechseln mit der Neuerschaffung der Welt. Es wird gewiß nicht alles anders werden, aber hoffentlich manches besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Arbeit wie für das Ansehen des Parlaments ist die Opposition im übrigen nicht weniger wichtig als die Regierung. Regiert wird überall auf der Welt, von wem und unter welchen Bedingungen auch immer. Was ein politisches System als Demokratie qualifiziert, ist nicht die Existenz einer Regierung, sondern die Existenz eines Parlamentes und seine gefestigte Rolle im Verfassungsgefüge wie in der politischen Realität.

Hier schlägt das Herz der Demokratie oder es schlägt nicht.

Das Parlament ist im übrigen nicht Vollzugsorgan der Bundesregierung, sondern umgekehrt ist Auftraggeber.

Gerade in Zeiten Großer-Koalitions-Mehrheiten ist das Selbstbewußtsein des Parlaments gegenüber der Regierung besonders gefordert.

Alle in diesen Bundestag gewählten Mitglieder haben das gleiche Mandat, die gleiche Legitimation und unabhängig von ihren späteren Rollenzuweisungen auf der Seite der Regierung oder der Opposition prinzipiell die gleichen Rechte und Pflichten. Die ungeschriebenen Rechte der Opposition, die große Fraktionen ganz unangefochten für sich reklamiert haben, müssen bei einer großen Koalition selbstverständlich auch für die kleinen Fraktionen gelten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Wir sind Deutschland" – nicht nur als flüchtige Botschaft einer ehrgeizigen Kampagne. Wir sind Deutschland, jeder Bürger dieses Landes, jeder auf seine Weise. Aber dieses Haus, der Deutsche Bundestag, muß es auf ganz besondere Weise sein. Er muß diesen Anspruch im Alltag einlösen.

Der Bundestagspräsident ist der erste Repräsentant dieses Hauses, nicht der Dienstvorgesetzte seiner Mitglieder. Deshalb sollte man ihn auch nicht in eine solche Rolle drängen, wie das zum Teil durch vom Parlament selbst beschlossene Regeln geschieht. Erst kürzlich hat der 15. Bundestag zum wiederholten Mal seine Verhaltensregeln fortgeschrieben, schon unter dem Vorzeichen bevorstehender vorgezogener Neuwahlen. Manches spricht nach meiner Überzeugung für einen zweiten, ruhigen Blick und die Nachjustierung sowohl bei Lücken wie auch bei Übertreibungen.

Ich teile persönlich ausdrücklich die Zweifel meines Amtsvorgängers an der Weisheit der Regelung, den Bundestagspräsidenten nicht nur zum obersten Hüter der Parteienfinanzierung zu machen, sondern ihm zugleich die Verpflichtung zur Verhängung von Sanktionen bei Verstößen gegen die gesetzlichen Regeln aufzuerlegen. So gut diese Regelung auch gemeint ist, in jedem konkreten Fall setzt sie den Präsidenten dem Verdacht der Befangenheit gegenüber den eigenen Parteifreunden oder der jeweiligen politischen Konkurrenz aus.



Der neue Bundestagspräsident: Norbert Lammert (CDU) Foto: pa

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Geschäftsordnung des Bundestages hat der Präsident die Würde und Rechte des Bundestages zu wahren, seine Arbeiten zu fördern, die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu leiten und die Ordnung im Hause zu wahren. Darum werde ich mich nach Kräften bemühen. Aber ich werde es nicht immer jedem recht machen können. Dafür bitte ich schon jetzt um Einsicht oder um Nachsicht.

Die Wahrung von Ordnung und Würde des Parlamentes muß nicht bedeuten, daß es steif, trocken und humorlos, also langweilig, zugehen müßte. Aber neben der Leidenschaft für die eigene Sache sollte immer auch der Respekt vor der anderen Überzeugung und Persönlichkeit erkennbar sein. Temperament ist erwünscht. Auch mit Temperamentsausbrüchen sollten wir großzügig umgehen. Aber es gibt Grenzen, die wir im Interesse des Ansehens des Parlamentes und seiner Mitglieder wahren müssen. Wenn sich jemand zum Beispiel veranlaßt fühlte, auf den Spuren der frühen wilden Jahre einer damals neuen parlamentarischen Gruppierung die legendären Auftritte eines späteren Außenministers zu kopieren – womöglich er selber – und den amtierenden Präsidenten mit jener legendären Formulierung zu beschimpfen, die mir im Augenblick scheinbar entfallen ist, mit Verlaub, Herr Kollege, es müßte erneut gerügt und mit einer Ordnungsstrafe belegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weder Parteien noch Parlamente, weder Regierung noch Opposition befinden sich gegenwärtig auf der Höhe ihres öffentlichen Ansehens. Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems. Darüber kann heute nicht verhandelt werden. Aber es muß deutlich sein, daß wir diese Kritik ernstnehmen und daß wir sie aufarbeiten; denn die Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht – andere Länder übrigens auch –, setzt gerade angesichts weitreichender, vielfach unerwünschter Veränderungen der gewohnten Lebensbedingungen vor allem eines voraus: Vertrauen in die dafür verantwortlichen Institutionen, Vertrauen in die Legitimation, in die Kompetenz und in die Integrität der politischen Akteure.

„Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestags?" hat der damalige Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages, der langjährige Reichstagspräsident Paul Löbe, 1949 bei der Konstituierung gefragt. Seine damalige Antwort könnte am Beginn jeder neuen Legislaturperiode stehen: Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen.

Knapper kann man es kaum sagen. In diesem Sinne sollten wir mit Gottes Hilfe gemeinsam an die Arbeit gehen.



Rast: Ostpreußischer Flüchtlingszug auf dem Weg zur Ostsee im Januar 1945

Fotos (2): Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (1), Stadt Espelkamp (1)



Neues Zuhause: Flüchtlingsfamilie beim Hausbau im ostwestfälischen Espelkamp

Die große Koalition und die Vertriebenen

»Zentrum gegen Vertreibungen« droht Stillstand – Beschwichtigungspolitik gescheitert

Von Gernot Facius

Deutschland im Herbst 2005. Der Wind des Wandels ist verweht. Die Berliner Großkoalitionäre, sollten sie tatsächlich zusammenfinden, bleiben in der Furche, die Rot-Grün in sieben Jahren Regieren gezogen hat. Der designierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), ein „glühender Verteidiger der Konsensdemokratie" („Die Zeit") will unter einer Kanzlerin Angela Merkel die „kluge Politik" des Kabinetts Schröder-Fischer fortsetzen. Setzt man an die Stelle von „klug" den Begriff „politisch korrekt", was der Wirklichkeit schon näher kommt, dann müssen die deutschen Heimatvertriebenen ihre Hoffnung auf – wenigstens symbolische – Heilung der kollektiven Menschenrechtsverletzungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs begraben. Die Marginalisierung dieser „Randgruppe", wie Schröder die aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und den südosteuropäischen Staaten Verjagten apostrophierte, schreitet voran. Die Ökonomie dominiert die Politik. Wer das Recht auf Heimat reklamiert, wer eine glasklare Distanzierung Warschaus und Prags von den kalt kalkulierten Vertreibungen einfordert und sich nicht mit einem halbherzigen Bedauern über „Exzesse" zufriedengibt, wird als Störenfried in die politische Schmuddelecke gestellt.

Der neue Bundestagspräsident, Norbert Lammert (CDU), hat sich für eine Debatte über eine deutsche Leitkultur ausgesprochen. Von „Patriotismusdebatte" ist wieder die Rede. Gut gebrüllt, Löwe! Der intellektuelle Lammert ist ein ehrenwerter Mann, zweifellos eine Lichtgestalt unter den vielen mediokren Polit-Figuren. Aber läßt sich eine Patriotismusdebatte führen ohne das Schicksal von 15 Millionen Ostpreußen, Schlesiern, Pommern, Sudetendeutschen etc. in das so oft beschworene kollektive Gedächtnis der Deutschen ehrlich einzubeziehen? Das Trauerspiel um das „Zentrum gegen Vertreibungen" (ZgV) hat doch gezeigt, daß Politiker in Berlin schon beim leichtesten Windstoß aus den ehemaligen Vertreiberstaaten einknicken. Gewiß, Angela Merkel hat im Wahlkampf tapfer das ZgV-Projekt verteidigt. Jetzt aber kommt es zum Schwur. Nun muß sie beweisen, daß dies mehr als nur ein taktisches Bekenntnis war. Das Personal, das ihr möglicher Koalitionspartner aufbietet, ist das gleiche, dem es bisher im Schulterschluß mit einer in die „political correctness" verliebten Publizistik gelungen ist, das Zentrumsprojekt als abstruse, potentiell gefährliche, „revisionistische" Idee darzustellen.

Das große Gedenkjahr 2005 liegt bald hinter uns. Es stand, wie könnte es bei der bekannten Geschichtsvergessenheit sein, unter dem dubiosen Leitwort „Befreiung". Darf man sich an diese Sprachmanipulation gewöh-

Das Zentrumsprojekt wird als gefährlich dargestellt

nen, auch wenn sie aus dem Mund angesehener Politiker, Publizisten und Kirchenleute kommt? Daß das Datum 60 Jahre Kriegsende auch mit der Erinnerung an Vertreibung und Flucht verbunden ist, daß zum Beispiel im Oktober vor 60 Jahren Edward Benesch mit seinen berüchtigten Präsidialdekreten das gesamte Vermögen von „Personen deutscher oder madjarischer Nationalität" konfiszierte und mehr als drei Millionen Deutsche in der Nachkriegstschechoslowakei entrechtete, war den sonst Erinnerungstrunkenen der politischen Klasse nicht eine Minute des Gedenkens wert.

Die Ursache-Wirkung-Theorie, mit der die „Bevölkerungstransfers", der „Abschub" oder wie immer die verniedlichenden Bezeichnungen lauten, bemäntelt werden, ist zu schlicht, um die Vertreibungstragödie zu erklären. Der amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas, ein ehemaliger Beamter der Vereinten Nationen, spricht von einer rein ideologischen Konstruktion, die geschichtswissenschaftlich nicht zu halten sei. Denn Tschechen und Polen haben bereits vor Hitlers Krieg Pläne zur Annexion Ostdeutschlands und zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei gehegt. Der Krieg, so de Zayas, habe ihnen lediglich die Möglichkeit geboten, ihre aggressiven Absichten auszuführen. Die Denkfigur „Wir waren die Ersten hier, uns gehört dieses Land, die anderen sind Eindringlinge" hat zumal im Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wie sagte der als großer Humanist verehrte Tomas Masaryk in seiner ersten Botschaft im Dezember 1918 an die „tschechoslowakische Nation"? „Was die Deutschen in unseren Ländern betrifft, ist unser Programm längst bekannt; das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und wird unser bleiben. Wir haben unseren Staat geschaffen; dadurch ist die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen bestimmt, die ursprünglich als Immigranten und Kolonisten in unser Land kamen." Was hat dieser verhängnisvolle Satz nicht alles ausgelöst? Bis hin zum berüchtigten Rundfunkappell des Verteidigungsministers von Beneschs Exilregierung in London, Sergej Ingr, vom 3. November 1944: „Wenn unser Tag kommt, wird das ganze Volk wieder den alten Hussitenruf anstimmen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!" Ganz in der Tonlage Ilja Ehrenburgs, der dazu aufrief: „Tötet den Deutschen, wo ihr ihn findet. Macht keinen Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten, tötet Frauen und Kinder, rottet sie alle aus!" Und es wurde ja dann kein Unterschied gemacht. „Wir müssen sie alle hinauswerfen, denn einen Staat baut man aus einer Nation und nicht aus vielen Volksgruppen." Das war O-Ton Wladislaw Gomulka. So begründete er in einer geheimen Sitzung, warum die Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben werden müßten. Wohlgemerkt: nicht aus Polen, sondern aus Schlesien, Ostbrandenburg, Hinterpommern, Ostpreußen, Danzig. Es war keine „Aussiedlung der Deutschen aus Polen", wie heute gelegentlich zu hören ist.

Daß sich Polen und Tschechen in der Vertreibungsfrage noch immer hinter den Alliierten und den Potsdamer Beschlüssen verstecken können, ohne von offizieller deutscher Seite für diese Geschichtslüge gerügt zu werden, ist ein Skandal ersten Ranges. Eine raffinierte Propaganda hat die billige Ursache-Wirkung-Theorie in die Köpfe der Menschen gehämmert. Selbst die Kanzlerin in spe ist dagegen nicht gefeit. Dabei sollte längst klar sein: Die Rechtfertigung (oder politische Hinnahme) von Gewalttaten durch vorangegangene Gewalttaten ist die Übertragung des archaischen Blutracheprinzips auf moderne Gesellschaften. Jede Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wiedergutmachung im engen Wortsinn ist nicht möglich. Wohl aber moralische Heilung. Durch eindeutige Distanzierung von der Kollektivschuldthese. Die sogenannte Singularität der Nazi-Verbrechen kann und darf deutsche Politiker nicht

Singularitätstheorie schließt deutsche Opfer aus

daran hindern, offen über die Verbrechen der anderen Ideologien und Utopien zu reden.

Deutschland hat sich jahrzehntelang mit seiner Schuld und den Verbrechen der Hitler-Diktatur auseinandergesetzt. Ihm muß es nun gestattet sein, auch über das Leiden von Deutschen zu reden. Das Vergangene der Geschichte zu überlassen, es Historikerkommissionen zu übergeben, wie es Gerhard Schröder im Verein mit seinen tschechischen Parteifreunden nahelegte, ansonsten aber sich ausschließlich der Zukunft zuzuwenden, wäre eine Flucht vor der politischen Verantwortung. Geschichtliche Altlasten sind giftig wie die verseuchten Böden. Man muß sie entsorgen. Eine derartige Umweltpolitik erfordert Mut. Der ist bei den Handelnden in Berlin nicht zu erkennen. Die deutsche Politik hat die ungelösten Konflikte, die in der Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten im Osten und Südosten ihre Ursachen haben, unterschätzt. Sie hatte wohl darauf spekuliert, daß sie sich auf biologischem Wege erledigen würden. Ein Irrtum! Man bediente sich einer fadenscheinigen Doppelstrategie.

Einerseits meinte man, Polen und Tschechen mit politischen Absichtserklärungen knapp unter einem völkerrechtlich verbindlichen und regreßpflichtigen Anspruchsverzicht beruhigen zu können. Auf der anderen Seite versuchte man, die Heimatvertriebenen, immerhin ein erkleckliches Stimmenpotential, auf die Vorzüge einer Regelung in der vergrößerten Europäischen Union zu vertrösten; zu den Vertretern dieser Richtung zählt unter anderem der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber. Heute sehen wir: Beide Strategien sind gescheitert. Eine neue Bundesregierung, wie immer sie letztlich aussieht, wird mit diesem Scheitern konfrontiert werden. Man mag aus gutem Grund das Verhalten der Preußischen Treuhand problematisch nennen. Doch ist es politisch unanständig, diese Organisation für die Spannungen in den bilateralen Beziehungen alleinverantwortlich zu machen, das gilt auch für die Aktivitäten sudetendeutscher Entschädigungsinitiativen. Die Schwierigkeiten gab es auch vorher schon, zum Beispiel auch durch die Dialogverweigerung seitens der Prager Regierung. Auch Phänomene wie die umstrittene Treuhand sind nur ein Reflex der ausgebliebenen Rechtswahrung durch Bonn und später Berlin.

Noch ist unklar, wo die Belange der Heimatvertriebenen, vor allem die Förderung ihrer Kultur, künftig ressortieren werden. Wieder bei einem Kulturstaatsminister, im Bildungsministerium oder gar im Innenministerium? Dem mit viel Idealismus initiierten „Zentrum gegen Vertreibungen" droht der Stillstand. Es wird weiter als „nationales Projekt" diffamiert, seine europäische Ausrichtung ignoriert. Die SPD hat dieses polnisch-tschechische Spiel mitgespielt. Kaum anzunehmen, daß sie sich eines Besseren besinnt. Erinnerungen an die 1970er Jahre werden wach. Damals, es regierte eine sozialliberale Bundesregierung, wurde die Veröffentlichung des Berichts des Bundesarchivs über die Verbrechen während der Vertreibung verschleppt. Eine solche Darstellung sei „nicht zweckmäßig", befand der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP). Die Unterdrückung dieser Fakten wurde zu einem „Akt politischer Vernunft" erklärt. Der Philosoph Jürgen Habermas befürchtete eine „Aufrechnungsdiskussion". Die Geschichte wiederholt sich nicht? Partiell schon.



Auf der Flucht nach Westen: Während des Zweiten Weltkrieges flüchteten Millionen Ostdeutsche vor der heranrückenden Roten Armee in die Mitte des Deutschen Reiches. Auch aus Jugoslawien kamen 250 000 Personen und aus Ungarn 200 000 Menschen der dort lebenden deutschen Volksgruppe. Wer nicht geflüchtet war und die letzten Kriegstage und die Nachkriegsmonate in der Heimat überlebt hatte, wurde von den Siegern in den Westen vertrieben.

»Antifa«-Mythos der DDR geplatzt

Studie enthüllt: Die Stasi hat Hunderte NS-Verdächtige und bekannte Täter gedeckt und für sich nutzbar gemacht

Von Hans Heckel

In Westdeutschland hätten die Altnazis in teilweise hohen Positionen unbehelligt gelebt, während die DDR mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen sei. Dieser Mythos erschien selbst wachen Kritikern des SED-Regimes als letzter Rest von moralischer Legitimation, den sie der zweiten Diktatur in Deutschland trotz aller roten Verbrechen zugestehen wollten.

Eine jetzt als Buch erschienene Untersuchung von Henry Leide, Wissenschaftler der Birthler-Behörde für die Stasi-Unterlagen, hat diesen Mythos als Lüge entlarvt. Danach sind Hunderte Personen von Ermittlungen und Strafen verschont geblieben, obwohl dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – der berüchtigten Stasi – „in vielen Fällen konkrete Anhaltspunkte für eine Beteiligung an Kriegsverbrechen beziehungsweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorlagen“, heißt es in der Erklärung der Behörde zur Veröffentlichung der Studie vergangene Woche.

Viele wurden gedeckt, um sie für den Spitzelapparat von Stasi-Chef Erich Mielke nutzbar zu machen. Dabei griffen die Agenten des SED-Staats skrupellos zum Mittel der Erpressung und drohten den „Kandidaten“ bei der Anwerbung offen mit Verfolgung wegen ihrer NS-Vergangenheit, wenn sie sich weigern sollten zu kooperieren. Manche brachen unter dem so aufgebauten Druck regelrecht zusammen, andere ließen sich nicht lange bitten und verdienten dazu noch reichlich Geld für ihre Spitzeltätigkeit.



Marianne Birthler: Die von ihr geleitete Behörde deckt immer wieder unangenehme Details der deutsch-deutschen Vergangenheit auf Foto: pa

Bei den Angeworbenen handelte es sich sowohl um Leute, die von Alliierten Tribunalen bereits verurteilt worden waren als auch um solche, die zwar offenkundig persönlich an Verbrechen – etwa in KZs – beteiligt gewesen sind, bislang jedoch noch nicht dafür vor Gericht gestanden hatten. Oft wurden laufende Ermittlungen auch einfach eingestellt, wenn sich herausstellte, daß der ins Auge Gefaßte auf andere Weise nützlich sein könnte. Henry Leide stützte sich bei seinen Recherchen auf umfangreiche, teilweise noch unerschlossene Aktenbestände wie das ehemalige NS-Sonderarchiv der MfS-Abteilung IX/11.

An konkreten Einzelfällen erläutert die 448 Seiten dicke Studie die Vorgehensweise der Stasi. Der ehemalige SS-Obersturmführer Hans Sommer wurde 1954 von einem früheren Kameraden aus dem SD (Sicherheitsdienst des Dritten Reiches), der bereits in den Diensten des MfS stand, angesprochen. Sommer war nach Leides Recherchen besonders interessant, weil er für die „Organisation Gehlen“, der Vorgängerorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND) tätig war.

Dem in der Bundesrepublik und in Italien lebenden Sommer wird vorgeworfen, an der Sprengung von sieben Synagogen in Paris im Oktober 1941 beteiligt gewesen zu sein. Das interessierte die Stasi nicht. Aus dem Gespräch „erwuchs eine langjährige, für das MfS höchst informative und für Sommer recht lukrative Kooperation“, konnte Leide ermitteln. Sommer habe den aufgefundenen Unterlagen zufolge rund 180 000 D-Mark für seinen Verrat verdient. 1971 habe die Stasi den Kontakt abgebrochen.

Was dann folgte, zeigte die andere Seite des perfiden Umgangs der Kommunisten mit der NS-Vergangenheit. Von nun an habe die DDR-Propaganda den Fall Sommer „dazu benutzt, um die Verwendung ehemaliger Nazis im bundesrepublikanischen Sicherheitsapparat anzuprangern“.

Auch für Spitzeldienste innerhalb der DDR wurden Verdächtige aus der NS-Zeit „geworben“, wie der damals in Sachsen lebende Josef Settnik. Nach Zeugenaussagen soll er im KZ Auschwitz an Selektionen, Vergasungen und Folterungen beteiligt gewesen sein. Mit den Vorwürfen konfrontiert, spionierte Settnik als „IM Erwin Mohr“ bis 1971 die katholische Kirche aus. Er starb 1986.

Manche NS-Täter wurden auch geschützt, weil sie in der DDR schon Karriere gemacht hatten, als ihr Fall ans Licht kam. Wie die Jenaer Kinderärztin Rosemarie Albrecht, die während des Krieges an der Nervenklinik Stadtroda tätig und dort in Euthanasiefälle verwickelt gewesen sein soll. Als in Westdeutschland ein Verfahren gegen ihren damaligen Klinikchef eingeleitet wurde, baten die bundesdeutschen Behörden 1966 ihre Kollegen in der DDR um Beweismaterial über den Mann. Dies wurde verweigert, weil man fürchtete, daß auch die Vergangenheit von Rosemarie Albrecht mit aufgerollt werden könnte. Sie war aber bereits zur „verdienten


Von der Stasi gedeckt: Hans Sommer Foto: BStU

Ärztin des Volkes“ aufgestiegen, weshalb durch einen Prozeß gegen den Chefarzt nach der Befürchtung des zuständigen Stasi-Offiziers „ein unseren gesellschaftlichen Verhältnissen widersprechendes Ergebnis erreicht werden“ könnte. Das westdeutsche Verfahren gegen den Chefarzt mußte eingestellt werden.

Der zynische Umgang des SED-Regimes mit dem NS-Erbe zeigte sich indes nicht nur darin, daß Verdächtige oder überführte Täter geschützt und nutzbar gemacht worden sind. Auch wurden Menschen wegen angeblicher NS-Verstrickung verfolgt und verurteilt, die völlig unschuldig waren. In den berüchtigten „Waldheimer Prozessen“ 1950 wurden nach Angaben der Birthler-Behörde Menschen nicht aufgrund eigener Taten, „sondern aufgrund von Pauschaltatbeständen“ abgeurteilt.

Nach Auffassung von Behördenleiterin Marianne Birthler wirft die Studie ein besonders grelles Licht auf die vielen, die in „unverständlicher Loyalität“ zur DDR gestanden hatten, weil sie angeblich das „antifaschistische“ Gegenstück zu einer Bundesrepublik gewesen sei, wo scheinbar notorische NS-Verbrecher ungeschoren blieben, während die DDR wenigstens hierin „sauber“ geblieben sei. Geblendet vom inszenierten „Antifaschismus“ der DDR hätten auch „kluge Leute“ zu den Verbrechen des SED-Staats geschwiegen.

Auch zahlreiche westdeutsche Linke fielen auf die Fassade herein – oder wollten auf sie hereinfallen. So gelang es der DDR, Antifa-Kampagnen gegen Repräsentanten der Bundesrepublik zu entfesseln mit Hilfe von gefälschtem oder manipuliertem Material, das von westdeutschen Linken nur zu gern übernommen wurde.

Henry Leide: „NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR“, gebunden, 448 Seiten, 29,90 Euro, zu bestellen beim Preußischen Mediendienst, Telefon (0 40) 41 40 08-27

Äußerst schlechtes Vorbild

Parteien und Gewerkschaften bilden fast alle weniger aus, als sie es von Wirtschaftsunternehmen verlangen

Von Bernhard Knapstein

Es herrscht Ausbildungsnotstand in Deutschland. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement zeigte sich gleichwohl noch kurz nach der Wahl zufrieden mit der Zwischenbilanz des Ausbildungspakts. Dennoch, bis Ende des Jahres müssen noch rund 40 000 Schulabgänger mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden.

Zwar weist das „Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit“ auf die bisherigen Vermittlungserfolge und die noch 12 000 unbesetzten Ausbildungsplätze hin, doch das ist ein statistischer Wert: Einem Münchner Abiturienten, der aufgrund seiner persönlichen Fähigkeiten vor dem BWL-Studium eine Banklehre machen möchte, ist nicht damit geholfen, daß man ihm statt dessen eine Lehrstelle hinter der Fleischertheke im Buxtehuder Einzelhandel anbietet.

Dementsprechend angriffslustig gibt sich die Expertin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ingrid Sehrrock. „Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist im Jahresvergleich um neun Prozent gesunken. Clement und die Arbeitgeber sollten mit der Schönrederei aufhören“, zitiert sie der „Spiegel“.

Rolf Kutzmutz, Bundesgeschäftsführer von „Die Linke / PDS“, legt nach. Er will die anderen Bundestags-Parteien und wohl auch die Arbeitgeber mit einem neuen Programm „gegen Hartz IV und für mehr Ausbildungsplätze“ zwingen, Farbe zu bekennen.

Wenn es nach Wolfgang Methling geht, werden die Unternehmen sogar gesetzlich zur Ausbildung verpflichtet. Methling, ein mecklenburgischer Parteigenosse von Rolf Kutzmutz, will die Ausbildungsabgabe eingeführt wissen. Für die Unternehmen ein sozialistisches Gespenst, das seit Jahren umherspukt.

Das alles sind harte Hiebe von Linksaußen in Richtung Arbeitgeber und politische Mitte.

Doch wie sieht es eigentlich mit den Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden aus? Der Apparat solcher Verbände umfaßt eine Vielzahl von Abteilungen, deren hauptamtliche Mitarbeiter Aufgaben erfüllen, wie sie in jedem großen Dienstleistungsbetrieb auftreten. Sie alle verfügen über Geschäftsstellen, in denen ausgebildete Bürokaufleute, Buchhalter und Reinigungskräfte arbeiten. Selbst den Hausmeister gibt es inzwischen als Lehrberuf. Die SPD steht gar an der Spitze eines regelrechten Konzerns von Gesellschaften, etwa im Medienbereich, an denen sie gewinnbringend beteiligt ist.

Als Ausbildungsbetriebe für zahlreiche Lehrberufe sind die Partei- und Verbandszentralen also durchaus geeignet – und in der Pflicht. Bilden Sie selbst auch aus, oder wird hier ganz unpreußisch mehr Schein als Sein gepflegt? Die *Preußische Allgemeine* hat nachgefragt.

Nach dem neuesten Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) liegt der durchschnittliche Anteil der Auszubildenden an der Gesamtbelegschaft je nach Anzahl der Beschäftigten zwischen 5,3 und 7 Prozent. Dies ist die Meßlatte, die auch an die Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände anzulegen ist.


Ausbildung im Büro: Auch Parteien und Gewerkschaften sind Unternehmen Foto: keystone

Um es kurz und schmerzhaft zu machen: Lediglich die FDP-Parteizentrale erfüllt mit ihren 26 Mitarbeitern, unter denen zwei Auszubildende sind, das Soll. Und auch die „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ist mit nur einem Ausbildungsplatz unterm Richtwert (fünf statt sechs) noch gut im Maß.

Negativspitzenreiter ist dagegen ausgerechnet der DGB. Unter 1 860 hauptberuflichen Mitarbeitern befinden sich gerade einmal 27 Auszubildende. Es müßten 99 sein.

Hendrik Thalheim von „Die Linkspartei / PDS“ will die Mitarbeiterzahlen seiner Berliner Parteizentrale von 55 auf 25 kleinrechnen, um die Ziffer von nur einem einzigen Auszubildenden statistisch besser aussehen zu lassen. „Wir haben 25 bis 30 wissenschaftliche Mitarbeiter. Das sind keine Ausbildungsberufe“ rechtfertigt Parteisprecher Thalheim gegenüber dieser Zeitung etwas hilflos den linken Fehlbetrag von zwei weiteren Lehrplätzen. In ähnlicher Weise versuchte früher auch der DGB, sich aus seiner Verantwortung herauszureden.

Die Bündnisgrünen wollten selbst auf mehrfaches Nachfragen keine Auskunft erteilen. Ebenso die Landeszentrale der CSU im Münchner Franz-Joseph-Strauß-Haus, die sich dem grünen Stillschweigen anschließt. „Dies sind interne Informationen“ heißt es dort. Die CDU im Berliner Konrad-Adenauer-Haus bietet nur zwei Azubis eine Stelle, das sind statistisch gesehen fünf Ausbildungsplätze zuwenig.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* erfüllt übrigens mit ihrem Volontär die durchschnittlich zu erwartende Ausbildungsquote.

MELDUNGEN

Zur Kasse gebeten

Brüssel – Deutschland war auch 2004 größter Nettozahler in der EU. So flossen unterm Strich 7,1 Milliarden Euro an die EU. Großbritannien und Frankreich zahlten netto 2,9 beziehungsweise 3 Milliarden Euro an Brüssel. Irland, aufgrund seines hohen Wirtschaftswachstums zum keltischen Tiger hochstilisiert, erhielt 2004 sogar noch 1,6 Milliarden Euro.

Export profitiert vom Ölpreis

Köln – Nach Untersuchungen des Institutes der deutschen Wirtschaft sind die Folgen des hohen Ölpreises für die deutsche Wirtschaft keineswegs so dramatisch, wie es gern behauptet wird. So würde gerade die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer energiesparenden Produktion je Gütereinheit erheblich weniger Energie verbrauchen als es noch in den 70er Jahren der Fall gewesen sei. Auch profitiert Deutschland von den gestiegenen Investitions- und Konsumbedarf der Erdöl exportierenden Länder. Vor allem Ölscheichs kauften deutsche Aktien und stellten günstige Kredite für deutsche Unternehmen zur Verfügung. Außerdem sind die deutschen Ausfuhren in die ölreichen Staaten im Nahen und Mittleren Osten in den ersten sieben Monaten 2005 um beachtliche 16 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen. Auch die steigende Nachfrage des Ölexporteurs Rußland nach Produkten „made in Germany“ hänge mit der Entwicklung des Ölpreises zusammen.



Fahndung nach Islamisten beginnt erst

Die Gefahr, daß Islamisten Anschläge in Deutschland verüben, ist konkreter als von Sicherheitsbehörden zugegeben. Das zeigen nicht nur Fahndungs- und Beobachtungsmaßnahmen der Bundesländer sowie des Verfassungsschutzes, sondern vor allem der Düsseldorfer Al-Tawhid-Prozeß. Die Düsseldorfer Al-Tawhid-Zelle plante nach Auskunft der dortigen Staatsanwaltschaft Anschläge auf jüdische Einrichtungen, unter anderem in Berlin, aber auch gegen vermeintlich „schwule“ Lokale. Zur Ausführung kam es nur deshalb nicht, weil die erforderlichen Waffen und Sprengmittel nicht rechtzeitig eintrafen, dafür aber die Polizei.

Bundesländer wie Niedersachsen beginnen ihren Kampf gegen islamistischen Terror zu verstärken – im Umfeld von Moscheen wurden innerhalb der vergangenen zwei Jahre allein in diesem Bundesland 14 000 Personenkontrollen durchgeführt. Erfolge stellen sich allmählich ein: In einer zentralen Datei im Landeskriminalamt werden gewonnene Daten gespeichert, die Erkenntnislage islamistischer Strukturen bessert sich.

Im Düsseldorfer Al-Tawhid-Fall lagen, nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Focus“, der Staatsanwaltschaft bereits konkrete Erkenntnisse gegen den Hauptangeklagten Mohammed Abu Dhess vor. Er hatte sich an Schleusergeschäften und Paßfälschungen beteiligt. Als er im April 2002 mit mehreren Kumpanen seiner Düsseldorfer Islamisten-Gruppe festgenommen wurde, hatte er bereits Anschläge geplant. Er sollte „mit seinen Leuten die Arbeit in Deutschland erledigen“ – offenbar im Auftrag des irakischen Top-Terroristen und dortigen al-Quaida-Chefs Musab al-Sarkawi, bekannt für Terrorangriffe auf Zivilisten und US-Soldaten im Zweistromland.

Als Terror-Bote sollte Abu Dhess Zerstörung nach Deutschland bringen. Der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt Christian Monka spricht gegenüber dem „Focus“ von „einer Vielzahl von Opfern“. Bei den Tätern handele es sich um „unscheinbare Fanatiker, die eine ideologische Gehirnwäsche“ hinter sich hätten, so Monka weiter. Geplant waren Anschläge auf die Düsseldorfer Lokale „Le Clou“ und „Oberbayern“ sowie die jüdische Gemeinde in Berlin. „Hätten sie Waffen gehabt, hätten die Anschläge jederzeit passieren können“, so die Einschätzung des Staatsanwalts.

Shadi Abdalla, ebenfalls Mitglied der Düsseldorfer Zelle, bot sich der Staatsanwaltschaft als Kronzeuge an. Seine Glaubwürdigkeit zu unterminieren, ist seitdem das Ziel der Verteidigung Abu Dhess'. Über das Internet ließ Dhess mit Hilfe linker Plattformen wie „Indymedia“ und „Kommunistische Partei Deutschlands“ bereits einen „Offenen Brief“ verbreiten. Darin erleben alte RAF-Mythen von „Isolationshaft“ eine Renaissance. Tenor des neuen Bündnisses linksextremer und islamistischer Kreise: „In einer völlig übersteigerten Terrorhysterie stacheln sich Medien und Justiz immer mehr zu einer undifferenzierten Akzeptanz dieser Märchen (gemeint sind die Einlassungen des Kronzeugen, Anm. d. Red.) auf“. Von „gnadenloser Hatz auf alle Muslime“ ist ferner in dem Brief die Rede.

Kronzeuge Abdalla weiß anderes zu berichten. Ihm kam in der Gruppe die Aufgabe zu, die Anschlagsziele auszuspähen. Dabei ging er unkonventionelle Wege: Die Gürtelschnalle einer Lokalwirtin – angeblich mit dem Davidstern – gab den Ausschlag, das Lokal wurde zum Ziel. *SV*

Die »Dialog«-Falle

Islamisten-Hetze: Raddatz kritisiert Verharmlosung

Von Hans Heckel

Die Umgebung des Islamkritikers Hans-Peter Raddatz wird von der Polizei überwacht, er steht unter „Personenschutz“. Raddatz benutzt wechselnde Verkehrmittel, fliegen tut er überhaupt nicht mehr. In einem als Gebet formulierten Text hatte das Internet-Portal „www.muslim-markt.de“ am 9. September eine Verwünschung gegen den Publizisten veröffentlicht, die bekannte Islamwissenschaftler als verklausulierten Mordaufruf deuten (siehe *PAZ* Nr. 42). Raddatz sei ein „Haßprediger“, heißt es in dem Text, den „der allmächtige Schöpfer ... bestrafen möge“.

Inzwischen schwirren Bruchstücke eines bis Redaktionsschluß dieser Zeitung offiziell noch gar nicht veröffentlichten Gutachtens des Bundeskriminalamts (BKA) durch die Medien, das offenbar zu dem Schluß gekommen ist, daß es sich bei dem Gebetstext entgegen ersten Einschätzungen von Islamexperten doch nicht um einen Mordaufruf gehandelt habe. Das Gutachten liegt bei der ermittelnden Staatsanwaltschaft in Oldenburg, zu deren Zuständigkeitsbereich der Wohnort des Betreibers von „muslim-markt.de“, Yavuz Özoguz, gehört, der in Delmenhorst lebt.

Die Anzeige gegen Özoguz war ursprünglich bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden eingegangen. Der Wiesbadener Staatsanwalt Hans-Peter Ferse will das BKA-Gutachten zwar nicht gesehen haben, es sei auf Dezernentebene bearbeitet worden. Gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* verwies Ferse indes darauf, daß die Beurteilung solcher Gebetstexte „im Einzelfall zu erfolgen“ habe. Aus seiner Sicht sei der Appell kein Mordaufruf, da in dem Gebet lediglich dazu aufgerufen werde, daß Allah Raddatz bestrafen solle. Daraus zu schließen, daß auf diese Weise Menschen zu Handlungen gegen den Islamkritiker aufgerufen würden, sei „um drei Ecken gedacht“.

Die Marburger Religionswissenschaftlerin und Orientalistin Prof. Ursula Spuler-Stegemann sieht das anders und spricht dezidiert von einem „Mordaufruf“, der lediglich „verpackt“ worden sei in die „Form eines Gebets“. In diese Richtung geht auch das Fazit des Göttinger Arabistik-Professor Tilman Nagel. Gegenüber dem ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ konstatierte Nagel: „Der Gebetsaufruf mißachtet das rechtsstaaliche Gewaltmonopol und die Religionsfreiheit, indem er die Muslime auffordert, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen und die Zielperson der ‚Bestrafung‘ namentlich bennent.“

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler, Berichterstatterin über den Islamismus bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist alarmiert: „Die Morddrohung gegen Dr. Raddatz ist ein weiterer Höhepunkt der islamistischen Propaganda in Deutschland. Diese Leute mißachten das Gewaltmonopol des Rechtsstaats und sie pervertieren die Religionsfreiheit des Grundgesetzes“, so Köhler.

Genau hier jedoch sieht der Betroffene, Hans-Peter Raddatz, das Problem. „Der Islam kennt keine Religionsfreiheit“, analysiert er im Gespräch mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. So gebe es nach den muslimischen Glaubensgrundsätzen beispielsweise nicht das Recht, die Gemeinschaft der Muslime zu verlassen, um sich einer anderen Religionsgemeinschaft anzuschließen. Diese Wahlfreiheit aber sei eine der unverzichtbaren Grundlagen der Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert sei. Auch seien im Islam im Unterschied zu anderen Religionen starke staatspolitische Teile integriert, die Trennung zwischen Staat und Religion sei unislamisch. Deshalb sei es für strenggläubige Muslime um so unerträglicher, einen nichtislamisch verfaßten Staat zu ertragen, je zahlenmäßig größer ihr Anteil in dessen Gesellschaft werde. In der Person des Yavuz Özoguz werde das Dilemma manifest: Als deutscher Staatsbürger sei er dem Grundgesetz verpflichtet, als tiefgläubiger Moslem aber sei es ihm verboten, eine nichtislamische weltliche Gewalt auf Dauer zu respektieren, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist.

Raddatz erwartet nun ein faires rechtsstaatliches Verfahren gegen Özoguz. Daß dieser den Aufruf nicht nach ersten Protesten aus dem Netz genommen, sondern lediglich den Namen Hans-Peter Raddatz durch „XXX“ ersetzt hat, sieht der Betroffene eher als Verschärfung denn als Abminderung des Angriffs gegen ihn. Özoguz war in einer anderen Sache bereits wegen Volksverhetzung zu einem Bußgeld von 1000 Euro verurteilt worden. Özoguz ist als Ingenieur bei der Universität Bremen beschäftigt. In der Bußgeldverhängung sah Özoguz' Arbeitgeber noch keinen Anlaß zum Handeln. Nunmehr heißt es aus Bremen, daß man die Entwicklung der neuerlichen Ermittlungen gegen Özoguz beobachten wolle.

Hinsichtlich des Gutachtens des BKA gibt sich Raddatz, Autor mehrerer islamkundlicher Bücher, zurückhaltend. So habe das BKA im Jahre 2001, kurz nach den Anschlägen des 11. September in New York, den Vorsitzenden des „Zentralrat der Muslime in Deutschland“, Nadeem Elyas, als Festredner eingeladen. Elyas gilt als radikaler Moslem. Soviel „Offenheit“ gegenüber der Islamistenszene seitens des BKA bereite ihm Kopfzerbrechen, so Raddatz.

Der Islamkritiker fürchtet, daß das BKA in die Falle eines falsch verstandenen „Dialogs“ gegangen sein könnte. Die Anhänger jenes „Dialogs“ ignorierten die problematischen Aspekte des Islam und täten sie ab als Entartungen, die mit dem Koran oder der islamischen Prophetentradition an sich nichts zu tun hätten. Dies sei ein Irrtum, beharrt Raddatz. Eine nähere Kenntnis des Islam mache die Gläubigen keineswegs toleranter, im Gegenteil: Je besser sich ein gläubiger Moslem in den Glaubensgrundsätzen des Islam auskenne, desto unanbweisbarer werde für diesen die Verpflichtung, gegen Kritiker wie ihn, Raddatz, vorzugehen.

Hans-Peter Raddatz fordert daher, daß den in Deutschland lebenden Moslems sehr viel klarer als bisher die Grenzen ihrer Religionsausübung aufgezeigt werden – die genau dort verliefen, wo sie mit deutschem Recht kollidierten. Es gehe beispielsweise nicht an, daß Schuldige an sogenannten „Ehrenmorden“ weniger hart bestraft würden als ganz gewöhnliche Mörder, weil man ihnen die fremde Kultur als strafmildernden Aspekt zugute halte.

Das gleiche gelte für die Benachteiligung der Frau insgesamt oder das grundgesetzwidrige Verbot für alle Moslems, ihren Glauben abzustreifen. Wer islamische Praktiken, die im Gegensatz zu unserer Rechtsordnung stehen, verharmlose, so Raddatz, der schütze letztlich die islamistischen Täter.

„Angst“ verspüre er trotz der Drohung nicht, versichert Raddatz. Die habe man nur vor dem Unbekannten. Mit dem Islamismus aber habe er sich in den verganenen Jahren ausgiebig beschäftigt. „Ich weiß sehr genau, mit wem ich es zu tun haben und wie ich diese Leute einschätzen muß“, so Raddatz zur *PAZ*.



Schwer zu fassen: Islamisten-Razzia in Frankfurt — Foto: argus

Messer in der Brust

Theo van Gogh, niederländischer Regisseur und Urgroßneffe des bedeutenden Malers Vincent van Gogh, wurde am 2. November 2004 in Amsterdam auf offener Straße ermordet. Er wurde 47 Jahre alt.



Theo van Gogh

Auf der Brust des Opfers ließ der marokkanischstämmige Attentäter Mohammed Bouyeri einen Brief mit Drohungen gegen die konservative niederländische Parlamentsabgeordnete Ayaan Hirsi Ali zurück. Sie hatte mit van Gogh zusammengearbeitet. Auch gegen van Gogh hatte es vor der Tat offene Morddrohungen gegeben.

Mit seinen islamkritischen Werken wie dem Kurzfilm „Submission“ (Unterwerfung) hatte van Gogh bei Moslems in den Niederlanden Empörung ausgelöst. Dem Mord folgte eine Serie von Anschlägen auf islamische und christliche Einrichtungen in den Niederlanden.

Den 27jährigen Mörder van Goghs verurteilte ein Amsterdamer Gericht Ende Juli 2005 zu lebenslanger Haft wegen Mordes aus religiösem Haß.

Bouyeri gehört der Generation der „Integrierten“ an, spricht fließend niederländisch und hat in den Niederlanden studiert.

In der Anklage gegen Mohammed Bouyeri wie bei weiteren Ermittlungen betonte die niederländische Staatsanwaltschaft, daß der niederländische Staatbürger Bouyeri kein Einzeltäter gewesen sei: 13 Männern wird ab Dezember der Prozeß wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemacht – darunter Bouyeri.

Ihr Ziel laut Staatsanwaltschaft: Anschläge auf niederländische Politiker.

Opfer des Kalifen?

Der türkische Arzt Halil Ibrahim Sofu, genannt Yussuf Hoca, war Mitglied der als radikal-islamisch eingestuften Organisation Kalifatsstaat. In Berlin residierte er zeitweise nach Spaltung der Organisation als Gegenkalif zum „Kalifen von Köln“, Metin Kaplan, dem Anführer der Organisation.

Ibrahim Sofu wurde, nachdem Metin Kaplan eine Fatwa (religiöses Todesurteil) über ihn verhängt hatte, am 8. Mai 1997 von Unbekannten in seiner Berliner Wohnung ermordet. Kaplan hatte im Juli 1996 in seiner Verbandszeitung offen zum Mord an seinem internen Widersacher aufgerufen: „Was passiert mit einer Person, die sich, obwohl es einen Kalif gibt, als einen zweiten Kalifen verkünden läßt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet.“ Eine weitere Radikalisierung der Bewegung bewirkt Kaplan mit seinem Aufruf zum „allgemeinen Glaubenskampf“.

Nach dem Mord an Sofu wurde Metin Kaplan 1999 verhaftet, 2003 wieder freigelassen. Verschiedene Versuche, ihn in seine türkische Heimat abzuschieben, scheiterten. Ihm sei dort nach Überzeugung deutscher Gerichte kein rechtsstaatliches Verfahren garantiert gewesen. Nach monatelangem Nervenkrieg um die Abschiebung wurde Kaplan am 12. Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben, dort verhaftet und im Juni dieses Jahres zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Ziel seiner Organisation Kalifatsstaat ist die Errichtung eines auf Koran und Scharia (der Rechtsordnung des Koran) gegründeten islamischen Staatswesens in Deutschland.

Als Vorbild dient das historische Kalifat, in dem die religiöse und politische Macht bei einem Kalifen vereint war.

Im Dezember 2001 wurde der Kalifatsstaat deutschlandweit verboten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 2003 das Verbot der fundamentalistischen Organisation. Die Mitglieder stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Als Folge der weiteren Beobachtung kam es am 19. Dezember 2002 zum Verbot weiterer Vereine, die als Nachfolgeorganisationen gelten.

Weltweit gejagt

Der britische Schriftsteller indischer Herkunft Salman Rushdie (58) veröffentlichte 1988 sein Bestseller-Werk „Die satanischen Verse“. In den Albträumen der Hauptfigur des Romans spiegelt sich das Leben des Propheten Mohammed wider. Nachdem Moslems Anstoß an der Darstellung genommen hatten und islamische Geistliche das Werk verboten hatten, verhängte 1989 der iranische Staatschef Khomeini Rushdie. Er sprach ein Todesurteil (Fatwa) gegen Rushdie und „alle, die mit dieser Veröffentlichung zu tun haben“ aus – zu vollstrecken von allen Moslems weltweit. Begründung: Das Buch sei gegen den Islam, den Propheten und den Koran. Ein Kopfgeld von drei Millionen US-Dollar wurde ausgesetzt. Der Iran brach die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab. Rushdie floh in den Untergrund. Er lebt bis heute unter ständigem Polizeischutz. Ein japanischer Übersetzer des Buches sowie ein norwegischer Verleger wurden ermordet. Weltweit wurden Verlage und Übersetzer, die mit dem Buch zu tun hatten, bedroht. Die EU-Staaten zogen in Reaktion auf das Todesurteil des Irans gegen den britischen Bürger Rushdie für vier Wochen ihre Außenminister aus Teheran ab. 1998 erklärte Irans Staatspräsident Mohammed Chatami den Fall für „beendet“. Eine weitere Gefahr für Rushdie besteht, da das Dekret auch von nichtiranischen Moslems ausgeführt werden könnte. Auch zur Frage des Kopfgeldes gibt es bis heute keine eindeutige Stellungnahme seitens des Iran. Fundamentalistische Kreise im Iran halten an der Fatwa fest. Seit 2000 lebt der vielfach ausgezeichnete Autor Rushdie in New York.



Salman Rushdie

Junge Partei: »Recht und Gerechtigkeit«

Die Partei des neuen polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, PiS (Prawo i Sprawiedliwosc, Recht und Gerechtigkeit), entstand erst Ende April 2001 als landesweite Partei. Wie andere konservative polnische Parteien ist die PiS eher ein Personen-Zusammenschluß. Sie weist daher keine ausgeprägte programmatische Ausrichtung auf.

Die PiS diente ihren Protagonisten anfänglich vor allem zum Wiedereinzug in das polnische Parlament (Sejm) nach dem Auseinanderbrechen der alten „Wahlaktion Solidarität“ (AWS). Die AWS war ein Wahlbündnis von rund 40 verschiedenen Parteien, Vereinigungen und Gewerkschaften von gemäßigt Konservativen bis Nationalisten. Die PiS ging somit aus einer politischen Nachfolgeorganisationen der Gewerkschaft „Solidarität“ hervor.

Die Mitgliederschaft setzt sich in erster Linie aus dem rechten Flügel der AWS zusammen. Ein erster Wahlerfolg unmittelbar nach der Gründung 2001 verhalf 44 PiS-Abgeordneten in den Sejm. Seitdem stabilisierte sich die PiS als Law-and-Order-Partei des Lech Kaczynski. Der zweite starke Mann der PiS ist Kaczynskis Zwillingsbruder Jaroslaw. Bei den jüngsten Parlamentswahlen im September wurde die PiS stärkste Partei und wird den Premier stellen.

Kaczynskis Partei profitiert davon, daß sich in Polen keine klassische Linksrechts-Aufteilung ausgebildet hat, sondern daß sich die Konflikte vorrangig um die Art des Umbaus der polnischen Wirtschaft drehen. Stärker als sein Widersacher Donald Tusk sprach sich Kaczynski für sozialstaatliche Eingriffe aus. Kaczynski gewann damit die Unterstützung anderer Gruppen, wie der Bauernpartei Samoobrona (Selbstverteidigung), deren Kandidat beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen das drittbeste Ergebnis erzielt hatte. *SV*

Revolte der Wirklichkeit

Lech Kaczynski wird neuer Präsident Polens: Sorgen der Nachbarn scheinen übertrieben

Von Stephan Raabe

Lech Kaczynski von der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hat die Stichwahl zum Amt des Präsidenten der Republik Polen klar gewonnen. Laut amtlichem Endergebnis liegt er mit 54,04 Prozent deutlich vor seinem Konkurrenten Donald Tusk von der liberalkonservativen „Bürgerplattform“ (PO) mit 45,96 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,99 Prozent, das ist deutlich schlechter als bei den vergangenen Präsidentenwahlen (2000: 61,12 ; 1995: 68,33), als sich Kontrahenten aus verschiedenen politischen Lagern gegenüberstanden. Die erste Runde der Präsidentschaftswahl vor zwei Wochen hatte Tusk mit 36,3 Prozent noch vor Kaczynski mit 33,1 Prozent gewonnen.

Mit den Ämtern des Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten sind die entscheidenden politischen Schaltstellen nun in der Hand der PiS, die allerdings für die Regierung auf eine Koalition angewiesen ist, die sie mit der PO bilden will. Kaczynski betonte am Wahlabend die Notwenigkeit der Abrechnung mit der Vergangenheit auf der einen Seite und die Einigkeit der Nation auf der anderen Seite. Er wolle gute außenpolitische Beziehungen pflegen, aber gleichzeitig die polnischen Interessen „verteidigen“.

Seine ersten Auslandreisen plant er in die USA und zum Vatikan. Der Amtsantritt ist für den 23. Dezember vorgesehen.

Wie schon bei den Parlamentswahlen vor fünf Wochen haben die Meinungsumfragen, die fast bis zuletzt Tusk vorne gesehen hatten, getrogen. In einer Revolte der Wirklichkeit haben die Wähler die Umfrageergebnisse erneut ad absurdum geführt. Kaczynski hat sich mit Unterstützung einer Phalanx des rechten politischen Spektrums – der Parteien Selbstverteidigung, Liga der Katholischen Familien, Volkspartei, des nationalkatholischen Rundfunksenders „Radio Maria“, der Gewerkschaft Solidarnosc – mit seinem sozial-etatistischen, konservativ-nationalen Programm einer Vierten Republik durchgesetzt.

In Deutschland muß man jetzt etwas weniger polemisch die politische Realität in Polen zur Kenntnis nehmen. Wenn noch am Freitag im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen“ davon zu lesen war, das Land scheine „wie gelähmt in der Angst vor den Brüdern Kaczynski“, dann zeugt dies von einer sehr einseitigen Wahrnehmung des Landes und einer Dämonisierung der Kaczynski-Brüder. Eine Mehrheit hat sich in Polen in demokratischen Wahlen für eine politische Führung durch die Brüder ausgesprochen, allen Unkenrufen im In- und Ausland zum Trotz. Die polemische Qualifizierung der Kaczynskis und ihrer Partei als Populisten in den deutschen Medien ist wenig sachgerecht: Die PiS ist eine nationalkonservative zum Teil etatistisch-sozial zum Teil regelrecht wirtschaftsliberal ausgerichtete Partei, betrachtet man ihr Steuerkonzept, das im wesentlichen einen Satz von 18 Prozent vorsieht.

Wenn sie zum Beispiel in den ARD-„Tagesthemen“ als „antideutsch und stark nationalistisch“ bezeichnet wird, steht das vor allen Dingen mit zwei Punkten in Zusammenhang: Zum einen hat Lech Kaczynski als Oberbürgermeister von Warschau als Antwort auf Restitutionsforderungen von einer kleinen Minderheit von deutschen Vertriebenen und mit Blick auf das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin die Frage von Kriegsreparationen Deutschlands an Polen wieder aufgeworfen; zum anderen hat er im gleichen Kontext die Schäden der fast völligen Zerstörung Warschaus im Zweiten Weltkrieg durch deutsche Truppen als Beispiel für das von Polen erlittene Schicksal berechnen lassen und will dies Deutschland notfalls auch in Rechnung stellen. In diesen Fragen ist die Tonart aus den Reihen der PiS schärfer als etwa bei der PO. Bei alldem sollte man jedoch nicht übersehen, daß es in der Ablehnung jeglicher deutscher Besitzansprüche wie auch gegenüber dem Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Polen einen parteiübergreifenden Konsens gibt. Das betrifft im Hinblick auf eine Koalition von PiS und PO im übrigen auch die Kritik an der geplanten russisch-deutschen Gasleitung durch die Ostsee, die Skepsis gegenüber einer zu starken französisch-deutschen Dominanz in der EU und die angestrebte deutlichere Akzentuierung polnischer Interessen. Was die nationale polnische Interessenvertretung angeht, scheint man in Deutschland mit einem anderen Maß als etwa gegenüber England und Frankreich zu messen, die gemeinhin nicht zimperlich in der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf dem europäischen Parkett sind.



Wahlsieger: Lech Kaczynski beruhigt seine begeisterten Anhänger — Foto: AP

Festzustellen ist allerdings, daß Deutschland und Europa sich mit Polen unter der Führung der PiS auf einen kritischeren Partner einstellen müssen, der nicht einfach im Umgang sein wird. Auch für die deutsche Volksgruppe in Polen ist eher mit einem etwas schärferen Gegenwind zu rechnen.

In einigen strategischen Fragen der Außenpolitik wie der transatlantischen Partnerschaft und der Ostpolitik gibt es jedoch gute Anknüpfungspunkte, ebenso auf dem Feld der innenpolitischen Reformen. Die Brüder Kaczynski stehen nun in der Pflicht, die ihnen übertragene Verantwortung wahrzunehmen. Da werden sie von manchem Wahlkampfgetöse, das das Auftreten in der Vergangenheit geprägt hat, Abschied nehmen.

Starkes Polen

Was will Warschaus erster Mann?

Der am 18. Juni 1949 in der polnischen Hauptstadt geborene Lech Kaczynski ist damit, daß er die Nachfolge des scheidenden Aleksander Kwasniewski antritt, die neue Konstante der Macht im östlichen Nachbarland. In die Fußstapfen Aleksander Kwasniewski und dessen Vorgängers als Ruhepol der Republik Lech Walesa tritt mit Lech Kaczynski nun ein Mann, der stolz darauf ist, vom Nachbarland Deutschland nicht mehr als den Frankfurter Flughafen zu kennen.

Der nur 1,64 Meter große, untersetze Kaczynski gilt, wie sein Zwillingsbruder Jaroslaw, der Vorsitzender der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist, nicht nur als scharfsinnig, sondern auch als kampfeslustig. Eine Eigenschaft, die der Jurist und frühere Professor an der Universität Danzig (1996–1999) schon während seines Studiums schärfte. Eine Eigenschaft aber auch, die dem Präsidenten der Republik Polen, der in der schnellebigen politischen Welt von Warschau das Gleichgewicht zu gewährleisten hat, eher schaden kann.

Kazcynski 1980 — Foto: AP

Kaczynski steht innenpolitisch für eine radikale Beseitigung aller Korruptionsnetzwerke. Der Katholik lehnt Abtreibung sowie eine rechtliche Aufwertung der Homosexuellen ab und hat sich für die Einführung der Todesstrafe ausgesprochen. Außenpolitisch steht Kaczynski für ein starkes Polen, dessen Souveränität durch die EU nicht angetastet werden darf. So befürwortet Kaczynski einen Volksentscheid zur Euro-Einführung, die in Polen für 2010 vorgesehen ist. Im Verhältnis zu Deutschland und Rußland hat der kommende Präsident bisher stets auf Konfrontation gesetzt.

Nach seiner Promotion 1976 zum Doktor der Jurisprudenz schloß Lech Kaczynski sich der Solidarnosc-Bewegung an und beriet 1981 die streikenden Arbeiter der Danziger Lenin-Werft. In der Zeit des Kriegszustandes der Jahre 1981/82 wurde er für zehn Monate interniert.

1989 saß er am „Runden Tisch“, der den Übergang zur Demokratie brachte, und wurde anschließend für zwei Jahre Senator, bevor er 1995 in den Sejm als Parlamentarier einzog. Seine Zeit als Justizminister 2000 bis 2001 war – wie in der skandalumwitterten polnischen Demokratie durchaus üblich – nur von kurzer Dauer. *BK*

Feste Konstante

Staatsoberhaupt mit großen Machtbefugnissen

Spürbar stärker als in Deutschland ist die Stellung des Staatspräsidenten in Polen. Das liegt zum einen in der Verfassung begründet: Der polnische Staatschef wird direkt vom Volk gewählt, bezieht seine Legitimität also nicht wie sein deutscher Kollege aus einer von den Parteien beherrschten Bundesversammlung. Er ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte, ernennt den Chef des polnischen Generalstabs und die Führer der Teilstreitkräfte. Er ratifiziert und kündigt internationale Verträge und darf laut Verfassung die Außenpolitik mitbestimmen. Er erläßt Anordnungen zur Berufung der Mitglieder des Rates für Geldpolitik, zur Ausschreibung zu Parlamentswahlen, zur Berufung eines landesweiten Referendums.

Über seine verfassungsmäßigen Rechte nimmt der polnische Präsident eine besondere Stellung in seinem Land ein wegen der Instabilität der anderen demokratischen Repräsentationsorgane. Polnische Ministerpräsidenten kommen und gehen, und der Sejm, das Parlament, wird in der Regel vorzeitig neugewählt. Selbst große Parteien haben kürzeste Halbwertzeiten und Minister stürzen regelmäßig über irgendwelche Korruptionsaffären und andere Skandale. Von diesem polnischen Alltag wechselnder polnischer Führungsschichten und



Amtssitz des polnischen Präsidenten: Schloß Belvedere — Foto: Caro

Persönlichkeiten hebt sich seit Einführung der Demokratie in Polen ausschließlich der mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattete Staatspräsident ab.

Seit der Einführung der Demokratie 1989 wechselte der Ministerpräsident Polens elfmal, mit Lech Walesa (1990–1995) und Aleksander Kwasniewski (1995–2005) hatte es jedoch nur zwei Präsidenten. Erst ab Jerzy Buzek kehrte etwas Dauerhaftigkeit ins Amt des Regierungschefs ein. Buzek blieb von 1997 bis 2001 im Amt, sein Nachfolger Leszek Miller schaffte es immerhin von 2001 bis 2004. Nachfolger Marek Belka scheiterte schon in seiner ersten Vertrauensabstimmung im Sejm am 14. Mai 2004. Danach trat er von seinem Amt zurück. Präsident Kwasniewski setzte ihn jedoch wieder ein. Nun wird dem Sozialdemokraten Belka ein Kandidat aus der neuen Koalition aus nationalliberaler Bürgerplattform (PO, Partei des gescheiterten Präsientschaftskandidaten Donald Tusk) und Kaczynskis PiS folgen.

In den für die polnische Demokratie wegweisenden Jahren von 1989 bis 1997 schaffte es kaum ein Ministerpräsident, sich viel länger als ein Jahr im Amt zu halten. Mancher mußte bereits nach wenigen Wochen das Feld räumen. *HH / BK*

Tusk gewann im Westen

Der unterlegene nationalliberale Präsidentschaftskandidat Donald Tusk von der Bürgerplattform (PO) erzielte seine besten Ergebnisse in jenen Regionen, in denen die Kontakte zu den Nachbarn aus der Bundesrepublik Deutschland besonders ausgeprägt sind, also in den Oder-Neiße-Gebieten. So hat beispielsweise das südliche Ostpreußen – sieht man von den Kreisen Treuburg, Lyck, Johannisburg und Elbing einmal ab – mehrheitlich (52,63 Prozent) für den deutschfreundlichen Kaschuben Tusk gestimmt. Ähnlich gut schnitt Tusk in Hinterpommern und Schlesien ab. Sein Gegner Lech Kaczynski, der besonders im Südosten der Republik Wähler auf seine Seite zog, konnte in diesen Regionen mit seiner diffusen Wahlkampfstrategie von der „deutschen Gefahr“ nur eine Minderheit der Wähler erreichen.

Tusk wurde ferner besonders in den Städten gewählt, dort wo weniger Zukunftsängste das politische Stimmungsbild beherrschen. So hat er etwa in der südostpreußischen Metropole und Universitätsstadt Allenstein mit 59,84 Prozent sein bestes Ergebnis in der Woiwodschaft erzielt.

Der durchschnittliche Kaczynski-Wähler ist etwa 50 Jahre alt, praktizierender Katholik und lebt in bescheidenen Verhältnissen auf dem Land östlich von Warschau, wo kaum Kontakte zu Deutschen bestehen. *BK*

Slowakei: Keine Privilegien für Zigeuner

Bratislava / Preßburg – Das slowakische Parlament ist vor dem Verfassungsgericht des Landes mit dem Versuch gescheitert, über die Vorgaben des von der EU geforderten „Antidiskriminierungsgesetzes“ hinaus Minderheiten ausdrücklich mit Privilegien auszustatten.

Im Juli vergangenen Jahres hatten die Parlamentarier ein Gesetz verabschiedet, daß außer dem Verbot von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Überzeugungen und der Religion, der Nationalität, der sexuellen Orientierung oder des Gesundheitszustands auch die gezielte Besserstellung von Angehörigen bestimmter Ethnien vorsah. Diese sogenannte „positive Diskriminierung“ sollte vor allem auf die in der Slowakei überwiegend zum Stamm der Roma gehörenden Zigeuner Anwendung finden. Das Gericht bezeichnete die vorgesehene Privilegierung der Roma nun als verfassungswidrig.

Veranlaßt hatte die Klage der slowakische Justizminister Daniel Lipsic. Vorteile für die Roma etwa bei der Arbeitsuche benachteiligten alle Nichtroma, argumentieren die Richter. Die slowakische Verfassung verspreche allen Bürger Gleichheit ohne Rücksicht auf ihre ethnische Abstammung, so der Minister.

Die Sprecherin von EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla, Katharina von Schnurbein, reagierte auf den Urteilsspruch des Verfassungsgerichts gelassen, schließlich seien die Maßnahmen zur „positiven Diskriminierung“ für „die Mitgliedstaaten keine Pflicht“, sondern lediglich eine Empfehlung. Manche Länder, so zum Beispiel Tschechien, die Niederlande oder Finnland, seien dieser Empfehlung der EU gefolgt. *PZ*

Kroatien entschädigt

Vertriebene: Abkommen von Wien und Zagreb ermöglicht Restitution

Von Jan Bremer

Voraussichtlich vom Sommer kommenden Jahres an können aus dem heutigen Kroatien vertriebene Volksdeutsche, die heute österreichische Staatsbürger sind, die Rückerstattung ihres Eigentums beantragen.

Einem entsprechenden Vertrag, über den Österreich und Kroatien seit 2002 verhandelt haben, hat jetzt der kroatische Ministerrats zugestimmt, wie der Leiter der Vermögensabteilung des österreichischen Außenministeriums, Thomas Buchsbaum, gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt hat.

Nach ersten Meldungen in der deutschen und österreichischen Presse seien bereits „Hunderte von Anrufen“ bei seiner Abteilung eingegangen, so Buchsbaum. Er machte jedoch deutlich, daß wegen der üblichen parlamentarischen und regierungsamtlichen Prozeduren mit einem Inkrafttreten des Vertrags erst gegen Mitte 2006 zu rechnen sei.

Wien verweist darauf, daß ein derartiges Abkommen noch von keinen anderen Ländern ausgehandelt worden sei. Die deutsche Bundesregierung lehnt es ab, bei der Realisierung von Eigentumsrechten von Heimatvertriebenen unterstützend tätig zu werden. Somit gilt die getroffene Regelung nur für die rund 20 Prozent der vertriebenen Volksdeutschen Kroatiens, die sich nach dem Krieg in Österreich niedergelassen haben. Gleiches räumt Zagreb natürlich auch allen österreichischen Staatsbürgern ein, die ebenfalls auf seinem Gebiet von jugoslawischen Stellen enteignete worden waren und anderen Volksgruppen angehörten. Für Personen, die bereits zum Zeitpunkt der Enteignung Österreicher gewesen waren, hatten Wien und Zagreb ein entsprechendes Restitutionsabkommen bereits vor Jahren abgeschlossen.

Wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ mitteilt, hatte das kroatische Entnationalisierungsgesetz von 1996 Bürger anderer Staaten zunächst ausgenommen von der Restitution ihres beschlagnahmeten Eigentums. Das Verfassungsgericht in Zagreb habe diese Regelung jedoch 2002 aufgehoben. Seitdem steht es nach Angaben Wiens jedem Land der Welt offen, die Rückgabe in einem zweiseitigen Vertrag mit Kroatien einzuleiten.

Vor 1939 lebten etwa 540 000 Deutsche im damaligen Jugoslawien. Als Josip Broz Tito den jugoslawischen Staat 1944 erneut ausrief, waren es schätzungsweise noch etwa 200 000, von denen in der Folgezeit rund 64 000 dem jugoslawisch-kommunistischen Terror zum Opfer fielen. Die größte Gruppe unter ihnen stellten die Donauschwaben, von denen die meisten im Norden des heutigen Serbien siedelten, der sogenannten Vojvodina. 70 000 lebten im heutigen Kroatien.

Wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ weiter berichtet, haben die jugoslawischen Behörden seinerzeit detailliert Buch geführt über die enteigneten deutschen Güter. Danach habe man 637 939 Hektar Land deutscher Eigentümer konfisziert, von denen sich 120 977 Hektar auf kroatischem Gebiet befunden hätten.

Die Enteignungen erfolgten im Rahmen der sogenannten „AVNOJ“-Dekrete von 1944 und 1946, die dem Inhalt nach den tschechoslowakischen Benesch- und den polnischen Bierut-Dekreten nahekommen. Beide Länder wehren sich beharrlich, über die Entschädigung von Vertriebenen zu verhandeln.



Flucht der Donauschwaben: Fluchttreck aus dem Ort Sarwasch / Sarvas in Slowenien auf dem Weg nach Österreich. Der Aufbruch des Trecks war am 31. Oktober 1944, die Ankunft in Deutschlandsberg (Österreich) am 1. Dezember 1944. Foto: Donauschwäbisches Zentralmuseum, Ulm

Stichwort: Donauschwaben

Die Deutschen, die bis Ende des Zweiten Weltkrieges in Kroatien lebten, gehörten ganz überwiegend zum Stamm der „Donauschwaben“. Deren Ursprungsgebiet liegt nur zum Teil im eigentlichen Schwaben, viele stammten aus dem Elsaß, der Rheinpfalz, Lothringen und anderen süddeutschen Regionen und wanderten ab Ende des 17. Jahrhunderts in den Donauraum, wo sie durch die Türkenkrieg entvölkerte Gebiete neu besiedelten. Die in der Nachbarschaft lebenden Ungarn nannten die Siedler pauschal „Schwaben“. Die „Donauschwaben“ wurden von der österreichischen Krone gezielt angeworben zur Entwicklung des Landes und als Wehrbauern an der Grenze zum Osmanischen Reich, das noch lange den südlichen Balkan beherrschte.

Wien: Zugewinne für die SPÖ

Wien – Wie Wochen zuvor in der Steiermark und im Burgenland brachten auch in Wien die Landtagswahlen Zugewinne für die SPÖ – und dennoch merkliche Enttäuschung, denn mit 49 Prozent wird die erwartete absolute Mehrheit nicht erreicht. Ähnlich bei den Grünen: Sie legen auf 14,7 Prozent zu, verfehlen aber den erhofften zweiten Platz deutlich – und liegen sogar hinter der FPÖ.

Das Wahlziel der ÖVP, zweitstärkste Partei zu werden, ist mit einem Zuwachs von 16,4 auf 18,8 Prozent erreicht. Die eigentliche Sensation ist das Abschneiden der FPÖ, die zwar erwartungsgemäß ihre 20,2 Prozent von 2001 nicht halten konnte, aber mit 14,9 Prozent weit über allen Wiener Prognosen und über ihrem Abschneiden in anderen Bundesländern liegt. Haiders BZÖ kommt auf 1,1 Prozent und wird sogar von der KPÖ überholt, die auf 1,5 Prozent zulegt.

An Mandaten baut die SPÖ ihre absolute Mehrheit um 3 auf 55 aus, die ÖVP wächst von 16 auf 18 Mandate. Dank Wahlarithmetik liegen die Grünen mit 14 Mandaten vor der FPÖ mit 13.

Die FPÖ mit ihrem neuen Parteichef Heinz-Christian Strache sieht sich bundespolitisch gestärkt und wird dementsprechend auch bereits wieder von allen anderen Parteien ausgegrenzt.

Bei den Grünen, die zwar nicht wie in der Steiermark und im Burgenland Verluste hinnehmen mußten, drohen dennoch interne Machtkämpfe. Es zeigt sich, daß Grün mit einer Stammwählerschaft von linksromantischen Bürgersprößlingen so eine Art städtischer Degenerationserscheinung ist, aber in ländlichen Gegenden und Industrieregionen kaum Anklang findet. *RGK*

Meilenstein in Belarus

Erster deutscher Soldatenfriedhof in Weißrußland eingeweiht

Von Alfons Härtl

In Berjosa, einem Ort unweit der Grenzstadt Brest, an der Straße nach Minsk, ist der erste deutsche Soldatenfriedhof in Weißrußland eingeweiht worden. Bis zu 50 000 deutsche Gefallene des Zweiten Weltkrieges können auf dem vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge errichteten vier Hektar großen Gottesacker bestattet werden. Für den Volksbund stellt die Veranstaltung einen Meilenstein auf dem Weg der Versöhnung zwischen Deutschen und Weißrussen dar. Denn erst seit wenigen Jahren ist es möglich, in Belarus systematisch nach den Gräbern der deutschen Gefallenen zu suchen.

In seinen Begrüßungsworten zeigte sich der Präsident des Volksbundes, Reinhard Führer, darüber erfreut, daß endlich auch in Belarus mit der Anlage von Sammelfriedhöfen für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten begonnen werden könne. Er drückte seine Hoffnung aus, daß der Genehmigung zur Anlage dieses ersten Friedhofes auf dem Gebiet Weißrußlands bald weitere Genehmigungen folgen werden. Er verwies dabei auf die doch schon sehr spürbaren Fortschritte bei den gegenseitigen Bemühungen um Annäherung und Aussöhnung, was besonders auch durch die Anwesenheit der belarussischen Kriegsveteranen, für deren Kommen er sich besonders bedankte, deutlich geworden sei.

Nach dem Volksbundpräsidenten sprach der deutsche Botschafter in Minsk, Dr. Martin Hecker, der die Grüße seiner Regierung überbrachte und besonders auf die guten und sich stetig weiter verbessernden Beziehungen zwischen Weißrußland und der Bundesrepublik verwies. Er drückte dabei seine Hoffnung aus, daß das Kriegsgräberabkommen bald ratifiziert werde. Seine ganze Kraft wolle er dafür einsetzen, daß zwischen Deutschland und Weißrußland freundschaftliche Beziehungen wachsen, damit nie wieder ähnliches Unheil wie der Krieg vor nunmehr über 60 Jahren geschehen könne.



Der Autor Alfons Härtl (links) und Ravensburgs Stadtrat August Schuler reichen sich am Hochkreuz die Hand Foto: pa

Nach dem Botschafter sprach der Stadtrat von Ravensburg, Oberstleutnant d. R. August Schuler, der in Bundeswehruniform erschienen war. Er verwies insbesondere auf die langjährige Partnerschaft seiner Stadt mit der weißrussischen Stadt Brest, die durch die beiderseitigen Anstrengungen zu einem freundschaftlichen, fruchtbaren und herzlichen Verhältnis zueinander geführt hätten. Die zahlreichen gegenseitigen Besuche würden dies besonders dokumentieren.

Mit mir als Veteranen der 260. Infanteriedivision kam schließlich auch noch ein Zeitzeuge zu Wort.

Einer ökumenischen Andacht und gemeinsamem Gebet folgte die Einbettung einiger hundert Gefallener. Nachdem Kränze am Hochkreuz niedergelegt worden waren, bildeten „Ich hatt' einen Kameraden“ sowie die Nationalhymnen Deutschlands und Weißrußlands den Abschluß des formellen Teils der Veranstaltung.

Es folgte ein kleiner Imbiß im Freien und im Cafe neben den sogenannten Roten Kasernen.

Belarus war in beiden Weltkriegen Schauplatz heftiger Kämpfe. Während des Zweiten Weltkrieges kamen mehr als 2,2 Millionen Weißrussen ums Leben. Das entspricht einem Viertel der damaligen Bevölkerung. Etwa 150 000 deutsche Soldaten sind während des Zweiten Weltkrieges in Belarus gefallen. Bis zu 40 000 starben in Kriegsgefangenschaft. Bei der Suche nach den Grablagen und der Exhumierung der Gebeine arbeitet der Volksbund eng mit einem Spezialbataillon der weißrussischen Armee zusammen.

Niedergang einer Filmlegende

Filmstudios Babelsberg: Wie Europas Hollywood zum Dienstleister abstieg

Von Frank Sauerland

Sechs Monate ist die neu aufgestellte Studio Babelsberg Aktiengesellschaft alt, schon möchte sie frisches Geld haben. Deutschlands Filmproduktionsgesellschaft mit der großen Vergangenheit gab jetzt bekannt, daß sie ihr Kapital erhöhen will durch die Ausgabe weiterer Aktien. Unternehmenssprecherin Michaela Niemeyer erklärte gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*: „Wir hoffen, dadurch 4,5 Millionen Euro neues Kapital zu erhalten.“ Organisiert wird die Kapitalerhöhung von der Weserbank aus Bremerhaven.

Erst in der Woche zuvor hat die Studio Babelsberg AG die filmtechnischen Dienstleistungen der Firma Taurus Media Technik übernommen. Taurus Media Technik gehörte zur insolventen Gruppe des Medienunternehmers Leo Kirch.

Mit einem Fehlbetrag von 2,5 Millionen Euro im Jahr 2005 für Studio Babelsberg rechnete deren Geschäftsführer Dr. Carl Woebcken zunächst. Im Mai äußerte er sich optimistischer: „Wenn es weiter läuft wie bisher, wird das Minus bei nur 1,8 Millionen Euro liegen.“ Nun hofft Sprecherin Niemeyer sogar, daß Studio Babelsberg Ende des Jahres knapp die Gewinnzone erreicht.

Niemeyer: „Filmunternehmen aus aller Welt stellt Studio Babelsberg seine Ateliers zur Verfügung.“ Buchen können Produzenten bei Studio Babelsberg auch Berliner Drehorte (neudeutsch „Location Scouting“), Kostüme, Filmcrew, Kopierwerk und Endfertigung mit Schnitt und Tonmischung.

Ein umfassendes Service-Paket. Doch: „Studio Babelsberg produziert selbst keine Filme mehr“, so Niemeyer. „Wir sind Dienstleister für andere.“

Und wir sind Zeugen des Niedergangs einer Filmlegende. Zuletzt versuchte der deutsche Filmemacher Volker Schlöndorff, Babelsberg zu alter Größe zurück-zuführen. Schlöndorff war von 1992 bis 1997 Geschäftsführer der Studio Babelsberg GmbH, wechselte dann in den Vorstand. Der Mischkonzern Vivendi kaufte das Filmunternehmen, wollte Babelsberg als Produzenten großer Filme etablieren – und erlitt Schiffbruch: „Das brachte keinen Gewinn“, urteilt Niemeyer. Vivendi verkaufte an die Filmbetriebe Berlin Brandenburg GmbH, an denen unter anderem der heutige Babelsberg-Geschäftsführer Woebcken beteiligt ist.



Welterfolg: Marlene Dietrich 1930 in „Der Blaue Engel“ Foto: pa

Der Aufstieg von Babelsberg ist mindestens so atemberaubend wie der Niedergang. 1912 zieht der Kameramann und Erfinder Guido Seeber mit seiner Bioscop-Filmgesellschaft aus einem Berliner Dachatelier nach Babelsberg. Für die erfolgreichen Produktionen mit der dänischen Schauspielerin Asta Nielsen wird auf dem Babelsberger Gelände ein Atelierhaus aus Glas gebaut. Am 18. Dezember 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, gründen deutsche Produzenten auf Initiative von General Erich Ludendorff die Universum Film AG (UFA) mit einem Startkapital von acht Millionen Mark. UFA und Bioscop fusionieren vier Jahre später, und die UFA macht Babelsberg zum Zentrum der deutschen Filmindustrie.

Meisterwerke entstehen: „Die Nibelungen“ (1922/24, Fritz Lang), „Faust“ (1926, Friedrich Wilhelm Murnau). 1926 wird für Fritz Langs Großfilmproduktion „Metropolis“ das inzwischen „Marlene Dietrich Halle“ genannte Großatelier hochgezogen. 1929 folgt das erste deutsche Tonfilmatelier, „Tonkreuz“ genannt wegen seiner gekreuzten Bauform: „Melodie des Herzens“ mit Willy Fritsch entsteht dort, der erste deutsche komplett vertonte Spielfilm.

Der deutsche Film aus Babelsberg erreicht Weltgeltung, konkurriert mit Hollywood. Und dorthin gehen auch die Stars: Marlene Dietrich einen Tag nach der Premiere ihres Welterfolgs „Der blaue Engel“ am 2. April 1930. Der UFA-Produzent Erich Pommer und Regisseure wie Lang, Lubitsch, Siodmak, Wilder, Zinnemann verlassen Deutschland, das auf dem Weg ins Dritte Reich ist, und machen Hollywood endgültig zum strahlenden Fixstern am Kintopp-Himmel.

In Deutschland selbst wird der Abstieg Babelsbergs kaum bemerkt. Propagandaminister Joseph Goebbels arisiert und verstaatlicht die Filmindustrie. Der Produktionsmotor dreht hochtourig im kulturellen Leerlauf. Tausend Filme spucken die Babelsberger Hallen aus während des Tausendjährigen Reiches, das von 1933 bis 1945 dauert: Lustspiele, Durchhaltefilme. Mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 wird das Babelsberger Vermögen von den Sowjets beschlagnahmt und bis 1953 zwangsverwaltet. Babelsberg liegt nun in der DDR, die frisch gegründete Defa macht hier die Filme. Nach der Wiedervereinigung 1990 ersteht Studio Babelsberg neu; Weltgeltung wird es wohl nie mehr beanspruchen können: Heute werden auf dem Gelände im Auftrag von Fernsehsendern Telenovelas wie „Bianca“ und „Julia“ am Fließband gedreht.

Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Für November hat sich Hollywood-Regisseur Paul Verhoeven angesagt. Er will in den Berliner Studios einige Aufnahmen seines Weltkriegs-Thrillers „Black Book“ drehen. Hollywood besucht Babelsberg, wenigstens für einige Drehtage.

Frank Sauerland , Journalist, veröffentlichte das Buch „Hollywood für Sparfüchse“ im UVK-Verlag, Konstanz.



Marlene-Dietrich-Halle des Filmstudios Babelsberg: Nur noch der Hallenname erinnert an die großen Filme aus Babelsberg

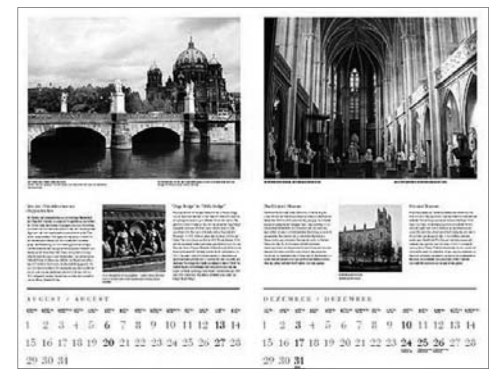
Foto: Filmstudio Babelsberg, ZDF



Heute werden auf dem Gelände Telenovelas für's ZDF produziert

Ein Schmuckstück zu Ehren Schinkels

Karl-Friedrich-Schinkel-Gesellschaft gibt zum 225. Geburtstag des großen preußischen Baumeisters Kalender heraus



Der Kalender gibt Informationen zu den Bauwerken Schinkels

Zum 225. Geburtstag ihres Namensgebers hat sich die Karl-Friedrich-Schinkel-Gesellschaft dazu entschlossen, einen sehenswerten Kalender mit Abbildungen der Bauwerke Schinkels für 2006 herauszugeben. Der Reinerlös des im Buchhandel erhältlichen Kalenders geht ausschließlich an Vereine, die sich um den Erhalt des Schinkelschen Erbes bemühen. Da Karl Friedrich Schinkel Preußens oberster Baumeister in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war, gibt es trotz Zerstörung durch zwei Weltkriege immer noch sehr viel Bewahrenswertes. Hierzu zählen die Neue Wache in Berlin, das Schauspielhaus in Berlin am Gendarmenmarkt, das Alte Museum auf der Museumsinsel in Berlin, die Nikolaikirche in Potsdam, die Altstädtische Hauptwache in Dresden und das Jenisch-Haus in Hamburg.

Doch der 1781 in Neuruppin geborene und 1841 in Berlin verstorbene preußische Architekt war nicht nur Baumeister, sondern auch Stadtplaner, Maler, Kunstgewerbler und Begründer einer neuen, den Klassizismus maßgeblich prägenden Architektur. Einige seiner Schüler schufen ebenfalls bedeutende Bauwerke.

Im Schinkel-Jahr 2006 bietet die Schinkel-Gesellschaft in Berlin, Potsdam und Neuruppin zahlreiche Vorträge und Führungen vor. Es ist sogar ein internationaler Schinkel-Kongreß geplant.



Der Schinkel-Kalender ist auch über den PMD zu beziehen

»Tugend will ermuntert sein«

Staat, Gesellschaft und Medien müssen Eltern in ihrer Erziehungsleistung mehr unterstützen

Von CHRISTA MEVES

Die Eltern sind die Versager – so schallt es heute einmal wieder von den Dächern, nachdem es sich nicht mehr verdrängen läßt, daß die Zahl der seelisch gesunden, kraftvollen, einsatzbereiten jungen Erwachsenen bedrohlich klein geworden ist und Suchtanfälligkeit aller Art unter den Jugendlichen boomt. Zehn Prozent der Hauptschulabgänger sind für den Arbeitsprozeß überhaupt nicht mehr vermittelbar!

Aber es ist billig, den Eltern allein die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Wie groß ist die Fülle der Schwierigkeiten, mit denen sie heute zu kämpfen haben! Wer hilft ihnen bei der schwer gewordenen Kindererziehung? Wie bläst der Familie der Gegenwind des Zeitgeistes ins Gesicht! Was alles soll – von ihm unangefochten – bewältigt werden!

Die Hirnforschung mahnt bereits für die Säuglinge und Kleinkinder full-time-action für die Eltern an: Persönliche Zuwendung, Ansprache und Beschäftigung sei nötig, sonst entfalte sich das Gehirn nur unzureichend. Die Fernsehforscher warnen einhellig vor undifferenziertem Fernsehkonsum – vor Reizüberflutung und unbekömmlicher Beeinflussung.

Den Kindern Grenzen zu setzen wird seit 30 Jahren als „autoritär“ verteufelt und läßt wildwüchsigen Egoismus geradezu wuchern. Die Schule glaubte, sich der Sorge um die Disziplin im Klassenzimmer entheben zu dürfen, und erntete im Verein mit so belehrten Eltern eine Kindergeneration, die in der Tat – wie es einst in einem niedersächsischen Schulbuch zu lesen stand – ihren Eltern nun „in die Fresse rotzt“, wenn einer von ihnen „um die Ecke glotzt“. Ja, nicht nur das: In der Praxis zeigen Mütter mir immer öfter ihre blauen Flecke – hervorgerufen von den ihnen meist schon mit 14 an Körperkraft weit überlegenen Söhnen ...

Die Gossensprache – in den 70er Jahren mit viel Medienanstrengung hoffähig geworden – hat, nach dem lange vorherrschenden analen Grundtenor, jetzt dem sex-getönten den Vorzug gegeben. Mütter und Lehrerinnen als „Nutten“ und „Huren“ zu bezeichnen gehört ebenso zum Alltag wie Entsprechendes für männliche Bezugspersonen ... Die Erziehung zur Respektlosigkeit, zum Ungehorsam, zu rücksichtsloser Selbstdurchsetzung als erstrebenswerte Prämissen jugendlichen Verhaltens hat sich voll etabliert. Mehr als 50 Prozent der Lehrer halten deshalb ihre Berufstätigkeit nicht bis an die Pensionierungsgrenze durch.

Das hat oft sehr viel zu tun mit der Diskrepanz zwischen der müden Schulunlust der Jugendlichen und der Elternangst, ihre Kinder könnten schulisch auf der Strecke bleiben. Erbarmungslos fordert unsere materialistische Leistungsgesellschaft das Abitur als Garanten bürgerlichen Ansehens, was dazu geführt hat, daß in Deutschland pro Jahr Hunderte Millionen Euro für Nachhilfestunden ausgegeben werden. Ohne Schulsorgen mit mehreren Kindern die Schulzeit zu überstehen fordert den Eltern hellhöriges Dazwischen-Sein ab; denn das Zensurensystem mit den obligatorischen, sich vor den Zeugnissen zusammenballenden Klassenarbeiten ist zu konkurrierendem Streß entartet. Aber es ist nicht dieser Druck allein, der auf Eltern und Lehrern lastet.



Viele Eltern fühlen sich mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Bedarf an Hilfestellung ist vorhanden. Dies zeigt der Erfolg der Sendung „Super Nanny“ auf RTL, bei der Familientherapeutin Katharina Saalfrank (r.) beim Umgang mit dem aufsässigen Nachwuchs hilft. Foto: RTL

Wie vieler, oft vergeblicher Anstrengung der Eltern bedarf es, ihre Kinder vor all den lauernden Verführungen im Jugendalter zu bewahren, vor all den Angeboten tödlicher Gifte und vor den inner- und außerschulischen Indoktrinationen durch esoterische, sektiererische, marxistische, satanistische, atheistische oder zu Sexualsucht führenden Einflüsterungen! Die GAL in Hamburg hat jüngst angekündigt, daß sie vom ersten Schuljahr ab hetero- und homosexuelle Spiele in ganz Deutschland flächendeckend einführen wolle ... Und bei diesem täglichen Kampf gegen Schlammfluten trifft die Eltern dann auch noch das abschätzige Lächeln der Karrieristinnen, die sich in flotter Voraussicht mit so etwas Überforderndem wie Familie gar nicht erst eingelassen haben.

Aber es wäre klüger, darüber nachzudenken, wie sie zu unterstützen, wie die Kinder zu beschützen seien; denn ohne eine hinreichende Zahl von gesundem Nachwuchs werden die Politiker – welcher Couleur auch immer – weder das Arbeitslosen- noch das Rentenproblem, weder die zu hohen Krankenkosten noch die Zahl der Sozialhilfeempfänger vom Tisch bekommen.

Es ist der Zeitgeist der Beliebigkeit, der unsere Kinder leichtfertig verkommen läßt. Niemanden steht es an, die Eltern als Versager zu beschimpfen, solange man die Mütter als „Nur-Hausfrauen“ diffamiert und die Väter als unzureichend anklagt, jede Einschränkung kindlicher Selbstbezogenheit als „Machtmißbrauch“ der Eltern verteufelt und sie dann mit dem verwöhnten, immer respektloser, immer aggressiver werdenden Nachwuchs allein läßt.

Eltern brauchen umfängliche verantwortungsbewußte Unterstützung durch die Gesellschaft, damit ihnen eine Erziehung der Kinder zu kraftvoller Menschlichkeit gelingen kann – durch die Medien, durch den Staat, durch die Schule, durch gezielt orientierenden Einsatz der Kirchen –, um den Eltern ihre Überforderung von den Schultern zu nehmen. Hier muß von Grund auf saniert werden. Vor allem muß die ideologische Fehlvorstellung aus dem Gefieder, daß der Mensch sich von allein zu anständigem, liebevollem Menschsein entfaltet. „Tugend will ermuntert sein, Bosheit kann man schon allein“, hat uns der kluge Humorist Wilhelm Busch bereits vor 150 Jahren ins Stammbuch geschrieben. Kinder wollen phasenspezifisch gekonnt geführt sein, so wie es ihre seelischen und geistigen Wachstumsbedingungen erfordern – sonst geht die Zukunft verloren!



Christa Meves, geboren 1925. Studium der Germanistik, Geographie und Philosophie an den Universitäten Breslau und Kiel, Staatsexamen in Hamburg, dort zusätzliches Studium der Psychologie. Freipraktizierende Kinder- und Jugendpsychotherapeutin in Uelzen, Arztfrau und Mutter zweier Töchter, sechs Enkel.

Ohne große Visionen

Schwarz-rote Bildungspolitik wird vermutlich nicht viel bewegen

Von GEORGE TURNER

Vor der Bundestagswahl war Bildungspolitik ein kontrovers behandeltes Thema. Wäre es nach dem Willen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) gegangen, hätte sich der Bund in Schulen und Hochschulen so weit als möglich eingemischt; die Vorstellungen von Anette Schavan, Kandidatin für die Nachfolge, gehen dahin, den Ländern noch mehr Spielräume zu lassen als sie ohnehin haben. Sie weiß selbst, daß Qualitätsgefälle in den Schulen (Niveauunterschiede zwischen den Ländern als mobilitätshemmende Faktoren, Pisa) den Ruf nach mehr Einheitlichkeit provozieren. Wenn der Bund auf diesem Gebiet Zurückhaltung übt, bedarf es einer starken Kultusministerkonferenz.

So unwahrscheinlich vielen eine sogenannte Jamaika-Koalition von CDU, FDP und den Grünen von vornherein erschien – diese Kombination hätte eher Neuanfang und Durchbruch in der Wissenschaftspolitik bedeutet.

Die Hochschulpolitik der SPD ist weitgehend geprägt von dem, was man als Vorstellungen der sogenannten „68er“ bezeichnet. Auch wenn der Lebensstil der Protagonisten sich an den gelegentlich aufgesetzt wirkenden weltmännischen Attitüden der Toskana-Fraktion orientiert – die Hochschulpolitik wird immer noch vom Klein-Klein der Gremienhuberei beherrscht. Anhänger entsprechender Verhaltensmuster gibt es auch bei den Grünen. Aber es gibt hier auch neue Ideen und Personen. Sie sind zunehmend nicht in erster Linie an Formalien und Strukturen, sondern an inhaltlichen Fragen und Lösungen interessiert. Dies führt zu einer ganz anderen Diskussion unter den Partnern. Im Verhältnis zur SPD muß die CDU vor allem Debatten über Strukturen, Organe sowie ihre Notwendigkeit und Zusammensetzungen führen. Die Grünen hätten sie eher mit Problemen wie der Erforschung neuer Energien, Verbraucherschutz mit Blick auf zu erkundende Rückstände in Lebensmitteln, aber auch mit Gentechnik und Atomenergie herausgefordert. Damit wäre es nicht in erster Linie um Zuständigkeiten gegangen; es wären mehr Fortschritte in der Sache denkbar gewesen.



Die alte und die neue Bundesbildungsministerin (v.l.): Edelgard Bulmahn (SPD) und Anette Schavan (CDU)

Bei einer großen Koalition wird sich an der Gesetzeslage wahrscheinlich nicht viel ändern. In der Föderalismusreform hingegen dürfte die große Koalition allem Anschein nach relativ schnell erfolgreich sein. In der Tat ist sie bisher nur knapp unter anderem an der Frage der Zuständigkeit für die Hochschulen gescheitert. Durch die erste große Koalition auf Bundesebene (1966–1969) ist das Grundgesetz dahin geändert worden, daß Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern formuliert worden sind und dem Bund eine Kompetenz zur Rahmengesetzgebung für das Hochschulwesen eingeräumt wurde. Das hat sich lange als segensreich erwiesen, nicht zuletzt, weil damit auch eine finanzielle Beteiligung des Bundes einherging.

Gleichgültig, ob und in welchem Umfang die Länder gestärkt werden – sie müssen die ihnen zustehenden Kompetenzen auch aktiv wahrnehmen. Bisher haben sie weniger agiert als reagiert. Damit es nicht zu einem Flickenteppich in der Bildungspolitik kommt, muß, wie gesagt, der Kultusministerkonferenz höheres Gewicht beigemessen werden. Das gilt vor allem für den Schulbereich. Geschieht das nicht, wird bald wieder der Ruf nach größerer Zuständigkeit des Bundes ertönen.

Aus der Sicht der Hochschulen wird sich bei einer großen Koalition im Verhältnis zur derzeitigen Situation nicht viel ändern. Diejenigen, die den persönlichen Aufbruch in die Toskana verkündet haben, sind konservativ in dem Sinn, daß sie an ihren alten Ideen festhalten; bei schwarz-gelb-grün wäre ein frischer Wind von Jamaika herübergeweht. Vielleicht braut sich da ja mal etwas in den Ländern zusammen.

Im eigenen Land verdrängt

Wie Europa zwischenstaatliche Probleme schafft

Von R. G. KERSCHHOFER

Was sich bereits im Januar abgezeichnet hatte (vgl. Folge 4/2005), trat Anfang Juli ein: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hob Österreichs Regelung für die Zulassung ausländischer Studenten auf – und sorgte damit für viel böses Blut. Das Land hat zwar kein grundsätzliches Problem mit Nicht-Österreichern an den Universitäten und hält beim Ausländeranteil (zuletzt 18,7 Prozent) sogar den Spitzenplatz in Europa. Aber an den Hochschulen läuft es eben wie am Arbeitsmarkt: Während einst, in Zeiten der „Lehr- und Wanderjahre“, die Bewegungen einander ausglichen, gefährdet heute ein einseitiger Massenansturm das System – und stört die Lebensplanung der Einheimischen.

Die jakobinische Gleichmacherei der „Europäer“ zwingt Österreich dazu, jene Ausländer, die in ihren Heimatländern nicht studieren dürfen, heimischen Studenten gleichzustellen, für deren Uni-Zulassung bisher das Reifezeugnis genügte. Praktisch bedeutet das EuGH-Urteil: Ring frei für deutsche „Numerus-clausus-Flüchtlinge“.

Die Regierung in Wien machte es sich zunächst leicht: Sie überließ die Zugangsregeln den einzelnen Universitäten und wollte die Erfahrungen einer zweijährigen Beobachtungsfrist abwarten. Damit aber wurde das Unrecht nur verschärft. Denn je nach Studienort und Fachrichtung ändert sich entweder gar nichts, oder es entscheidet das Los, oder es kommt zum Zug, wer zuerst eingeschrieben, oder es entscheidet eine „K.o.-Prüfung“ über die Zulassung. So oder so, etliche Österreicher werden nicht das angepeilte Studium beginnen können.

Da die Verfahren noch laufen, gibt es im Bildungsministerium keine endgültigen Zahlen. Sicher ist aber bereits, daß die Anfängerplätze in Medizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Pharmazie und Biologie zum Teil um ein Mehrfaches „überbucht“ wurden. Alles Fächer, bei denen die Plätze teuer und nicht kurzfristig vermehrbar sind. Am schlimmsten ist es in Innsbruck, wo über 40 Prozent der Neuinskribenten aus Deutschland kommen und sogar Betriebswirtschaft überbelegt ist. In Wien ist auch Psychologie um das Doppelte überbucht, weshalb im Wiener Konferenzzentrum Räumlichkeiten angemietet werden mußten. Besonders hart traf es die den Inländern gleichgestellten Südtiroler: Sie hatten zu Beginn der „Voranmeldungen“ noch kein Reifezeugnis, weil die Prüfungen in Italien später stattfinden.

Immer mehr Deutsche studieren in Österreich

Es geht aber nicht nur um Neulinge: Rund 450 deutsche „Numerus-clausus-Flüchtlinge“ studierten zuletzt an der Budapester Semmelweis-Universität Medizin – auf Deutsch und für 5400 Euro pro Semester. Da dank der dort erworbenen und europaweit gültigen „ETCS-Punkte“ ein Überwechseln möglich ist, sind Semestergebühren von unter 400 Euro für manchen ein Anreiz zur Übersiedlung nach Österreich.

Ressortministerin Gehrer (ÖVP) gibt an, bei ihrem Treffen mit deutschen Kultusministern „auf Verständnis gestoßen“ zu sein. Was das heißt, läßt sich angesichts der Situation in Berlin schwer sagen. Eine deutsche Kostenbeteiligung an Studienplätzen in Österreich stand ohnehin nicht auf dem Plan – und das Finanzielle ist gar nicht das Hauptproblem: Denn ausländische Studenten bringen auch Geld ins Land und gleichen zum Teil wieder aus, was sie indirekt vom österreichischen Steuerzahler empfangen. Das eigentliche Problem ist das Schicksal der Abgeblitzten.

Maßgebliche Fachleute, darunter der Präsident der Rektorenkonferenz, halten weder den Notendurchschnitt aus Mittelschuljahren noch eine Aufnahmeprüfung für geeignet, über die „Studierfähigkeit“ zu entscheiden. Dazu kommt noch, was „Bildungs-Ökonomen“ gerne vergessen: Wer nach ein, zwei Semestern selber draufkommt, daß er nicht geeignet ist, wird eine deutlich positivere Einstellung zur Gesellschaft haben als einer, der „nicht studieren darf“. Unter dem Druck der Umstände will jetzt das Bildungsministerium die Neuregelung auf 2006 vorziehen, und unter den Modellen, die geprüft werden, ist auch – die Einführung von Ausländerquoten! Untermauert wird dies durch Rechtsmeinungen, daß einschränkende Maßnahmen sehr wohl EU-konform sein können und mit der drohenden „Inhomogenität“ des österreichischen Bildungssystems zu begründen wären.

Sobald die endgültigen Inskriptionszahlen vorliegen, wird es daher zu Verhandlungen mit Brüssel und Berlin kommen. Nach viel unnötigerweise zerschlagenem Porzellan und vielen leeren Kilometern könnte letztlich wieder das alte System aufleben – natürlich mit EU-konformen Kopfständen und Verklausulierungen. Die Wut auf Brüssel – auch wenn der EuGH eigentlich in Luxemburg sitzt – wird sich dadurch kaum verringern.

Kettenraucher zum Verlieben

Von der Entstehung der hölzernen Räuchermännchen und deren ganz besonderem Charme

Von Ruth Geede

Wenn die dunklen Tage kommen, beginnt die Zeit der Kerzen. In den Duft von Bienenwachs mischt sich noch ein anderer, ein herber, harziger Geruch mit ein: Räucherkerzen versprühen ihre Düfte. Und in vielen Familien werden die Räuchermännchen hervorgeholt, diese hölzernen Figuren aus dem Erzgebirge, vor allem aus dem Spielzeugdorf Seiffen, der Heimat einer Volkskunst, die sich bis in die heutige Zeit erhalten hat. In den bunten Holzkarussells, den Lichterpyramiden, Weihnachtskrippen und Nußknackern lebt die alte deutsche Spielzeugtradition fort, die so sehr absticht von der Massenproduktion des Billigspielzeugs.

Daß neben den Nußknackern gerade die Räuchermännchen zu Lieblingsfiguren der Kinder werden, liegt an der Funktion dieser hölzernen Figuren. Der Nußknacker öffnet auf Hebeldruck seinen gewaltigen Mund und knackt die Walnuß – oder auch nicht. Denn manchmal sind Zunge und Gaumen so glatt, daß die Nuß wieder ungeknackt herausrollt. Haselnüsse haben da überhaupt keine Chancen. Aber das macht das Spiel nur noch interessanter. Beim Räuchermännchen ist das anders. Da muß ja zuerst die spitzhütchenförmige Kerze in den Bauch des Männchens gebracht und angezündet werden. Und dann wartet man gespannt auf den ersten Rauchfaden der – wenn's klappt – aus Mund oder Pfeife aufsteigt. Und wenn er dann richtig pafft, der Räucherkerl, beginnt es zu duften, nicht nach Tabak, sondern nach Honig, Zitrone, Lavendel, Sandelholz, Wacholder, Rosenholz.

Düfte, wie es sie immer gegeben hat, denn das Räuchern ist ein uraltes kulturgeschichtliches Phänomen. Rauch verbindet Erde und Himmel, Menschen und Götter, ist Gebet und Opfer zugleich. Als Träger lieblicher Düfte ein sichtbar gewordener irdischer Wunsch, es den Göttern angenehm zu machen. Das Christentum griff ihn auf: die Heiligen drei Könige schenkten dem Jesuskind Weihrauch und Myrrhe, kostbarer als das mitgebrachte Gold. Die „Weihrauchstraße“ verband als älteste Handelsstraße der Welt die

Das Räuchern ist ein uraltes Phänomen

Küstenregionen am Indischen Ozean mit den alten Kulturen des Zweistromlandes, mit Ägypten und Rom. Doch das Räuchern beschränkte sich nicht nur auf den Gottesdienst, es wurde zur medizinischen Behandlung ebenso eingesetzt wie zur Vertreibung von Dämonen und Ungeziefer und der Beduftung von Körpern und Kleidern. Auch unser Bernstein, der vom Frischen Haff auf der Bernsteinstraße in südliche Länder gelangte, wurde „gebrannt“, wie die Bezeichnung Bernstein = Brennstein besagt. Nicht nur aus religiösen oder kosmetischen Zwecken: Bis in das Mittelalter hinein wurde er zu Zeiten der Pestilenz verbrannt, um die Seuche zu bekämpfen. Und das Ausräuchern mit Wacholder – in Ostpreußen Kaddick genannt – war bis in die Neuzeit üblich.

Von der jahrtausendealten Kulturgeschichte des Räucherns haben die Menschen im Erzgebirge nichts gewußt, als sie die ersten Räuchermännchen schnitzten. Zwar wurden auch hier wie in anderen Gegenden Deutschlands Räucherkerzen produziert, vor allem in Apotheken, aber auch in Heimarbeit. Das heißt: Der Apotheker knetete aus den Bestandteilen einen Teig, der an Familien vergeben wurde, wo die weitere Bearbeitung erfolgte. Alle Mitglieder formten dann aus der Masse die hütchenförmigen Kerzen. Die Trocknung geschah dann in demselben Raum, in dem die Familie lebte, aß und schlief! Die Rezepte waren unterschiedlich, die Hauptbestandteile waren Holzkohle und Salpeter, das Bindemittel Tragant, dazu kamen Duftharze wie Weihrauch, Myrrhe, Kiefernholz und Peru-Balsam, Pflanzensäfte wie Aloe, Blütenöl oder tierische Duftstoffe. Wer weiß noch, wie herrlich Kalmus duftet, mit dem in Ostpreußen zu Feiertagen Diele und Stuben ausgestreut wurden? Es gab auch Kalmusräucherstäbchen!

Um 1800 erschienen dann in den Katalogen der Spielzeugverleger die ersten „rauchenden“ Figuren. Die aufkommende Sitte des öffentlichen Tabakrauchens ließ das hölzerne Männchen mit der Pfeife im Mund volkstümlich werden. Das reizte erzgebirgische und Thüringer Spielzeugmacher zur Nachgestaltung. So wurde die hohle Docke zum Rauchkessel für die glimmende Kerze, der Rauch kringelte aus der Mundöffnung. Besonders geeignet schien die damals sehr populäre Spielzeuggestalt eines Türken mit langem Mantel und Turban. Ihm konnte man die lange „Türkenpfeife“ in die Hand drücken, aus der dann der Rauch quoll. Diese Figur wurde zum Urbild des Räuchermännchens, dem dann später viele anderen folgen sollten: Schornsteinfeger, Jäger, Kiepenkerle, Nachtwächter, Bergleute, Studenten, Schutzleute, ja selbst dem hölzernen Goethe wurde eine Räucherkammer eingebaut. Dann viele Gestalten aus fernen Ländern: Dunkelhäutige, Chinesen, Indianer, Eskimos. In der modernen Gestaltung kamen auch Frauen buchstäblich „zum Zuge“.



Seit 1934 fertigt die Firma Richard Glässer im Spielzeugdorf Seiffen im Erzgebirge Räuchermännchen Foto: Glässer

Auch in meiner Familie gibt es ein Räuchermännchen, schon etwas lädiert, da einarmig, aber es raucht immer noch – in unserer Nichtrauchersippe. Wir bekamen es nach dem Krieg von einer älteren Verwandten aus Mitteldeutschland als Dank für die ihr zugesandten Päckchen. Denn auch zu DDR-Zeiten wurde im Erzgebirge die Tradition fortgesetzt, aber die Hersteller durften ihre Waren nicht unter den eigenen Namen verkaufen. Nachdem der Eiserne Vorhang gefallen war, standen diese traditionsreichen Unternehmen vor neuen Aufgaben. Die Einführung des Symbols „Echt Erzgebirge – Holzkunst mit Herz“ erhöhte den Bekanntheitsgrad erheblich. Künstlerische Gestaltung, hohe handwerkliche Qualität und ein ausgefeiltes Vertriebskonzept ließen diese für das Erzgebirge typischen Erzeugnisse zu Markenartikeln werden. Neue, von Künstlern geschaffene Formen ziehen Elemente der Überlieferungen ein.

Leider gibt es auch „Ulkfiguren“, die nicht in den Bereich der Volkskunst gehören, aber die dürfte man auf den Messen des Kunsthandwerks kaum finden.

Von Waltershausen nach Murmansk

Soltauer Spielzeugmuseum zeigt nicht nur die Geschichte der Spielzeuge, sondern auch Exponate mit einer eigenen Geschichte

Von Bernhard Knapstein

Das Motto „Die Sache ist – das Leben der Puppe“ hätte auch Mimi Draeger etwas abgewinnen können. Die Königsbergin hatte sich als kleines Mädchen bei einem Zahnarztbesuch im Jahre 1915 sehr tapfer gezeigt. Zur Belohnung erhielt sie „Tausendschönchen“, eine rund 50 Zentimeter große Puppe mit einem Kopf aus Biskuitporzellan. Das zerbrechliche „Tausendschönchen“ überlebte zwei Weltkriege und den Exodus aus der ostpreußischen Metropole am Pregel. Heute steht die Puppe der Marke Simon & Halbig im Norddeutschen Spielzeugmuseum in der Heidestadt Soltau und ist dort eines von mehr als 12 000 Exponaten der 600 Quadratmeter umfassenden Ausstellungsräume.

„Viele der hier präsentierten Spielsachen haben eine eigene Geschichte“, sagt Museumsleiterin Dr. Antje Ernst. Die Puppe „Helene“ aus Murmansk beispielsweise.

„Helene“, wie „Tausendschönchen“ eine Biskuitporzellankopf-Puppe, wurde 1925 im thüringischen Waltershausen hergestellt, geriet als Geschenk einer Leipziger Lehrerin an ein russisches Mädchen, das die Puppe im darauffolgenden Jahr mit in die Sowjetunion nahm. Dort überlebten beide im Verlauf des Zweiten Weltkrieges die Leningrader Blockade und andere schwierige Situationen, derer es in der Sowjetunion reichlich gab. 50 Jahre nach Kriegsende schenkte die Schwester des russischen Mädchens „Helene“ schließlich als Botschafterin der Völkerverständigung zurück nach Deutschland.

Das Soltauer Museum besteht aus einer Vielzahl von Sammlungen, die in mehreren Abteilungen liebevoll zusammengestellt worden sind. In einem Raum stößt man auf optische Spielsachen, darunter Varianten der Laterna magica aus dem 19. Jahrhundert, im nächsten auf Autos in allen Größen der Marken Wiking und Märklin und auch eine Eisenbahnabteilung fehlt nicht. Seit 1897 wirbt Märklin für die getreue Wiedergabe der Eisenbahnwelten, für „Eisenbahnen mit Uhrwerk, Dampf und Elektrizität“ wie es in einem Märklin-Katalog aus der Zeit kurz nach der Jahrhundertwende heißt.

Die Entwicklung des Transportwesens zu Wasser verdeutlichen unter anderem ein aufziehbarer „Vierer mit Steuermann“, ein Ruderboot, welches den renommierten großen Geschwistern der Universitäten von Cambridge und Oxford nachempfunden ist, sowie der imponierende Märklin-Rheindampfer „Rheingold“. Ein 75 Zentimeter langer Schaufelraddampfer mit Uhrwerkantrieb (bis zu zehn Minuten Laufzeit) aus dem Jahr 1930.

Viel Raum nehmen die verschiedenen Modelle von Puppenküchen, Puppenhäusern und Kinderkaufläden ein. Vom K.u.K.-Postamt bis zum Metzgerladen ist alles vorhanden.

In einem solchen Modell, eine Prunkpuppenstube aus der Gründerzeit, konferieren Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck im Puppenformat – nicht ohne Adjutanten versteht sich.



Eine andere Puppenstube wurde von einem deutschen Kriegsinternierten während des Ersten Weltkrieges für seine Kinder zu Demonstrationszwecken gefertigt. Sie zeigt in dokumentarischer Qualität seine armselige Behausung und die übliche Bekleidung in Kriegsgefangenschaft.

Der Erste Weltkrieg spiegelt sich im Museum überhaupt in mehreren Facetten wider. 1200 handkolorierte Papiersoldaten zum Aufstellen etwa scheinen den in Sarajevo ermordeten Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich das letzte Geleit zu geben. Der große Trauerzug des österreichisch-ungarischen Heeres zeigt viel Liebe zum Detail.

Der Krieg nimmt seinen Lauf und auch weite Teile der Spielzeugwelt werden Opfer der vormilitärischen Erziehung. Eine Puppe von Simon & Halbig etwa wurde im Krieg von der Fa. Steiff soldatisch in Graurock und Pickelhaube eingekleidet. Daß die Puppe eigentlich ein Mädchen darstellen sollte – das lassen noch heute die kleinen Ohrlöcher erkennen.

Wie jedes Museum, so hat auch das Soltauer Spielzeugmuseum sein Prunkstück. Seit wenigen Wochen gehört „Dingley Hall“, das wohl bedeutendste Puppenhaus des 19. Jahrhunderts, zu den Exponaten des Museums. „Dingley Hall“ hat die bescheidene Größe von drei mal zwei Metern und gibt 50 Puppen und 1000 Exponaten in 15 Räumen Obdach. Vom japanischen Salon bis zur katholischen Hauskapelle, jeder Raum stellt eine eigene detailverliebte Welt dar. Das Puppenhaus der englischen Bankiersfamilie Currie erhielt seine ersten Räume im Jahr 1875 und wuchs fortan. Das renommierte britische Auktionshaus Christie's versteigerte „Dingley Hall“ für den Wert eines freistehenden Einfamilienhauses in Echtgröße. Der Zuschlag erging zugunsten des Norddeutschen Spielzeugmuseums in Soltau.

Das Spielzeugmuseum gleicht mit seinen Sammlungen, Spielen, Geschichten und Ausstellungen selbst einem großen Puppenhaus, einem „begehbaren kulturhistorischen Spielbilderbuch“, wie es im Museum heißt. Ein Angebot, das reichlich genutzt wird, wie Antje Ernst bestätigt. „30 000 Besucher finden jedes Jahr den Weg zu uns.“ Die Historikerin gehört zu der Stifterfamilie, die mit ihren Sammlungen den Grundstock des 1984 begründeten Museums zur Verfügung gestellt hat.

Trotz all der wertvollen Exponate ist es Familie Ernst und der Trägerstiftung wichtig, daß Kinder nicht nur staunend ihre Nasen an die Vitrinen-Scheiben pressen, sondern selbst in nahezu jedem Raum zum Spielen eingeladen werden. Dioramen, aufziehbare Krabbelkäfer, Masken, Holzspielzeuge, Fühlkästen und eine historische Schulbank nebst Matrosenanzug laden alle Sinne zum Spielen ein.

Das Norddeutsche Spielzeugmuseum in Soltau kann man daher auch gerne Familien mit Kleinkindern empfehlen.

Norddeutsches Spielzeugmuseum, www.spielzeugmuseum-soltau.de, Poststraße 7, 29614 Soltau, Telefon (0 51 91) 8 21 82, Fax (0 51 91) 8 21 81

Für die EU sind wir unwichtig

Betr.: „Verhandeln heißt aufnehmen" (Nr. 40)

Verfolgt man hilf- und wehrlos das politische Geschehen, kann einem schlecht werden. Wo man hinschaut Lug und Trug. Politisches Handeln für die Bürgerinnen und Bürger ist nicht auffindbar. Warum wollen europäische Politiker die Türkei unbedingt in der EU haben, die sie doch nur zugrunde richten kann? Sind sie die speichelleckenden Schoßhunde der USA? Warum will denn Schröder, daß die Türkei ihre Menschenmassen, den Islam und ihre finanziellen und wirtschaftlichen Probleme der EU aufhalst? Geht es ihm nur um die Gewinnung der Stimmen der in Deutschland lebenden Türken? Was soll nach dem Beitritt der Türkei aus der Landwirtschaft der EU werden? Wie stellen sich das die Franzosen vor, die doch den Schutz ihrer Landwirtschaft so hartnäckig betreiben? Gibt es keinen Politiker, für den unsere christlich-abendländische Kultur einen Wert besitzt? Sollen unsere Frauen in absehbarer Zeit zu untergeordneten Gebrauchsgegenständen muslimischer Machos werden? Soll denn die Emanzipation der Frauen zu Grabe getragen werden?

Daß Österreich dem Druck nicht standhalten würde, war vorhersehbar. Dazu ist es zu winzig und unbedeutend. Auch wir sind zu unbedeutend, auch wenn wir sehr viele sind. Nur haben wir nichts zu melden und können nur zwischen Politkern wählen, die alle unsere Stimmen nicht verdienen.

Frank Horky, Groß-Gerau

Jauch verweigerte

Betr.: Königsberg

In der Sendung „Wer wird Millionär?" wurde die Frage nach der Bernsteinküste gestellt. Die Kandidatin blieb die Antwort schuldig. Der moderierende Günther Jauch erklärte dann, die Bernsteinküste liege in Rußland in der Nähe von Kaliningrad. Er unterließ jeden erklärenden Hinweis darauf, daß es sich um Königsberg und die ostpreußische Küste handelt. Der befragten jungen Dame, die angab, Politik zu studieren, waren diese Dinge unbekannt, kaum zu verstehen bei ihrer Studienrichtung. Herr Jauch hat das Soll an „political correctness" wieder einmal übererfüllt, seine Karriere beim deutschen Fernsehen ist damit mehr als gesichert. Wieder einmal bleiben mir nur Wut, Trauer und Scham.

Dr. H. Bolte, Wietze

Liebeneiner wurde von Goebbels geehrt

Betr.: „Er verlangte das Unmögliche" (Nr. 39)

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß am 4. März 1943 das 25jährige Jubiläum der Ufa stattfand, auf dem Wolfgang Liebeneiner und Veith Harlan durch Hitler zu Professoren ernannt wurden. In seiner Laudatio sagte Goebbels unter anderem: „Sie stehen im Dienst am Volk und unserer nationalen Zukunft. Sie steuern einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung unserer Zeit bei. Sie sind Kinder unserer Zeit."

Es ist bestimmt der Mühe wert, einmal neben den zweifellos erfolgreichen Karrieren der Regisseure damaliger Zeit die Wechselbeziehungen zwischen Film – Bevölkerung – Regime zu analysieren.

Wolfgang Sannenbach, Wuppertal

Wir Deutschen wurden von Rot-Grün benutzt

Betr.: „Auf dem Balkan verlor Rot-Grün seine Unschuld" (Nr. 37)

Rot-Grün war niemals unschuldig, war immer bemüht, eigenen Interessen, eigener Ideologie und eigenem Egoismus zu dienen. Deutschland und die Deutschen spielten für Rot-Grün nie eine Rolle. Sie wurden nur benutzt, um Macht zu gewinnen und Macht zu erhalten. Schauen wir zurück auf den Wahlkampf. Wo war Wahrheit, wo war das Geständnis, viele Ziele nicht erreicht zu haben und auf falschen Wegen geschritten zu sein? Wo war die Abrechnung mit der Ausländerpolitik, warum wurde den Bürgern gesagt, was Schröder und Fischer mit der Aufnahme der Türkei in die EU bezwecken? Was sollte aus Deutschland und den Deutschen werden? Auch mit der Friedenspolitik war es nichts. Nicht nur auf dem Balkan hatte diese Politik ihre Unschuld verloren. Was, frage ich mich, haben deutsche Soldaten in Afghanistan zu suchen?

Ich kann nicht umhin zu meinen, daß deutsche Soldaten auch im Irak wären, wenn das Rot-Grün Vorteile gebracht hätte. Gott sei es gedankt, daß dem nicht so war.

Roland Obwechser, Hameln

Preußen klonen

Betr.: Wahl

Das Volk, es hat genug gelitten,
Parteienhader, Zank und Streit,
um Pfründe, Macht und Positionen,
hat unser Volk endlich leid,
da müßte man die Preußen klonen.

In deren Staat war Ordnung drin,
gab's Anstand, Ehrlichkeit und Treue,
da brachten Tugenden Gewinn,
alltäglich, immerfort auf's Neue.

Man fühlte sich dem Land verpflichtet,
und damit auch dem ganzen Volk,
so daß man heute noch berichtet,
wie man es leiten, führen sollt'.

Dort gab es sicher auch Probleme,
doch nicht die Unbescheidenheit,
die heute nur diktiert: „Man nehme",
von Sparsamkeit total befreit.

Anton Harth, Heidelberg



Foto: EALG

Die Verflechtungen der EU sind vielen zu abstrakt: Außenstelle des EU-Parlaments in Brüssel

Ein vernetzter Raum

Betr.: „Die Natur hat schon immer geklont" (Nr. 36)

Leider sieht es mit er heutigen Landwirtschaft – entgegen Herrn Röhls Andeutungen – weltweit doch nicht so rosig aus. Die Düngung berücksichtigt einseitig den mineralischen Nährstoffgehalt, aber ungenügend die Humusbildung. Somit kommt es zur Versalzung der Böden und stark verminderter Wasserbindungskapazität. Letzteres wiederum führt zu größerer Schadensanfälligkeit durch Dürre oder Regenüberschuß. Ferner begünstigt diese Düngung Pilzerkrankungen. Das ist bekannt. Die Industrie entwickelt Gegenmittel, doch es wird nicht gefragt, wie diese das Bodenleben beeinflussen. So ist es mit allem. Es werden einseitige Fragen gestellt und im Forschungsauftrag entsprechend – einseitig – beantwortet, ohne zu berücksichtigen, daß der Landwirt ja in einem durch und durch vernetzten Raum arbeitet, in dem labormäßig isolierte Fragen so gar nicht gestellt werden können. Dies war den Bauern und Landwirten in Europa bis etwa Mitte des 19. Jahrhunderts durchaus noch klar, in China etwa bis Ende des Zweiten Weltkrieges. Man bedenke, daß Landwirtschaft auf alten Kulturböden oft über tausend Jahre bei gleich bleibender Fruchtbarkeit betrieben wurde. Mit den heutigen Methoden hat man es in den USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fertiggebracht, Wüsten zu schaffen im Mittelwesten. Man kann auch in Deutschland von beginnender Versteppung in manchen Gegenden hören.

Dr. Beate Buchinger, Geislingen

Verdrängung hemmt Visionen

Betr.: „Auf Kosten der Wahrheit" (Nr. 39)

Bei der Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen" hat sich kein anderes Land einzumischen.

Hoffentlich werden die Deutschen es fertigbringen, dieses Zentrum so zu gestalten, wie sie es wollen und nicht wie zum Beispiel Polen es will.

Die katholische Kirche sollte sich raushalten.

Es geht um das Thema Vertreibungen. Das trifft für Millionen Deutsche genauso wie für jeden anderen Menschen irgendwo zu.

Dieses Zentrum muß errichtet werden, damit – wie es so schön heißt – so etwas nicht noch mal passiert. 60 Jahre verdrängen hilft nicht. Die Wahrheit darf nicht nur einseitig ans Licht. An die Millionen vertriebenen Deutschen muß endlich öffentlich gedacht werden. Sonst werden wir unsere Geschichte nicht verstehen und wir können nicht Visionen für unser Land entwickeln, da diese Verdrängung uns immer belastet.

Die Vergangenheitsbewältigung wird seit 60 Jahren durchgeführt. Wo noch? In Rußland? Polen? Großbritannien?

Dr. M. Wriede, Hamburg

»Hier wird nichts verscherbelt!«

Betr.: „Der Charme des alten Rom" (Nr. 42)

Die erste tolle Tat des designierten Finanzministers Steinbrück ist der Wunsch, unser Autobahnnetz zu verkaufen! Es ist kaum zu glauben. Wer gibt diesen Leuten nur das Recht dazu. Erst wird von gleicher Seite der „Heuschreckenkapitalismus" angeprangert, und nun erleben wir wieder: „Was kümmert mich das Geschwätz von gestern?" Die deutsche Autobahn wurde mit unserem Bürgergeld gebaut. Wir zahlen jährlich über 50 Milliarden Euro an Kfz- und Mineralölsteuer, wovon nur ein geringer Teil für den Autobahnbau und dessen Instandhaltung verwendet wird. Nun soll unsere Autobahn in fremde Hände gelangen, die dann unweigerlich für jeden genutzten Kilometer erneut kassieren werden. Die Idee, an anderer Stelle Gelder einzusparen, so zum Beispiel für Militär, Waffen und sonstige Kriegsspielereien in fremden Ländern, die gegen das Grundgesetz verstoßen, kommt diesen Herren nicht in den Sinn.

Das erinnert mich an den EU-Ausspruch, der da lautet: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten ab, was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein zurück mehr gibt!"

Also muß von uns lautes Geschrei ertönen: „So nicht ihr alten / neuen Politbosse, die Autobahn ist unser, des Volkes Eigentum!"

Hier wird nichts verscherbelt!

Horst Schmidt, Pevestorf

Erster Schrei

Betr.: „Wo meine Wiege stand" (Nr. 27)

Es gibt nur EINE Heimat. Da wo man den ersten Schrei tat, da war der Eintritt ins Leben, und da nur ist die EINE Heimat.

Klaus Peter Kolberg, Cuxhaven-Altenwalde

Lebendig halten

Betr.: PAZ

Bei einem Kuraufenthalt in Bad Reichenhall bin ich auf Ihre sehr interessante Zeitung aufmerksam geworden. Besonders gefällt mir die sachliche Information über die Geschichte Preußens. Nach meiner Meinung gehören Sie zu den wenigen Zeitungen, die das kulturelle Erbe unserer wechselhaften Geschichte lebendig in unserem Gedächtnis wachhalten! Besonders lobenswert ist das ohne besondere Vorbedingungen zu nutzende Zeitschriftenarchiv (im Internet). Deshalb habe ich mich für ein Probeabo entschieden. Für Ihre weitere Arbeit wünsche ich Ihnen alles Gute!

Martin Klette, Binz

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Clemens Range
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** S. Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen eV., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6844**

Die Vereinigten Staaten von Europa als Mittel zum Zweck

Betr.: EU

Als interessierter Leser Ihrer Zeitung wundere ich mich über den Europa-Skeptizismus, der in vielen Artikeln deutlich wird. Meines Erachtens liegt aber in der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa die einzige Möglichkeit, die Wiedervereinigung Deutschlands zu vollenden und damit dem Recht auf Heimat der Ostdeutschen und ihrer Nachkommen Geltung zu verschaffen.

Denn wenn die Bundesrepublik einst ihre Souveränität endgültig aufgibt und ein Bundesstaat dieses Vereinigten Europas wird, wäre es denkbar, zu fordern, daß die deutschen Ostgebiete von 1937 vorher dem Geltungsbereich des Grundgesetzes zugeordnet und damit ein Teil der Bundesrepublik werden. Sollten unsere europäischen Partner nicht darauf eingehen, würde die Bundesrepublik nicht ihre Souveränität aufgeben, womit eine europäische Staatenunion gescheitert wäre, bevor sie überhaupt zustande käme.

Das heißt, wenn die Staaten und Völker Europas die Vereinigung wollen, müssen sie vorher die vollständige Wiedervereinigung Deutschlands akzeptieren!

Da es sich dabei letztlich „nur" um einen Verwaltungsakt handelt und diese Wiedervereinigung ohne erneute Vertreibung und Gewalt einhergehen kann, sollte dieser Prozeß zu realisieren sein, vorausgesetzt, in Deutschland selbst besteht der politische Wille zu solch einer Forderung.

Unter den heutigen Bedingungen der Political Correctness ist sicherlich noch ein langer Weg zu gehen, da zunächst ein Umdenken zu bewirken ist, ich halte einen Erfolg jedoch für möglich.

Eines möchte ich jedoch noch anmerken: Da bereits 1990 der Wille zur vollständigen Wiedervereinigung bei der damaligen Regierung fehlte, frage ich mich allerdings, weshalb ihre Zeitung für mich so offenkundig ihre Sympathie für die christdemokratische Politik zeigt.

Sie müßten doch vielmehr immer wieder deren damaliges Versagen anprangern und deutlich machen, daß das Nationalgefühl der Parteiführer von CDU/CSU an Oder und Neiße endet, diese Partei folglich für alle, denen das ganze Deutschland am Herzen liegt, zum jetzigen Zeitpunkt auf keinen Fall wählbar ist.

Mathias Ostermann, Klappholz

Eine Beifigur steht im Spreewald

Betr.: „Die ‚Puppen' kehren zurück" (Nr. 37)

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß eine Beifigur der Öffentlichkeit seit längerem wieder zugänglich ist. Es handelt sich um eine der Beifiguren des Standbildes von Kurfürst Johann Georg (1571–1598), und zwar um Rochus Graf von Lynar (1525–1596).

Dieses ist an der Mauer zum Schloßpark des Schlosses Lübbenau im Spreewald aufgestellt. Gesehen bei einem Spreewaldurlaub im Jahr 2002. Übrigens sind alle 32 Figurengruppen im Buch von Wolfram Mallebrein „Deutsche National-Denkmale" zu sehen.

Stefan Knöckel, Plauen

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Versteigerung gescheitert

Lyck – Die Versteigerung des Lycker Schlosses am 12. Oktober ist gescheitert. Obwohl vorher Interesse signalisiert worden war, wurde kein einziges Gebot abgegeben. Das Mindestgebot betrug gut eine Million Zloty (rund 260 000 Euro). Ein Käufer hätte mit dem Schloßgebäude auch das Grundstück, das frühere Gefängnisobjekt mit dem Heizungsgebäude, das Magazin und die Pferde erworben. Der Stadt liegt daran, die Immobilie zu verkaufen, da sie sich nicht imstande sieht, die Gebäudeunterhaltungskosten zu tragen. Das weitere Schicksal des Kulturdenkmals ist unbestimmt. Wahrscheinlich wird eine neue Versteigerung mit einem niedrigeren Mindestangebot angesetzt.

Neue Landräte gewählt

Lyck und Johannisburg – Nach den polnischen Parlamentswahlen sind die Landräte von Lyck und Johannisburg, Adam Puza und Zbigniew Wlodkowski, zurückgetreten. Ihre Rücktritte wurden von den entsprechenden Kreistagen angenommen.

Zum neuen Lycker Landrat wurde Tomasz Andrukiewicz gewählt. Die Wahl überrascht nicht, denn nachdem der bisherige Amtsinhaber Adam Puza in den Sejm gewählt worden war, war vermutet worden, daß sein bisheriger engster Mitarbeiter ihm in Lyck nachfolgen werde. Der 31jährige erklärte, daß er viele Ideen habe, um deren Realisierung er sich bemühen werde. Das Amt des Vizelandrats bekleidet weiterhin Jaroslaw Franczuk. Zum neuen Vorsitzenden des Kreistages wurde Wlodzimierz Szelazka gewählt. Der bisherige Kreistagsvorsitzende Jerzy Milanowski wird Mitglied des neuen Verwaltungsvorstandes des Kreises.

Eine Überraschung war die Wahl des neuen Landrates in Johannisburg. Erwartet worden war, daß nach Zbigniew Wlodkowski von der PSL (polnischen Volkspartei) einer seiner Parteifreunde gewählt würde. Die Kreistagsmitglieder entschieden sich aber für den 28jährigen Jacek Zarzecki von der „Bürgerplattform“.

Alles Geld verbraucht

Allenstein – Im Jahre 2006 gibt es kein Geld der Europäischen Union für die Finanzierung von Straßenbauten im südlichen Ostpreußen. Das für drei Jahre vorgesehene Geld wurde von den Gemeinden bereits in zwei Jahren verbraucht. Die Woiwodschaftsverwaltung verteilte die restlichen 43 Millionen Zloty (rund elf Millionen Euro) aus dem Unionsfonds. Dank dieser Gelder kann unter anderem die Sikorskiegostraße in Allenstein ausgebaut werden. Weiteres Geld für die Straßeninfrastruktur erhält die Region erst nach Beschlußfassung über den Haushaltsplan der Union im Jahre 2007.

In diesem Jahr erhielt die Region für den Bau neuer und die Erneuerung alter Straßen mehr als 53 Millionen Zloty (rund 14 Millionen Euro) an Zuwendungen von der EU. 2004 hatte sie ungefähr genausoviel erhalten.

Des »Vogelprofessors« Erbe

Johannes Thienemanns Werk wird sowohl in Rossitten als auch in Radolfzell fortgesetzt

Die Blicke der Menschen in unseren Breiten richten sich in diesem Herbst besonders sorgenvoll zum Himmel: Das Gespenst der Vogelgrippe geht um, mitgeschleppt von den Zugvögeln auf ihrem Flug in die Winterquartiere. Die großen Wanderbewegungen in Herbst und Frühjahr sind längst erforscht, und die besagen, daß die Vogelschwärme, die bei uns ihre Rastplätze suchen, hauptsächlich aus nördlichen Breiten kommen, in denen die Seuche anscheinend noch nicht aufgetreten ist. Daß heute die Vogelwanderungen von Finnland bis Südafrika nahtlos erfaßt sind, ist ein Ergebnis intensiver Forschung, die vor rund 100 Jahren auf der Kurischen Nehrung begann. Auf dieser großen Vogelzugstraße zwischen Ostsee und Kurischem Haff gründete 1901 Professor Dr. Johannes Thienemann die Vogelwarte Rossitten als erste ihrer Art in Deutschland und erste wissenschaftliche Einrichtung zur Erforschung des Vogelzuges weltweit.

„Vogelprofessor“ nannten sie ihn, der sich nach beendetem Theologiestudium seiner eigentlichen Berufung, der Ornithologie, zuwandte und auf der Kurischen Nehrung das ideale Forschungsgebiet fand. Seit der gebürtige Thüringer 1896 zum ersten Mal die Nehrung betrat, gehörte ihr „sein ganzes Denken und Fühlen“ – so formuliert er selber in seinem Buch „Rossitten“ die Liebe zu dieser einmaligen Landschaft mit den weißen Ketten der Wanderdünen. Über die schon Wilhelm von Humboldt geschrieben hatte, daß sie so merkwürdig sei, daß man sie wie Spanien und Italien gesehen haben müßte, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen sollte. Thienemann war kein Gast auf Zeit, er blieb. Zuerst in den Semesterferien, die durch sein Zoologiestudium an der Albertina in Königsberg zeitlich begrenzt waren, bis nach Gründung der Vogelwarte im Jahre 1901 Rossitten sein Hauptdomizil wurde. An diesem Teil der Nehrung, die hier auf einer Diluvialplatte ihre größte Breite von dreieinhalb Kilometern erreicht, ist der stärkste Vogelzug zu beobachten. Zu den riesigen Schwärmen, die aus dem Baltikum, den südwestlichen Gebieten Rußlands und Finnlands kommen und sich über dem schmalen Landstreifen zwischen See und Haff zusammendrängen – die Nehrung hat hier die Funktion einer Leitlinie –, stoßen noch die Wanderer, die von der Windenburger Ecke her das Haff kreuzen. Im Herbst sind es vor allem Wildtauben, Krähen, Rotfußfalken, Buntspechte, Tannenhäher und viele andere Vogelarten, die zu Abertausenden über die Nehrung ziehen. An Spitzentagen während des Herbstzuges wurden bis zu 50 000 Vögel geschätzt. Zwar ist die Nehrung nur eine winzig kleine Strecke auf dem langen Reiseweg, der vom Baltikum bis nach Südafrika führen kann, aber sie ist die Stelle, wo – wie Thienemann es formuliert – „man den Pulsschlag des ganzen gewaltigen Zugorganismus fühlt“.

Dieser Pulsschlag bestimmte auch sein weiteres Leben, das in jahrzehntelanger Forschungsarbeit zu weltweiter Anerkennung führte. Die Anfänge waren bescheiden, denn diese erste Vogelwarte Deutschlands, für deren Errichtung Thienemann die Deutsche Ornithologische Gesellschaft gewinnen konnte, war in einer kleinen Hütte untergebracht, die einem Tiermaler als „Atelier“ gedient hatte. Die ersten Besucher waren deshalb sehr enttäuscht, zumal sie nur ein paar ausgestopfte Vögel in einem alten Schrank und etwas Kartenmaterial vorfanden. Es wurde anders, als die Vogelwarte in ein eigenes Haus zog, das im Laufe der Jahre durch einen Museumsbau und ein großzügiges Freigehege ergänzt wurde. Trotzdem vermißten manche Besucher hier eine Art Beobachtungsturm mit Fernrohren, denn so stellten sie sich eben eine „Warte“ vor. Aber der Name wurde gewählt, weil die Station ein in die Natur vorgeschobener Beobachtungsposten sein sollte. Und dieser Aufgabe wurde die junge Institution dann voll gerecht, als 1908 südlich von Rossitten in der Düneneinsamkeit eine Beobachtungshütte gebaut wurde: Ulmenhorst, so benannt nach ihrem Stifter, dem Rittergutsbesitzer Ulmer aus Quanditten. Als diese nach dem Ersten Weltkrieg mutwillig zerstört wurde, gelang es mit Hilfe vieler Spender, vor allem holländischer Stifter, einen festen, beheizbaren Bau mit Fachwerkgiebel zu errichten. Hier in der unberührten Weite erfolgte auch die Beringung der Zugvögel, eine bereits bekannte Forschungsmethode, die durch Thienemann zur verläßlichen Klarheit über die Zugrouten führte.



Möwenbruch in Rossitten: Das große Brutgebiet der Lachmöwen Foto: Geede

Begonnen hatte der „Vogeldoktor“, wie die Rossitter ihn zuerst nannten – seine Professur an der Albertina erhielt er 1910 – bereits zwei Jahre nach Gründung der Vogelwarte mit der Beringung von gefangenen Krähen, wobei ihm die einheimischen „Krajebieter“ behilflich waren. Das plattdeutsche Wort bedeutet „Krähenbeißer“, und tatsächlich wurden die mit Netzen gefangenen Nebelkrähen, die den Nehrungern eingepökelt im kargen Winter als Fleischspeise dienten, mit einem Biß in den Kopf getötet, eine schnelle und schmerzlose Methode, wie auch Thienemann feststellte. Die Krähen, die er von den Fängern erhielt, blieben leben. Sie wurden mit gekennzeichneten Metallfußringen versehen und wieder auf die Reise geschickt in der Hoffnung, von irgendwoher eine Antwort zu bekommen. Thienemann wollte ja dieses Experiment, das er „Vogelzugversuch“ nannte, zu einem internationalen Unternehmen ausbauen. So mußte auch publik gemacht werden, daß Interessenten Ringe von der Vogelwarte Rossitten erhalten konnten, um Vögel zu beringen. Aber da fand Thienemann zuerst wenig Gegenliebe, er wurde als Tierquäler bezeichnet, und sein erbittertster Feind, der Heidedichter Hermann Löns, verglich ihn sogar mit dem Hauptmann von Köpenick und wollte alle Ornithologen in die Hölle schicken. Dagegen erhielt Thienemann in Fachkreisen volle Anerkennung. Das Experiment fand Eingang in die Wissenschaft und wurde in allen Kulturländern eingeführt. Längst war es in Rossitten aus dem Versuchsstadium herausgetreten: Von 103 im Jahr 1903 stieg die Zahl der Beringungen auf 41 226 im Jahr 1912 und erreichte 1936 einen Höchststand mit 140 000. Da waren die Wanderbewegungen schon exakt kartographiert wie die der nord- und ostdeutschen Störche, die durch Funde auf den Zugwegen nach Südafrika belegt wurden. Der Storch erwies sich aufgrund seiner Größe und der problemlosen Beringung der Jungvögel im Nest als idealer Versuchsvogel. Daß ihm im Storchenland Ostpreußen besondere Aufmerksamkeit galt, spürte man auch bei den Besuchern der Vogelwarte, die das wohl interessanteste Fundstück, einen Eingeborenenpfeil, der im Rücken eines Storches steckte, bestaunten. Ein großer Anziehungspunkt war das Storchengehege mit Teich und Winterhaus, in dem fast 100 Jungvögel aufgezogen wurden, an denen Thienemann den Orientierungssinn der „Adebars“ ermitteln wollte. Hauptattraktion aber war die Hanne, Thienemanns geliebter Uhu, den er selbst in die Ulmenhorster Einsamkeit mitnahm, wenn er dort wochenlang die Schwärme beobachtete. 25 000 Besucher konnte die Vogelwarte Rossitten jährlich zählen, nicht eingerechnet die Wissenschaftler, die aus dem In- und Ausland nach Rossitten kamen. Mit der Übernahme der Verwaltung der Vogelwarte Rossitten durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften – Vorläufer der Max-Planck-Gesellschaft – im Jahre 1923 erlebte die Arbeit einen deutlichen Aufschwung. Das Haus in Rossitten konnte alle in der Gründungsurkunde festgelegten Arbeitsgebiete wie Beobachtung des Vogelzuges, Untersuchungen über den zweckmäßigen Vogelschutz, Einrichtung zur Sammlung der auf der Nehrung vorkommenden Vögel – es wurden über 300 Vogelformen gezählt – nicht nur erfüllen, sondern auch ausweiten. Als 1929 Professor Thienemann hochgeehrt in den Ruhestand ging, konnte er auf ein großartiges Lebenswerk zurückblicken, das zuerst von Oskar Heinroth und Ernst Schüz fortgeführt wurde. Schüz übernahm 1936 die verantwortliche Leitung, er führte die Arbeit Thienemanns in dessen Sinne weiter, vor allem mit vielseitigen Forschungsvorhaben und Lehrgängen über Vogelzugforschung und Naturkunde.



Die junge Autorin (zweite von links) auf einem Beobachtungsstand der Vogelwarte im Rossitter Wald

Foto: Geede

Der „Vogelprofessor“ starb am 12. April 1938, man bettete ihn unter großer Anteilnahme auf dem Rossitter Kirchhof mitten im Nehrungswald zur letzten Ruhe. Er wurde nicht aus dem Land vertrieben, dem seine ganze Kraft und Liebe gegolten hatte, wie die Nehrunger, wie die letzten Mitarbeiter der Vogelwarte, die unter Leitung des Insterburger Lehrers Hornberger – Schüz war an der Front – noch rechtzeitig das wichtigste Material retten konnten. Nach dem Krieg begann eine Wiederaufnahme der in Rossitten geleisteten Arbeit in der Vogelwarte Radolfzell unter der Aegide von Professor Dr. Ernst Schüz. 1959 wurde sie dem Max-Planck-Institut eingegliedert, erhielt aber drei Jahre später ihre rechtliche Selbständigkeit zurück.

Seit 1991 arbeitet Radolfzell eng mit der russischen Vogelwarte Rybatschij zusammen – so wird Rossitten heute von den Russen genannt. Im ehemaligen Kurhaus hat sich die „Biologische Station des Zoologischen Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg“ als Forschungsstelle etabliert, in der zwölf Kilometer südlich gelegenen Station „Fringilla“ werden Zugvögel beringt, seit 1956 fast zwei Millionen Vögel. Vor vier Jahren feierte man an beiden Orten das 100jährige Bestehen der Vogelwarte. Auch im thüringischen Gangloffsömmern, dem Geburtsort Thienemanns, wo man des großen Sohnes dieser kleinen Stadt auf einer vom BdV initiierten Gedenkveranstaltung gedachte, auf der Dietrich Schüz, Sohn des letzten hauptamtlichen Leiters der Vogelwarte Rossitten, und Professor Heinz Sielmann sprachen. Die Heinz-Sielmann-Stiftung unterstützt die heutige Nehrungs-Station, deren finanzielle Lage sehr schlecht ist. Deshalb rief Sielmann auch zu Spenden auf, um die Station retten zu können. Allerdings war ich etwas irritiert, als ich das Faltblatt in der Hand hielt, denn da stand: „Rybatschi – kann die älteste Vogelwarte der Welt weiter existieren?“ Nun hieß diese Vogelwarte bei ihrer Gründung „Rossitten“ und trug sich mit diesem Namen in die ornithologische Forschung ein. Hätte man da nicht wenigstens beide Namen nennen können? Erst im Innentext findet sich einmal die Angabe „ehemals Rossitten“ – in Klammern! Wenn deutsche Sponsoren gewonnen werden sollen, dann trägt der russische Name allein doch zur Ignoranz bei.

Gut ist es aber zu wissen, daß auf den Tafeln an der russischen Station zwei Inschriften nebeneinander stehen: Auf der neuen in kyrillischen Schrift „Biologitscheskaja Stanzija Rynatschij“, auf der alten, der Originaltafel „1901 Vogelwarte Rossitten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Foto: Archiv

Lewe Landslied
und Familienfreunde,

es geht wieder um Familienforschung, die immer mehr zum Zentralthema unserer Ostpreußischen Familie wird. Ich habe so viele Zuschriften auf meine Ausführungen zu diesem Komplex bekommen, daß ich demnächst in einem Sonderartikel darauf eingehen werde. Denn mit meinen negativen Erfahrungen, die ich in Hinsicht auf überhöhte Forderungen und Erwartungen sowie auf das Fehlen von Bestätigung erfüllter Fragen – von Dank will ich da gar nicht sprechen – gemacht habe, stehe ich nicht alleine da. Einige engagierte und hilfsbereite Ahnenforscher haben schon die Segel gestrichen. Unsere will ich aber jetzt voll setzen, denn wir möchten Kurs halten auf unserem eingeschlagenen und so erfolgreichen Weg.

Kurz und knapp sind die Fragen formuliert, die ich heute behandeln will, und deshalb kommen viele Leserinnen und Leser zu Wort. **Manfred Rothe** wohnt in Finsterwalde, das liegt in Brandenburg, und dort leben und sterben die Männer bekanntlich für ihren Gesang. Im ostpreußischen Finsterwalde wird es weniger sangesfreudige Kehlen gegeben haben, denn das kleine Dorf hatte nur knapp 130 Einwohner, aber Herr Rothe interessiert sich sehr für diesen gleichnamigen Ort am Skomant-See im Kreis Lyck. Den Namen erhielt das Dörfchen 1929, bis dahin hieß es Alt-Czymochen, die Umbenennung soll auf Wunsch der Bewohner erfolgt sein. Dieser alte, bereits 1474 gegründete Ort gehörte zum Kirchspiel Dreimühlen, früher Kallinowen, in dem im frühen 18. Jahrhundert der Pfarrer **Bernhardt Rostkowski** amtierte. Er schrieb sich in die ostpreußische Kirchengeschichte mit seinem Lied „Das Feld ist weiß ...“ ein, das bis in unsere Zeit in Masuren zum Erntedankfest, dem Plon, gesungen wurde. So, das sind doch schon einige gute Hinweise für Herrn Rothe, denn er möchte soviel wie möglich über das masurische Finsterwalde, von den Polen „Stare Cimochy“ genannt, wissen und ist besonders an Abbildungen interessiert. Ansichtskarten – wie gewünscht – dürfte es nicht geben, aber vielleicht noch alte Aufnahmen. (Manfred Rothe, Hertastraße 6 in 03238 Finsterwalde)

Dorothea Volk aus Stendal ist die jüngste Tochter der großen Heiser-Familie aus Dogehnen, Kreis Samland. Die 1943 Geborene ist nun schon Großmutter, aber immer noch – oder erst recht – bemüht, etwas über ihre väterliche Linie zu erfahren. Ihr Vater **Albert Heiser**, * 20. Januar 1898, stammte aus dieser nordöstlichen Ecke des Samlandes, der aus mehreren großen und kleinen Höfen bestehende Ort gehörte zum Kirchspiel Liska-Schaaken. Die nächsten Angehörigen ihres Vaters wohnten unweit von Dogehnen in Neuendorf. Eine seiner Schwestern, **Lotte Hübner**, hat die Familie oft besucht. Albert Heiser wurde wie auch sein Sohn **Walter** Ende Januar 1945 zum Volkssturm eingezogen, beide sollen gefallen sein. Eine offizielle Nachricht gab es nie, so daß Frau Volk nicht weiß, wann, wo und wie Vater und Bruder gestorben sind. Gibt es noch Verwandte dieser Familie Heiser aus Dogehnen? Frau Volk wäre für jeden Hinweis dankbar, der etwas Licht in ihre Familiengeschichte bringen könnte. (Dorothea Volk, An der Rolle 31 in 39576 Stendal, Telefon 0 39 31 / 71 51 82)

Mit Familienforschung befaßt sich auch **Winfried Holzlehner** aus Güstrow, wobei sich sein Bemühen auf die Namensträger Holzlehner und Holzlöhner fokussiert. Vor dem Kriege forschten bereits **Walter** und **Arthur Holzlöhner** auf diesem Gebiet. Es ist anzunehmen, daß sich noch wertvolle Unterlagen im Besitz der Nachfahren befinden. Deshalb wandte er sich an unsere Ostpreußische Familie. Walter Holzlöhner war Reichsbahninspektor in Königsberg. Ob er Nachkommen hat, ist nicht bekannt. Dagegen gibt es konkrete Angaben über Arthur Holzlöhner, Obertelegrapheninspektor in Stolp, bis zuletzt dort wohnhaft. Der am 19. November 1879 in Köln Geborene war verheiratet mit **Luise Weiß**. Das Paar hatte zwei Kinder: Dr. **Manfred Holzlöhner**, geboren in Bromberg, verstorben September 1964, Stabsarzt, verheiratet mit **Hilde Heimbeck**, * 25. April 1913 im westfälischen Lette, und Tochter **Hiltraut**, * 1. Juli 1913 in Stolp. Es gibt drei Enkeltöchter: **Gertie**, **Isa** und **Traute**, die Erstgenannte hat einen Sohn. Es dürfte also noch Nachfahren zumindestens von Arthur Holzlöhner geben, und diese werden gesucht. Winfried Holzlehner bittet unsere Leser, die einen Hinweis geben könnten, um Kontaktaufnahme. (Winfried Holzlehner, Heideweg 11 in 18273 Güstrow, Telefon 0 38 43 / 68 15 14, E-Mail: wholzlehner@web.de)

Auf Umwegen erreichte uns das Schreiben von **Alfred Stanschus** aus Gutach-Bleibach, der „liebe Landsleute aus Ostpreußen“ sucht, die ihm bei seiner Familienforschung helfen können – na, und die findet er nun hoffentlich in unser Ostpreußischen Familie. Der aus dem Memelland stammende Fragesteller bemüht sich anscheinend nicht nur um Familien-, sondern auch um Namenforschung, denn er fügt ein Gutachten zu seinem Familiennamen Stanschus bei, das von der Namenberatungsstelle der Universität Leipzig (Beethovenstraße 15 in 04107 Leipzig) erstellt wurde. Mir war diese Stelle bisher unbekannt, und ich erwähne sie deshalb, weil schon öfters nach einer diesbezüglichen Institution gefragt wurde. In seiner an uns gerichteten Frage handelt es sich um den Großvater von Herrn Stanschus, den Arbeiter **Emil David Stanschus**, * 6. Mai 1885 in Schillgallen-Heydekrug. Er war verheiratet mit **Martha** geborene **Hoffmann** aus Grfl. Reatischken, Kreis Niederung. Seine Mutter **Grete Stanschus** lebte in Schillgallen. Das geht aus der einzigen verwertbaren Anlage hervor, einer Bescheinigung über seine Verwundung im Ersten Weltkrieg, die aber nicht sehr schwer gewesen sein muß, denn er wurde bereits im Mai 1915 aus der Behandlung zur Sammelstelle Königsberg entlassen. Ein unbeschriftetes Foto von einer Hochzeitsfeier, das vermutlich in den 30er Jahren entstanden ist, zeigt Emil Stanschus am linken Bildrand – als stattlichen Mann. Vielleicht erkennt jemand aus unserer Leserschaft auf dem – leider sehr schwachen – Bild Familienangehörige oder Bekannte? Wer erinnert sich noch an Emil Stanschus und seine Familie und kann Näheres sagen? (Alfred Stanschus, Simonswälder Straße 83a in 79261 Gutach-Bleibach, Telefon 0 76 85 / 5 34, Fax 0 76 85 / 6 34, E-Mail: Astanschus@t-online.de)



Foto: privat

Hochzeitsfeier um die 30er Jahre: Wer sich noch an Emil Stanschus (ganz links) und dessen Familie erinnert und Näheres sagen kann beziehungsweise eigene Familienangehörige oder Bekannte erkennt, wende sich bitte an Alfred Stanschus, Simonswälder Straße 83a in 79261 Gutach-Bleibach, Telefon 0 76 85 / 5 34, Fax 0 76 85 / 6 34, E-Mail: Astanschus@t-online.de.

„Wer hat Aufnahmen von meinem Geburtsort Jaugehnen, Kreis Samland?“ fragt **R. Trompell** aus Hildesheim. Liebe Landsmännin oder lieber Landsmann, ich weiß nicht, wie ich Sie anreden soll, ob Ihr Vorname mit R. oder B. oder wie auch sonst beginnt. Bitte, bitte, alle Namen deutlich schreiben, ich habe auch an den Ortsnamen herumgerätselt, denn Sie suchen noch Aufnahmen von einem Gut, das wohl Linkau heißt und bei Pollennen im westlichen Samland lag. Mit Hilfe des „Geographischen Ortsregister Ostpreußen“, einem über 1000seitigen Wälzer, habe ich das rausklamüsert! Ich hoffe jedenfalls, daß Sie Zuschriften bekommen mit den richtigen Fotos – wenn es welche gibt! (R. Trompell, Marschweg 10 in 27793 Wildeshausen)

Haben Sie gewußt, daß die erste Schönheitskönigin Deutschlands aus Ostpreußen kam? Sie hieß Gerda Dopieralski, verkaufte in ihrer Heimat Rauchwaren, ehe sie 1909 in Hamburg zur ersten Miß Deutschland gekürt wurde. Wenn man bedenkt, was heute so eine Miß einheimst, dann wurde die schöne Gerda geradezu schäbig abgefunden: Sie erhielt ein 20 Mark-Goldstück. Das Geschäft machten dann andere, denn als „Miß Universum“ wurde sie zum Postkartenmotiv und dürfte in manchem Soldatenspind gelandet sein, sozusagen ein Pin-up-Girl des Kaiserreiches. Wer besitzt noch Aufnahmen von dieser ersten Schönheitskönigin, auch an weiteren Angaben sind wir interessiert. Zuschriften bitte an die Redaktion der *PAZ / Das Ostpreußenblatt*. Danke!

Und nun noch eine Sache, die rätselhaft erscheint, aber doch leicht zu lösen sein wird. Da taucht in unseren Glückwunschanzeigen regelmäßig im September der Name **Maria Klarhöfer** geborene **Attrot** aus Hohenfried, Kreis Ebenrode auf. Inzwischen ist die Dame 97 Jahre alt und beweist damit, daß wir Ostpreußen wirklich ein langlebiges Völkchen sind. (Da meine Mutter auch aus dieser Gegend stammt, hoffe ich, daß ich ebenfalls diese Gene haben, auf dem besten Wege bin ich ja!) Aber darum geht es nicht, sondern um den Wunsch von **Hans-J. Kaspar** aus Walsrode, der gerne mit dieser Familie in Verbindung treten möchte. Er bittet deshalb die Gratulanten, die diesen Glückwunsch aufgegeben haben, sich bei ihm zu melden, weil eventuell eine Verwandtschaft besteht. Seine mütterlichen Vorfahren heißen nicht nur Attrot, sondern stammen auch aus dieser Gegend, sogar aus Hohenfried, früher Kupsten. Bei Nachfragen lief Herr Kaspar bisher ins Leere, wir konnten ihm auch nicht helfen, da war der Datenschutz vor, na ja, und nun bleibt nur noch unsere Kolumne. Bitte, liebe Verwandte oder Freunde der Jubilarin – die sich wahrscheinlich selber nicht melden kann –, nehmt Kontakt zu Herrn Kaspar auf, er würde sich sehr freuen. (Hans-J. Kaspar, Krelingen 141 in 29664 Walsrode, Telefon 0 51 67 / 12 03, Fax 0 51 67/ 12 02)

Und zum Schluß noch eine Frage, die mit dem Roman von Alfred Karrasch „Die Undes“ zusammenhängt. Es handelt sich laut Untertitel um „den Verfall und Aufstieg einer ostpreußischen Sippe“. Wer hat sich mit diesem 1838 erschienenen Buch ernsthaft auseinandergesetzt? So fragt Herr Dr. **Günter Lapp**, der sich vor allem für Hinweise auf die Entstehungsgeschichte des Disziplinarverfahrens gegen **Ernst Unde** interessiert. (Dr. Günter Lapp, Röhrichtweg 23 A in 30559 Hannover)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 103. GEBURTSTAG

Chilla, Gustav, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Milchpfadstraße 7, 45659 Recklinghausen, am 31. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Rothgänger, Max, aus Treuburg, Mühlenstraße 9, jetzt Bahnwinkel 7, 49163 Bohmte, am 6. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Lyhs, Gertrud, geb. Pruß, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Rosenheimer Straße 49, 83043 Bad Aibling, am 5. November

Marzinowski, Marie, geb. Krimkowski, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt OT Steinwedel, am Südende 3, 31275 Lehrte, am 1. November

Torkler, Emma, geb. Borutta, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Andrestraße 17, 09112 Chemnitz, am 2. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Assmann, Gertrude, aus Königsberg, jetzt Westerburgstraße 5, 34119 Kassel, am 31. Oktober

Falkner, Margarete, geb. Serocka, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Hoisdorfer Landstraße 72, Rosenhof II, 22927 Großhansdorf, am 3. November

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Gerhardt-Straße 8, 61118 Bad Vilbel, am 5. November

Lask, Frieda, geb. Tarrach, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Felstraße 15, 23996 Bad Kleinen, am 4. November

Spilgies, Herta, geb. Schaefer, aus Adelshof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Vor dem Leetor 5, Seniorenheim, 53545 Linz am Rhein, am 3. November

Wittke, Felix, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Weitoldstraße 16, 93047 Regensburg, am 6. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Krause, Kurt, aus Lyck, General-Busse-Straße 24, jetzt Tubitzer Straße 35, 70825 Korntal-Münchingen, am 4. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Angrabeit, Toni, geb. Krieger, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Pestalozzistraße 45, 35394 Gießen, am 1. November

Juppien, Martha, geb. Petschuleit, aus Rantau, jetzt Hauptstraße 76, 25889 Niebüll, am 2. November

Napierski, Marta, geb. Majewski, aus Gr. Muckenhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Parkstraße 5/110, 25821 Bredstedt, am 5. November

Pororzelski, Gertrud, geb. Zimmermann, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, jetzt Frankfurter Straße 30, 56414 Wallmerod, am 4. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Flux, Hilde, geb. Hahn, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 18, 29690 Lindwedel, am 31. Oktober

Groß-Pittag, Frieda, geb. Ratzlaf, aus Hasenberg, Pomauden, Kreis Wehlau, jetzt Michael-Rechl-Straße 8, 84518 Garching, am 4. November

Kessler, Elisa, geb. Herrmann, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Hauschild-Straße 12, 25336 Elmshorn, am 3. November

Oppermann, Hans-Erich, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim/Teck, am 2. November

Sakals, Charlotte, geb. Stawitz-Stalbert, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 47, 37120 Bovenden, am 6. November

Schlegel, Hildegard, geb. Opitz, aus Lindenau, Kreis Gerdauen, und Königsberg-Rosenau, jetzt Nachtigallenweg 1, Seniorenheim, 53115 Bonn, am 3. November

Waniewski, Hedwig, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Lebenswerk City West, Schlüterstraße 62, 10627 Berlin, am 2. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Chlench, Carl, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Ahornstraße 75, 32105 Bad Salzuflen, am 1. November

Fuss, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Braunschweiger Straße 22, 32756 Detmold, am 31. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Herta, geb. Schlien, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 8, 17111 Gatschow, am 4. November

Datzko, Anna, geb. Sefzik, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Am Scharl 18, 31275 Lehrte, am 4. November

Grundmann, Grete, aus Neidenburg, jetzt Am Hülsenbusch 34, 44803 Bochum, am 1. November

Harzer, Maria, geb. Bendisch, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bahnhofstraße 4, 06231 Bad Dürrenberg, am 31. Oktober

Wengelnik, Grethe, geb. Kurlinski, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Pfingstanger 15, 37431 Bad Lauterberg, am 2. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Kröll-Troyke, Margarete, geb. Beyer, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Weinbergstraße 8, 63526 Erlensee, am 4. November

Messerschmidt, Gerda, aus Danzig, jetzt Birkenstraße 45, 28195 Bremen, am 3. November

Nowak, Eva, geb. Beyer, aus Wehlau, Petersdorfer Straße, jetzt Brunhildenstraße 22 A, 85579 Neubiberg, am 4. November

Przygodda, August, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Nonnenbusch 67, 45770 Marl, am 4. November

Rogalla, Erich, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 21, 16775 Badingen, am 6. November

Sliwka, Edith, geb. Josupeit, verw. Romeikat, aus Ritterswalde, Kreis Schloßberg, jetzt bei Horst Romeikat, Limburger Straße 12, 28259 Bremen, am 5. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexy, Hedwig, geb. Kowalzik, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Agnes-Miegel-Weg 2, 42929 Wermelskirchen, am 31. Oktober

Beck, Charlotte, geb. Schönfeld, aus Königsberg Ponarth, Buddestraße 3, jetzt Straifstraße 11, 70597 Stuttgart, am 1. November

Claas, Irmgard, geb. Sczesny, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Von-der-Kuhlen-Straße 15, 58642 Iserlohn, am 4. November

Frost, Lisbeth, geb. Engelke, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Asternweg 2, 38446 Wolfsburg, am 2. November

Johann, Christel, geb. Grajetzki, aus Allenburg, Postamt, Kreis Wehlau, jetzt Heerstraße 72, 40227 Düsseldorf, am 31. Oktober

Kacenski, Käthe, geb. Kaja, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Hoppelberg 17, 39164 Remkersleben, am 3. November

Kobilinski, Ida, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Ringstraße 2, 21357 Bardowick, am 3. November

Lask, Friedrich, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Martin-Buber-Straße 2, 40764 Langenfeld, am 5. November

Lask, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Friedenstraße 21 a, 25421 Pinneberg, am 3. November

Löwerick, Erna, aus Schertingswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Eisenbahner Weg 23, 21514 Büchen, am 3. November

Magalski, Johannes, aus Rogenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hugo-Schultz-Straße 36, 44789 Bochum, am 31. Oktober

Otte, Charlotte, geb. Rieger, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Eschenstraße 20, 45134 Essen, am 5. November

Pauls, Helmut, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Ringstraße 11 A, 38685 Langelsheim, am 6. November

Sadlowski, Otto, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergstraße 67 E, 45701 Herten, am 5. November

Schablowski, Eva, geb. Schoenfeld, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, jetzt Große Straße 16, 22926 Ahrensburg, am 3. November

Schmitz, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Aldorferstraße 4, 40878 Ratingen, am 6. November

Schulz, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt II. Oberweltern 8, 21765 Nordleda, am 4. November

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, jetzt Dr.-Siebenpfeiffer-Straße 50, 67434 Neustadt, am 3. November

Spürck, Gertrud, aus Rothenen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Bruchstraße 33, Stommeln-Pulheim, am 5. November

Titt, Fritz, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, jetzt Bystedtredder 1 A, 24340 Eckernförde, am 6. November

Zahlmann, Elfriede, aus Rößel, Kreis Bartenstein, jetzt Memeler Straße 2, 2379 Mölln, am 1. November

Zimmermann, Lieselotte, geb. Gerber, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Hohe Straße 12, 45711 Datteln, am 6. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Alte Lübekker Chaussee 5 a, 24114 Kiel, am 6. November

Bardt, Helmut, aus Rositten, und Stablack, Kreis Pr. Eylau, jetzt Reitstallweg 6, 38640 Goslar, am 3. November

Brockmann, Herbert, aus Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 30, 29475 Gorleben, am 6. November

Burzlaff, Gertrud, geb. Scheffler, aus Wesselshöven, Kreis Heiligenbeil, jetzt Naumburger Straße 21, 40627 Düsseldorf, am 2. November

Dzikonski, Helmut, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt In den Siepen 35, 42109 Wuppertal, am 5. November

Engmann, Günter, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 7, 59929 Brilon, am 6. November

Frömmrich, Lieselotte, geb. Kierstein, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Wasserwerkstraße 10, 13589 Berlin, am 2. November

Goertz, Hildegard, geb. Brodda, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Siegerbuschstraße 46, 42327 Wuppertal, am 5. November

Haupt, Emil, aus Noiken, Kreis Elchniederung, jetzt Tulpenstraße 41 A, 93309 Kelheim, am 6. November

Kämmer, Gerhard, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Waldweg 10, 24941 Jarplund-Weding, am 6. November

Kawlath, Erhard, aus Gr. Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, am 3. November

Kowalewski, Bruno, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Pletzergasse 4, 52349 Düren, am 3. November

Krüger, Herta, geb. Stadie, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Suhrsweg 26, 22305 Hamburg, am 2. November

Kukral, Herta, geb. Rogowski, aus Treuburg, Deutsche Straße 6, jetzt Hölderlinstraße 16, 85084 Reichertshofen, am 5. November

Kunner, Frieda, geb. Kyek, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Middelicherstraße 286, 45892 Gelsenkirchen, am 2. November

Lichte, Brigitta, geb. Neuendorf, aus Eichhorst, Kreis Mohrungen, jetzt Schloßstraße 32, 29525 Uelzen, am 4. November

Lunkwitz, Rudi, aus Lyck, jetzt Wiebischenkamp 53 a, 22523 Hamburg, am 1. November

Meier, Anneliese, geb. Kruska, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Silberacker 26, 31008 Elze, am 5. November

Müller, Hedwig, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Mühlenstraße 3, 56479 Hüblingen, am 5. November

Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, jetzt Triftstraße 24 a, 56470 Bad Marienberg, am 2. November

Petsch, Erna, geb. Heysel, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt OT Vörden, Auf der Trift 7, 37969 Marienmünster, am 5. November

Piefke, Käthe, geb. Doblies, aus Ortelsburg, jetzt Südring 11, 37269 Eschwege, am 6. November

Reißer, Hildegard, geb. Weiß, aus Amtal, Kreis Elchniederung, jetzt Bernadottestraße 56, 60439 Frankfurt /M., am 3. November

Schröder, Lieselotte, aus Lyck, jetzt Im Lindenhof 27, 53773 Hennef, am 1. November

Schwarz, Helena, geb. Liedtke, aus Mogaiten, jetzt Moorbrinker Weg 22, 19057 Schwerin, am 6. November

Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Im Wiesengrund 12, 59427 Unna, am 1. November

Sommer, Ursula, geb. Kreuzahler, aus Pötschwalde, Kreis Gumbinnen, jetzt Bartelstraße 2, 30938 Burgwedel, am 31. Oktober

Spauschus, Dr. Bruno, aus Kuglack, Groß Kuglack, Kreis Wehlau, jetzt Norderneyer Weg 20, 04157 Leipzig, am 5. November

Trzaska, Herbert, aus Ortelsburg, jetzt Bergstraße 50, 59069 Hamm, am 27. Oktober

Weimann, Alma, geb. Masannek, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Rixdorferstraße 159, 12109 Berlin, am 2. November

Winkelmann, Liesbeth, geb. Ray, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Heidestieg 47, 22844 Norderstedt, am 1. November

Weicht, Barbara, geb. Salewski, aus Regehnen, jetzt Zwenkauer Straße 21, 04277 Leipzig, am 2. November

Zimmermann, Erika, geb. Trzeziak, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Niklaus-Ehlen-Straße 16, 45884 Gelsenkirchen, am 31. Oktober



ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Kindermann, Kurt, aus Gumbinnen, und Frau Gertrud, geb. Schwarzenberger, aus Neu-Kattenau, jetzt Franziskastraße 16, 45131 Essen, am 2. November

Korth, Herbert, und Frau Käthe, geb. Müller, aus Unter-Eisseln-Abbau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Paul-Müller-Straße 27, 05599 Freiberg, am 3. November



ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Begett, Herbert, aus Fischhausen, Kreis Samland, und Frau Gertrud, geb. Siegmund, aus Zagern, Kreis Braunsberg, jetzt Virchowstraße 46, 44536 Lünen, am 4. November

Barbara-Begegnung

Detmold – Sonnabend, 3. Dezember, beginnt um 17 Uhr die diesjährige „Barbara-Begnung" mit einer Barbara-Messe in der katholischen Pfarrkirche St. Marien in Detmold. Die Festpredigt hält der in Beuthen-Stillersfeld in Oberschlesien aufgewachsene Pfarrer Waldemar Klatzka aus Bielefeld. Anschließend wir zur Barbarafeier mit Kulturprogramm ins Pfarrheim eingeladen. Für das leibliche Wohl – Wellwurstessen – ist bestens gesorgt. Nähere Informationen bei der katholischen Pfarrei St. Marien, Telefon (0 52 31) 20 00 52.

Empfang bei der Truppe

Veteranentreffen ostpreußischer Wehrmachtssoldaten

Mehr als 50 Divisionsangehörige trafen sich zum 35. Treffen der 21. Ostpreußischen Infanterie-Division in der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Coesfeld. Das Treffen begann am 16. September mit der Versammlung des Vorstandes und der Verbandsleitung. Im Laufe des Nachmittags versammelten sich bereits die ersten zum Teil weitangereisten Kameraden. Das Kasino füllte sich im Laufe des Abends und auch der neue Kommandeur des Artillerie Aufklärungs Bataillons 71, Oberstleutnant Holger de Groot, ließ es sich nicht nehmen, am Kameradentreffen teilzunehmen. Für die erste Überraschung sorgte Kamerad Fritz Morr, der an den Vorsitzenden Dr. Möllenkamp eine Kopie des Kriegstagebuchs der II. Abteilung des Artillerieregiments 21 für den Traditionsraum übergab. Am Sonnabend versammelten sich die Teilnehmer mit ihren Gästen am Divisionsstein, der die Truppenzeichen des Artillerieregiments 7 und der 21. Infanteriedivision trägt, um ihrer Gefallenen und Verstorbenen zu gedenken. Bei der würdigen Gedenkfeier sagte unser Vorsitzender Dr. Möllenkamp unter anderem: „ Es ehrt uns, daß es uns gestattet ist, hier in diesen Mauern, hier an diesem Stein, hier an dieser Kaserne in Coesfeld innehalten zu können, um Trauer zu tragen und unserer Gefallenen zu gedenken. Wir beklagen ihr Schicksal. Wir rühmen ihre Tapferkeit. Wir preisen ihren Heldenmut. Das Gedenken an unsere Gefallenen war Jahr für Jahr mit einem Besuch der Gräber südlich des Ladogasees verbunden. Wir danken dem Mitglied unseres Vorstandes Franz Vogel und seiner Frau für das mühevolle Unterfangen, die Gräber am Wolchow aufzusuchen und unseren Soldaten Ehre zu erweisen. Danach folgte die Ansprache des Standortältesten und Kommandeurs des Artillerie Aufklärungs Bataillons 71, Oberstleutnant de Groot. Er

> Es ist in uns angelegt, unserer Opfer zu gedenken

sagte unter anderem: „Ich unterstütze gern das Gedenken an all diejenigen gefallenen Wehrmachtssoldaten, die tapfer und ehrenvoll für das deutsche Vaterland und das deutsche Volk in einer Zeit gekämpft haben, in der es gemäß den Worten des ehemaligen Bundespräsidenten und Wehrmachtsoffiziers Richard von Weizsäcker schwierig war, ein anständiger Mensch zu bleiben, einer Zeit, in der es laut des angesehen britischen Historikers Kershaw nahezu unmöglich war, sich dem verbrecherischen Nazi-Regime zu entziehen. Es ist in uns Menschen angelegt, unserer Toten, unserer Angehörigen würdig gedenken zu wollen und Hinterbliebenen Mitgefühl auszudrücken. Wer diese Anlage aus seinem Herzen verbannt, kann in glaubwürdiger Weise letztlich keine mitfühlende Achtung vor den Gefallenen und Opfern auch anderer Nationen entwickeln. Dies ist jedoch Voraussetzung für eine redliche Aussöhnung und für den Frieden." Nach dem gemeinsamen Mittagessen unterrichtete der Bataillonskommandeur die Teilnehmer über die „Bundeswehr in Transformation" und über das Aufklärungssystem Kleinfluggerät-Zielortung (KOZ). Am Abend fanden sich alle wieder im Kasino an einer langen Tafel zum gemütlichen Beisammensein ein. Es war ein schöner Abend, der den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben wird. Mit dem Mittagessen klang das 35. Divisionstreffen aus. Unser Dank gilt dem Kommandeur Oberstleutnant de Groot und seinen Soldaten für die freundliche Unterstützung. Der Vorstand der 21. Ostpreußischen Infanterie Division dankt allen, die sich zum Treffen gemeldet haben. Ein ganz besonderer Dank geht aber an die Kameraden und Kameradinnen, die uns durch ihre Spenden in der gemeinsamen Arbeit unterstützen. Zum Treffen vom 15.-17 September 2006 laden wir alle Kameraden und Kameradinnen recht herzlich ein.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Donnerstag, 3. November, 7.30 Uhr (Abfahrt) Fahrt nach Murrhardt im Schwäbischen Wald zum Besuch der Jugenstil-Villa des Zichorienfabrikanten Robert Franck. Abfahrt ist in Hainstadt, weiter über Buchen, Mosbach. Nähere Auskunft unter Telefon (0 62 81) 81 37.

Lahr – Bericht 40jähriges Bestehen der Frauengruppe: Der Vorsitzende Heinz Schindowski begrüßte beim traditionellen Kartoffelsuppe-Essen in einem vollbesetzten Saal in der „Krone“ Mitglieder und Freunde, ein besonderer Gruß galt Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der Ostpreußischen Frauen. Landsmann Schindowski überbrachte der Frauengruppe zum 40. Gründungstag die Glükkwünsche der Landsmannschaft und würdigte die Arbeit von Irma Barraud, die seit 40 Jahren die Gruppe leitet. Die engagierte Leiterin der Frauengruppe erinnerte an die Gründung im Jahre 1965. Die Frauengruppe hat die Landsmannschaft stets bei ihren Jahresveranstaltungen mit Programmbeiträgen unterstützt. 1989 gründete Irma Barraud mit Angela Karl innerhalb der Frauengruppe den „Ostdeutschen Lesekreis“, der mit vielen Referaten und anderen Veranstaltungen die Erinnerung an die verlorene Heimat in Tradition bewahrt. Uta Lüttich überbrachte die Glückwünsche des Bundes und Landesvorstandes zum 40jährigen Bestehen der rührigen Frauengruppe, die in dieser Zeit mit rund 440 Veranstaltungen unter dem Motto „Dem Erbe verbunden – der Zukunft verpflichtet“ die Erinnerung an die Heimat wachgehalten habe. Mit dem Referat „Ein Leben der Poesie“ erinnerte Uta Lüttich an den im 17. Jahrhundert wirkenden Dichter Simon Dach. Von der Frauengruppe wurde dann das bekannte Lied „Ännchen von Tharau“ in Wort, Lied und Musik vorgestellt. Zum Schluß wurde wie in jedem Jahr Erntebrot verteilt und mit dem Ostpreußenlied der offizielle Teil beendet.

Schwenningen – Sonnabend, 12. November, Fahrt der Gruppe zur Erntedankfeier nach Aasen bei Donaueschingen. Abfahrtszeiten sind aus dem Rundschreiben 4/5 ersichtlich.

Stuttgart – Sonntag, 13. November, 15 Uhr Videofilm im Haus der Heimat, großer Saal über Menschen und Regionen in Ostpreußen, Videobilder von unseren Veranstaltungen im Jahr – alles mit Beamer auf Großleinwand. – Bericht: Zum Herbstfest hatte sich bei strömendem Regen eine stattliche Besucherzahl im Ratskeller in Stuttgart eingefunden. Die langen Tafeln waren von Frau Marion festlich geschmückt mit leuchtenden Herbstblumen, ebenso wies der Erntetisch auf das Erntefest hin. Ein Flötenkonzert und ein Gedicht bildeten den Auftakt, der Chor folgte mit einem Lied zu Gottes Schöpfung. Die 2. Vorsitzende Margarethe Sorg hatte das Thema gewählt: „ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben“ (Joh. 15,5). Sie zeigte in dem Gleichnis die Naturelemente in ihrer großen Bedeutung auf, das gesamte Schöpfungswerk Gottes, dem der Mensch untergeordnet ist und appelierte an den Aufruf Gottes, an seinem Weinberg mitzuarbeiten, um die eigene Lebensernte am Ende unseres Lebens einzubringen. Mit einem Lob- und Danklied beendete sie mit dem Chor diese besinnliche Betrachtung. Die Vielgestaltung der ostpreußischen Landschaften, der Welthandel mit den vielen ostpreußischen Getreidearten – das Land galt als „Kornkammer Deutschlands“ sowie den Fleiß in der Landwirtschaft brachten Gedichte und Lieder zum Ausdruck. Der heitere Teil des Festes erfreute die Anwesenden durch die ausgezeichneten Tänze der Egerländer in ihren wunderschönen Trachten und ernteten großen Beifall. Für den ostpreußischen Humor sorgten unsere Theaterspieler Ruth Schulze und Ilse Taege mit den Sketchen in alten Kostümen, wobei die Lachmuskeln heftig in Bewegung gerieten. Der 1. Vorsitzende Helmut Urban dankte Margarethe Sorg und ihren Mitgliedern für das abwechslungsreiche, gelungene Programm mit der Egerländer Tanzgruppe.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 8. November, 14.30 Uhr, Treffen im „Altstadthotel“, Batteriegasse 2.

Ansbach – Sonntag, 13. November, 15 Uhr Treffen zum Volkstrauertag auf dem Waldfriedhof am Denkmal für die deutschen Opfer im Osten. Gemeinsame Veranstaltung mit allen Ansbacher Landsmannschaften.

Kitzingen – Sonntag, 13. November, 11 Uhr Treffen zum Volkstrauertag. Kranzniederlegung auf dem „Alten Friedhof“, anschließend auf dem „Neuen Friedhof“ Blumenniederlegung an den Gräbern der unbekannten Soldaten.

München – Sonnabend, 5. November, 14.30 Uhr Dia-Vortrag von Elmar Schmid im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Schmid präsentiert den Dia-Vortrag „Königsberger Gebiet“ und das Hörbuch „Mythos Königsberg oder alle Wege führen zu Kant“. Es gibt eine gemeinsame Kaffeetafel .



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

LANDESGRUPPE

Mittwoch, 9. November, 13.30 Uhr Treffen der Frauengruppe der LO im Restaurant „Die Wille“, Wilhelmstraße. 115, 10953 Berlin. Totengedenken und Referat über Ostpreußen. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (0 30) 7 71 23 54.

HEIMATKREISGRUPPEN

Rastenburg – Sonntag, 13. November, 15 Uhr Treffen im Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Anfragen an Herbert Brosch, Telefon (0 30) 8 01 44 18.



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. November, 10 Uhr Veranstaltung „750 Jahre Königsberg“ im Regine-Hildebrand-Haus in Oranienburg, Berlinerstr. In den Räumen befindet sich eine Ausstellung über Königsberg / Ostpreußen. Ein Referent wird zu dem Thema sprechen. Es ist ein Mittagessen vorgesehen. Ein weiterer Referent spricht über das Ende des Zweiten Weltkriegs. Mit einer Kaffeetafel wird die Veranstaltung beendet. Für die musikalische Umrahmung sorgt der Chor „Viva la Musica“ aus Oranienburg. Dazu sind alle recht herzlich eingeladen.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Freitag, 11. November, 14 Uhr Treffen der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen und des Heimatkreises Elbing zum Heimatnachmittag im Barlach Haus.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. November, 10-17 Uhr Christkindlmarkt der Ostdeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Der Ostpreußenstand ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten aus der Heimat und Literatur vertreten.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Freitag, 4. November, 14.30 Uhr Monatstreffen in der „Postkutsche“, Horner Landstr. 208. Im grauen Monat November soll das gemütliche „Schabbern“ uns warm halten.

Sensburg – Sonnabend, 5. November, 15 Uhr Lichtbildervortrag über Bernina- und Glacierexpress in der Schweiz, Sommer 2005 von Günter Kröger im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg-Bergedorf – Sonnabend, 5. November, Ausflug der Frauengruppe nach Lüneburg zum Ostpreußischen Landesmuseum zum „Museumsmarkt“ und Pfefferkuchenstand von Gisela Harder. – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr Treffen der Frauengruppe am Hochkreuz auf dem Bergedorfer Friedhof anläßlich des Volkstrauertages. Nähere Informationen bei Gisela Harder, Telefon (0 40) 7 37 32 20.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 31. Oktober, 12 Uhr Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Es findet ein Schmand-Schinken-Essen mit einem bunten Rahmenprogramm statt. Anmeldungen für das Essen sind unbedingt erforderlich bei Gertrud Knies, Telefon (0 40) 5 00 09 31.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Kassel – Dienstag, 8. November, diesmal schon um 14 Uhr, Treffen im Restaurant „Alt Süsterfeld“, Eifelweg, zum beliebten Grützwurstessen. Anschließend – etwa ab 15.30 Uhr – wird ein Video-Film über das alte Königsberg gezeigt.

Wetzlar – Bericht vom Erntedank: Die Tische im Versammlungsraum der Grillstuben in Wetzlar sind festlich mit Obst, Nüssen und Blumen geschmückt. Die Mitglieder und zahlreichen Gäste der Gruppe der Ost- und Westpreußen feiern das Erntedankfest. Pfarrer i.R. Karl Oskar Henning hält eine Andacht über den 104 Psalm. Nach Worten des Gedenkens des Kulturbeauftragten Karl Weyland für den vor 125 Jahren in Posen geborenen und durchsein Werk „Peterchens Mondfahrt“ bekannt gewordenen Komponisten Clemens Schmalstich hielt der Vorsitzende Kuno Kutz einen Lichtbildvortrag über das ostpreußische Künstlerehepaar Edith und Walter von Sanden. Während Edith von Sanden (1894 bis 1979) nach seinen Worten zu den namhaften Tierplastikerinnen in Deutschland gehört, habe sich ihr Ehemann Walter (1888 bis 1972) mit seinen Naturbeschreibungen und Landschaftsfotografien einen Namen gemacht. Edith von Sanden, geborene von Schlüter stammte aus Guscht in der Neumark und wuchs im ostpreußischen Gudwallen im Kreis Darkehmen auf, wo ihr Vater als preußischer Landstallmeister ein großes Gestüt leitete. Nach dem Besuch der Kunstschule in Düsseldorf heiratete sie im Jahre 1914 Walter von Sanden, der in Klein Guja und Launingken im Kreis Angerburg die Güter seiner Familie bewirtschaftete. In seinen Büchern und Erzählungen, die Walter von Sanden in Erinnerung an seine verlorene Heimat unter dem Namen „Walter Guja“ veröffentlicht habe, sei es dem ostpreußischen Schriftsteller darum gegangen, seinen Lesern die Einheit von Mensch und Natur vor Augen zu führen. Weit über Deutschland hinaus bekannt gemacht habe sich von Sanden mit seinem Buch „Ingo“, in dem er das Zusammenleben mit einem handzahmen Fischotter in seinem Gutshaus schildert. Nach der Vertreibung aus Ostpreußen im jahre 1945 habe sich das Künstlerehepaar im oldenburgischen Hüde am Dümmersee angesiedelt, wo im nahegelegenen Dümmermuseum in Lembruch zahlreiche Plastiken an Edith von Sanden erinnern, berichtete Kutz abschließend. Beim nächsten Treffen der Wetzlarer Kreisgruppe am 14. November um 18 Uhr in den Grillstuben in Wetzlar, Stoppelberger Hohl 128, spricht Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut in Marburg über das Leben und Wirken von Herbert Meinhard Mühlpfordt, der sich als Arzt, Sammler und Historiker einen Namen gemacht hat.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Bad Bevensen – Mit einem großen Konzertabend im vollbesetzten Bad Bevenser Kurhaussaal – es waren weit mehr als 400 Gäste – klang die Ost- u. Westpreußen-Woche am Sonnabend, 1. Oktober bewegend aus. Kurt Arndt, Vorsitzender der Gruppe, hatte mit seinem Stellvertreter, Andreas Springer, diese Tage organisiert und mit Unterstützung weiterer Mitglieder sowie des Heimatkreises Wollstein und der Reservistenkameradschaft der Bundeswehr Bad Bevensen zur Durchführung gebracht. Begonnen hatte die Woche mit einem Streifzug durch die Geschichte Ost- u. Westpreu-

ßens an dem auch Bürgermeister B. Losiak und Stadtdirektor K. Markuszewski sowie Ratsherr H. Eckert teilnahmen. In seinen Begrüßungsworten zeigte Arndt auf, weshalb die Gruppe diese Woche veranstalte und an die Öffentlichkeit tritt: In Bad Bevensen und Umgebung leben immer noch Menschen der Erlebnisgeneration Ost- u. Westpreußens und in hundertfacher Anzahl deren Nachkommen, Ost- u. Westpreußen waren in ihrer 750-jährigen Geschichte stets ein Pfeiler und Mittler in Mitteleuropa und für Europa. Somit darf die Geschichte Ost- u. Westpreußens nicht beiseite geschoben werden, denn das vielbeschworene Haus Europa hat auch dieser beider Länder Geschichte und Kultur als Fundament. In diesem Jahr sind nicht nur 60 Jahre seit Kriegsende vergangen, sondern vor 60 Jahren begannen auch Flucht und Vertreibung, ein Menschen verachtendes Drama. Ferner stellte Kurt Arndt fest: Auch die Gruppe steht für Frieden und Versöhnung – aber auf der Grundlage der ganzen geschichtlichen Wahrheit – und wir lieben unsere Heimat – wie jeder Mensch seine Heimat liebt. Gezeigt wurden in der Ausstellung Schrift- und Bildtafeln aus der Geschichte und aus dem Ost- u. Westpreußen vor 1945, Fluchtgepäck aus den dramatischen Wochen des Jahres 1945, Erinnerungsstücke, Bücher und so manches mehr. Unterstützung erfuhr die Ausstellung auch durch die Bevenser Firma Hans-Otto Ryll, die zwei Fernsehgeräte kostenlos zur Verfügung stellte, mit denen täglich die Filme „Ostpreußen-Reise 1937“ und die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ den täglich zirka 400 Besuchern durchgehend gezeigt wurden. Nicht unerwähnt sei auch, daß das DRK-Kurheim „Villa im Park“ in Bad Bevensen die Ausstellung mit dem unentgeltlichen Überlassen einer Vitrine unterstützte. Der bekannte Fotojournalist, Helfried Weyer aus Buxtehude zeigte Bilder aus der Heimat. Lang anhaltender Beifall der zirka 200 Besucher zeigte, daß hier ein Profi am Werk war, der unbedingt weiter zu empfehlen ist. Mit dem Thema „Das dreigeteilte Ostpreußen in Geschichte und Gegenwart“ befaßte sich Dr. phil. Hans-Werner Rautenberg aus Kirchhain in Hessen. Der sehr informative und den eigenen Horizont erweiternde Vortrag mündete in einer intensiven Diskussion. Die Zuhörer dankten Dr. Rautenberg mit lebhaftem Beifall. Neben diesem gut besuchten Vortrag waren viele Zuhörende von dem Augenzeugenbericht Friedrich Johannes Jabs aus Erkrath / Nordrhein-Westfalen besonders ergriffen. Überhaupt war in dieser Woche sehr viel Wehmut und auch Sehnsucht spürbar. Fest steht: Die heimatlichen Wurzeln sind nicht vergessen – im Gegenteil. Dieses kam auch am Sonnabend beim großen Konzertabend durch Ulrike Tusk, geb. Arndt, zum Tragen, die sich zunächst zu ihren ostpreußischen Wurzeln bekannte und anschließend das Agnes Miegel-Gedicht „Es war ein Land“ in beeindruckender Weise vortrug. Für die Musik waren das Blasorchester „Die Original Calenberger“ aus Gehrden bei Hannover unter der Leitung von Rainer Großer und der Augustus-Chor aus Lüneburg mit dem Chor-Direktor Heinz Egon Kretzer zuständig. Eingebunden in diese großartige Veranstaltung war eine Ehrung. Der Vorsitzende Kurt Arndt führte in seiner kurzen Laudatio aus: Ich ehre einen Menschen, der sich um Ost- u. Westpreußen verdient gemacht hat. Obwohl nur ein gewisser „Anteil Provinz Posen“ in seinen Adern pulsiert, sein Vater stammt aus der Provinz Posen, hat er sich Ost- u. Westpreußen geschichtlich verschrieben. Und nicht nur Ost- u. Westpreußen – nein – er ist auch Gründungsmitglied des in diesem Jahr ins Leben gerufenen Vereins „Historisches Bevensen“. Ohne zu übertreiben stelle ich fest, daß ohne seine Person zum Beispiel auch diese Ost- u. Westpreußen-Woche nicht hätte durchgeführt werden können. Meine Damen und Herren, in Anerkennung seiner unermüdlichen Arbeit für Ost- u. Westpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen, Andreas Springer das Verdienstabzeichen. Zum Schluß dieses großartigen Konzertabends erklang von Chor und Blasorchester gemeinsam der „Gefangenenchor“ aus Verdis Oper Nabucco. Und hier schloß sich auch der Kreis der Ost- u. Westpreußen-Woche: „Teure Heimat, wann sehn wir dich wieder, in Gedanken wir stets bei dir verweilen...“

Helmstedt – Würdigung Ingeborg Voigt aus Laskowitz, Kreis Schwetz, geboren am 19. Oktober 1920: Steter Einsatz für die Heimat prägte ihr Leben. Jahrzehnte war sie ehrenamtlich im Kreis und der Stadt Helmstedt tätig. In Graudenz besuchte sie die Goethe-Schule und wurde im Krieg zur Krankenschwester ausgebildet. Als Rote-Kreuz-Schwester half sie vielen Verwundeten. Den Kontakt zur Heimat pflegte sie mit Besuchen und Hilfssendungen. Mit großer Selbstverständlichkeit kümmerte sie sich um die alten und kranken Mitglieder in Helmstedt. Sie war ebenfalls Initiatorin, daß sich die Gruppe immer am Basar des Kuratoriums Unteilbares Deutschland beteiligte. Von dem Erlös konnten von 1965 bis 1989 viele Pakete gepackt werden. 1997 erhielt sie die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Von der Landsmannschaft Westpreußen bekam sie die goldene Ehrennadel. Vor zwei Jahren bat sie mich ihre Arbeit fortzusetzen und war zufrieden. An einem Volkstrauertagsgottesdienst und der Weihnachtsfeier 2003 konnte sie noch teilnehmen.

Rinteln – Donnerstag, 10. November 2005, ab 15 Uhr, Treffen im Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42 in Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, wird über „Finnland in Geschichte und Gegenwart“ sprechen.

Wilhelmshaven – Bericht: Ein unterhaltsamer Erntedanknachmittag wurde der hiesigen Gruppe geboten. In seiner Begrüßung gab der 1. Vorsitzende, Dr. Karl-Rupprecht Sattler, die anliegenden Termine bekannt und konnte Ehepaar Giese als neue Mitglieder begrüßen. Im Anschluß folgten Lesungen und Gedichte, teils auch im heimatlichen Dialekt vorgetragen von Monika Fobbe, Erika Guddusch, Elfriede Helldobler, Dr. Sattler und Werner Penner. Außerdem fand jeder Teilnehmer eine Überraschung vor, die Frau Wittig besorgt hatte. Es wurde auch an den Wirt des Hauses „Graf Spee“ gedacht, der die Tische herbstlich dekoriert hatte. Beim Singen der herbstlichen Lieder hat uns Gerhard Paga mit seinem Keyboard unterstützt. In seinem Schlußwort dankte der 1. Vorsitzende allen, die dazu beigetragen haben, den gut besuchten Nachmittag zu gestalten. Unser Heimatlied „Land der dunklen Wälder“ krönte den Abschluß.





Foto: Archiv

Das Schloß Sorquitten heute. Viele ostpreußische Schlösser, die den Zweiten Weltkrieg überstanden hatten, verfielen danach – Sorquitten überstand auch den Sozialismus und ist als Hotel restauriert worden.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Donnerstag, 10. November, 19 Uhr Offenes Singen mit Barbara Schoch im Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Raum 412, 312. – Freitag, 11. November, 19 Uhr Gänseessen im Restaurant „Pils“, Schlesische Straße 92 (Eller-Lierenfeld), erreichbar mit Bussen 721, 722, 724 bis Haltestelle „Richardstraße“. **Anmeldungen bis zum 5. November** unter Telefon (0211) 682318 erforderlich. Stammtisch fällt aus! – Sonnabend, 12. November, 10 Uhr Trachtenschneiderkurs. Anmeldung bei Monika Brands, Telefon (0 22 34) 27 95 46.

Haltern – Bericht vom Erntedankfest: Über 140 Gäste aus ganz Nordrhein-Westfalen konnte der Vorsitzende des BdV, Kurt Peters, zum Erntedankfest am 2. Oktober im Seehof Haltern am See begrüßen. Der BdV feiert diese Tradition an jedem Erntedank-Wochenende seit 1948. BdV-Vorsitzender Kurt Peters betonte, das Fest erinnere an die Heimat in Ostdeutschland. Die stellvertretende Bürgermeisterin Renate Sauerbier begrüßte die Landsmannschaften im Namen der Stadt Haltern. In ihrer Begrüßungsrede stellte sie klar: „Wir können dankbar sein, heutzutage in einem gemäßigten Klima zu leben und daß wir Hungersnot seit 60 Jahren nur noch vom Hörensagen kennen“. Kurt Peters begrüßte außerdem den neuen Fraktionschef der CDU, Franz Schrief sowie Hiltrud Schlierkamp (CDU), und die ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin Heide Pannhorst (SPD). Die Festansprache hielt die Ostpreußin Christel Skiba. Für Begeisterung sorgte vor allem ihr selbstgedichtetes Heimatlied „Oh Ostpreußen Land der Eichen“ umgetextet auf die Melodie des Wolgaliedes. Für den musikalischen Rahmen sorgten der Singkreis St. Marien und Andreas Viemann mit seiner Band. Der mitteldeutsche Tanzkreis aus Herten begeisterte mit alten Volkstänzen die Gäste. Zwischendurch wurde Kaffee und Kuchen serviert. Gegen 17 Uhr wurde der Höhepunkt eingeläutet. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Gerhardt Adolph, proklamierte das diesjährige Erntepaar Liesel und Josef Gellermann. Sie nahmen auf geschmückten Ehrenstühlen Platz. Der mitteldeutsche Tanzkreis brachte die von Annemarie und Emil Slaby gefertigte Erntekrone herein. Der Tanzkreis tanzte um das Ehepaar herum. Mit Erntesprüchen wurden von den Kindern der Deutschen aus Rußland der Erntefrau Blumen überreicht und der Ernteherr wurde mit einem Roggenband ums Handgelenk gebunden. Sie mußten sich mit kleinen Geschenken freikaufen. Nach der Dankesrede des Ernteherrn und dem Lied „Nun danket alle Gott“ begann der Tanz um die Erntekrone. Er wurde vom Erntepaar eröffnet. Nach dem offiziellen Teil fand die Verlosung der Erntegaben statt, bei der es sehr schöne Gewinne gab. Anschließend konnte bis in den späten Abend das Tanzbein geschwungen werden. Der Vorsitzende der Ost- und Westpreußengruppe Adolf Nowinski warb dabei für die nächste Aktion: Im November wird es eine Ausstellung in der Sparkasse geben, in der Bilder der Städte Königsberg und Osterode zu sehen sein werden. Hermann Kremer (Alexandrowa-Museum) wird sich an dieser Ausstellung ebenfalls beteiligen, indem er Modelle vom Königsberger Schloß und Dom zur Verfügung stellt. BdV Vorsitzender Peters zog ein positives Fazit: „Die Resonanz war gut, und das Programm hat allen Spaß bereitet.“

Neuss – Sonntag, 13. November, 11 Uhr Teilnahme der Gruppe an der Feierstunde zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof in Neuss. Rheydter Straße. – Bericht: Eine große Busreise in die Heimat Ostpreußen wurde durch den Vorsitzenden der Neusser Gruppe, Peter Pott, organisiert. Die Fahrt führte von Neuss über Stettin, Danzig, Marienburg, dem Oberland-Kanal nach Königsberg und zur Kurischen Nehrung. Anschließend nach Lötzen. Über Thorn, Stettin nach Neuss war die Rückreise. Bei durchwachsenem Wetter sind 42 Personen gestartet – ein Westpreuße, zwei Pommern, drei Schlesier, neun Ostpreußen und 27 aus Neuss. Alleine von den 27 Personen aus Neuss und Umgebung kamen 14 Teilnehmer aus Neuss-Rosellerheide. Eine Stadtführung in Stettin wurde gemacht und eine Frau hat die Straße, in der sie als Kind wohnte und vertrieben wurde, wiedergefunden. Ebenso ein Mann aus Cissau, Krs. Neustadt Pommern, hat sein Geburtshaus wieder gefunden. In Danzig war eine Stadtführung und alle waren fasziniert von der Schönheit dieser Stadt, die nach dem Krieg original aufgebaut wurde. In der Kaschubei gab es mit Kindern einen Folkloreabend, bei dem die Kinder die Reisegäste mit ihren Tänzen und Singen begeisterten. Man spürte es, wie diese Kinder mit dem Herzen dabei waren. Ein Orgelkonzert im Frauenberger Dom mit anschließender Führung war auch Inhalt des vielseitigen Programms. Die Fahrt wurde anschließend nach Königsberg in die russische Exklave fortgesetzt. Zur 750-Jahrfeier der Stadt Königsberg war das Zentrum renoviert worden und die Häuser erhielten einen Anstrich. Kam man aber von dieser Straße ab in die Seitenstraßen, so war es ein schreckliches Bild was aus dem einst schönen Königsberg geworden ist. Von Königsberg fuhren wir zur Kurischen Nehrung und zur Vogelwarte Rossitten. Hier wurde den Gästen erklärt, wie die Vogelwarte auch mit den Deutschen zusammen arbeitet. Nach vielen bedrückenden Bildern vom Königsberger Gebiet setzte man die Fahrt nach Masuren fort und wohnte in der Stadt Lötzen. Es gab Ausflüge zur Wallfahrtskirche Heiligelinde, zur Wolfsschanze, nahe Rastenburg, zum Venedig Masurens nach Nikolaiken und eine Schiffsfahrt auf den masurischen Seen. Es gab eine Folkloreaufführung einer professionellen Gruppe aus Lötzen, und ein Nachmittag war organisiert beim „Deutschen Kulturellen Verein“ in Lötzen. Dieser Verein, (Die deutsche Minderheit), durfte

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Sonntag, 20. November, 10–17 Uhr Bunter Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen im bayerischen Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen. Geboten werden unter anderem ein Bernsteinmarkt, Königsberger Marzipan, Töpfern, Glasbläserarbeiten – das genaue Programm stand zu Redaktionsschluß noch nicht fest. Nähere Informationen bei Ostpreußischen Kulturzentrum in Ellingen, Telefon (0 91 41) 8 64 4-0, Fax: (0 91 41) 86 44-14; Email: info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

Historisches Seminar

Hamburg – Das von der Landsmannschaft Ostpreußen den Vorstandsmitgliedern der örtlichen LO-Gruppen angebotene Historisch-Politische Seminar vom 18. bis 20. November 2005 in Bad Pyrmont ist restlos ausgebucht. Es wird gebeten, von weiteren Anmeldungen Abstand zu nehmen.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 29. Oktober, 11.45 Uhr, WDR: Flußfahrt in Ostpreußen. Die Gilge

Sonnabend, 29. Oktober, 13 Uhr, NDR: Schweinebraten und Tafelspitz. Deutsch-Österreichische Befindlichkeiten

Sonnabend, 29. Oktober, 18 Uhr, 3sat: Tante Ost – Onkel West. Deutsch-deutsche Familiengeschichten. Doku

Sonntag, 30. Oktober, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat. Magazin

Montag, 31. Oktober, 20.15 Uhr, ARD: Luther. Historiendrama

Montag, 31. Oktober, 21.40 Uhr, N 24: D-Day – Materialschlacht in der Normandie

Dienstag, 1. November, 20.15 Uhr, ZDF: Die Luftbrücke. Doku

Mittwoch, 2. November, 20.40 Uhr, Arte: Trauma Versailles. Doku

Mittwoch, 2. November, 23.35 Uhr, MDR: Herr Wichmann von der CDU. Dokufilm

Donnerstag, 3. November, 22.35 Uhr, MDR: Reise in die Hölle. Straflager Workuta. Doku

Donnerstag, 3. November, 20.15 Uhr, RBB: Metropolen des Ostens (1) Danzig. 2. Teil 10. Nov., 20.15 Uhr

Zeitzeuge

Horst Potz berichtet vor 80 Gymnasiasten

Die Zahl der Ostpreußen, die noch aus eigenem Erleben von Flucht und Vertreibung Zeugnis abliefern kann, nimmt ab – um so wichtiger ist es, die Erfahrungen anderen zu vermitteln. So denkt Horst Potz (76), geboren in Popelken im Kreis Labiau. Er sprach in der Aula des Lehrter Gymnasiums in Niedersachsen vor 80 Schülerinnen und Schülern über seine traumatischen Jugenderlebnisse und möchte andere Ostpreußen zur Nachahmung anregen.

„Es war lange Zeit nicht opportun, auf die deutschen Leiden nach dem Zweiten Weltkrieg hinzuweisen“, so der Gymnasiallehrer Uwe Röber zu Beginn der Veranstaltung. Die Zeiten haben sich geändert: Als 16jähriger flüchtete Horst Potz vor der Roten Armee und sprach vor Vertretern der jungen Generation offen darüber. Schüler der zwölften und 13. Klasse hörten zu. „Ich als Ältester der Geschwister mußte die Entscheidung zur Flucht treffen“, berichtete Potz. Bei Minus 25 Grad ging es auf Getreidewagen gen Westen – „keine Zeit darüber nachzudenken, ob man das auch schaffen kann“. Über Pillau und Stettin kam die 13köpfige Familie in Arpke an. Es war eine Reise voller Schrecken: „Eine Mutter warf ihr Baby in die Arme meiner Mutter am Kai, aber es fiel ins eiskalte Wasser – die Mutter hat nur kurz aufgeschrien und sich dann um die anderen Kinder gekümmert“, sagte Potz. Haß empfinde er trotzdem nicht gegenüber den Russen: „Es sind nicht die Menschen, die schlimm sind, sondern der Krieg“. Die Jugendlichen zeigten Verständnis – unter ihnen waren auch Enkel anderer ostpreußischer und ostdeutscher Flucht- und Vertreibungsopfer. Ihre Großeltern hätten oftmals nicht die Kraft, von ihren Erlebnissen zu berichten, sagten einige der Schüler.

sich erst nach 1989 organisieren. Sie erhielten auch Zuschüsse, die aber mittlerweile gestrichen wurden und somit kämpft dieser Personenkreis um kulturelles Überleben. Der Deutsche Kulturelle Verein wurde auch mit einer Geldspende bedacht und die evangelische Kirche in Lötzen. Die Spende für die Kirche wird für die Renovierung der Glocken eingesetzt. Es war ein hervorragender Nachmittag und viele Reisegäste waren begeistert und sagten: „So etwas kennt man bei uns gar nicht mehr.“ Zum Abschluß dieser großen Ostpreußenreise war ein Grillabend organisiert, und die Teilnehmer konnten eine Kutschenfahrt durch den Wald machen. Nach neun Tagen trat man die Heimreise an und es wurde die Stadt Thorn noch besichtigt, und Thorner Katrinchen eingekauft. Trotzdem, daß ein ostpreußischer Landsmann in Lötzen verstorben ist, dieser Tod einen Schatten über die Gruppe warf, waren alle Gäste sehr beeindruckt von dem schönen Ostpreußen und sehr zufrieden. Von dieser Reise muß gesagt werden, es war auch eine Reise der Völkerverständigung, auf die der Vorsitzende, Peter Pott, sehr viel Wert legt. Im Jahr 2007 wird wieder eine große Ostpreußenreise gestartet und es liegen auch schon die ersten Anmeldungen vor.

Schwelm – Sonntag, 13. November, 10.30 Uhr Treffen am Stein in der Döinghauserstr. zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend, 12. November, 16 Uhr Kulturabend in der Heimatstube.

Witten – Sonntag, 13. November, 11 Uhr Treffen zum Volkstrauertag mit BdV-Kranzniederlegung im Lutherpark.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Freiberg – Bericht von der Reise ins Land der dunklen Wälder: Um 4 Uhr morgens machte sich Landsmann Unfried auf den Weg, um in Freiberg die Landsleute Harwardt, Krüger, Lau und Randt einzuladen; denn wir wollten nach Uhlenhorst (Lipki) im nördlichen Ostpreußen fahren. Über die Autobahn gelangten wir nach Dresden, wo sich zu uns noch Landsmann Rockel, Schatzmeister des BdV-Landesverbandes Sachsen, gesellte. Um 8.55 Uhr überquerten wir in Küstrin die deutsch-polnische Grenze. Wir fuhren über Landsberg, Deutsch Krone, Schlochau, Preußisch Stargard, Marienburg, Elbing und erreichten um 17 Uhr Frauenburg mit seiner beeindruckenden Burg, dem Kopernikusdenkmal und verweilten am Gedenkstein für die 450 000 Opfer der Haffüberquerung im Frühjahr 1945. Am Haff stehend, hat sich gewiß jeder für sich die schrecklichen Bilder ausgemalt. Um 18 Uhr standen wir in Braunsberg vor dem Katharinenstift, das uns ein reichliches Abendbrot, Übernachtung und am nächsten Morgen ein stärkendes Frühstück bot. Am nächsten Tag brachen wir bereits vor 8 Uhr in Braunsberg auf und erreichten 8.15 Uhr den Grenzübergang in das Königsberger Gebiet, den wir nach umfangreichen Kontrollen um 9.25 Uhr verlassen konnten, um in Richtung Königsberg weiterzufahren. Vorher mußten wir unsere Uhren vorstellen. In Königsberg angekommen, besichtigten wir den Dom und das Kantdenkmal. Für mich war auch das Überqueren des Pregels ein Erlebnis. Weiter ging unsere Fahrt in Richtung Insterburg. Am Stadtrand am Gestüt und Hotel „Georgenburg“ rasteten wir, verzichteten aber wegen der enormen Preise auf eine Führung. Nach einigen Besorgungen verließen wir Insterburg, stoppten unsere Fahrt jedoch in unmittelbarer Nähe Insterburgs, um einen russisch-deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen, auf dem zikra 4 000 deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges ihre letzte Ruhe fanden. Gegen 17.40 Uhr erreichten wir Uhlenhorst (Lipki). Nach herzlicher Begrüßung durch Familie Kraus bezogen wir unser Quartier in der Begegnungsstätte, an deren Entstehung der BdV-Kreisverband Freiberg großen Anteil hat. Auf dem Weg dorthin stellte Landsmann Unfried bedeutende Veränderungen fest: Es waren ein Brunnenhaus und ein Kinderspielplatz entstanden, die neben dem Nutzen auch das Aussehen des Dorfes verschönten. Nach einem reichlichen und schmackhaften Abendbrot im Hause Kraus ließen den anstrengenden, aber interessanten Tag besinnlich ausklingen. Am Sonnabend nach dem Frühstück, das Landsmann Randt für uns zubereitet hatte, fuhren wir nach Georgenfelde, dem Geburtsort von Landsmann Lau, um Spenden, Fotos, die russische Übersetzung eines Teils der Ortschronik und einen Krankenstuhl zu übergeben. Unterwegs machten wir am Masurischen Kanal, der gereinigt worden war, halt. Nach Lipki zurückgekehrt, fuhren wir nach Gumbinnen mit kurzem Halt in Nemmersdorf, wo ein Denkmal nur an die sowjetischen Opfer erinnert. In Gumbinnen angekommen, besichtigten wir das berühmte Elchdenkmal. Danach ging es weiter nach Trakehnen, wo wir uns zuerst in der „Alten Apotheke“ stärkten. Dabei boten uns zwei deutschsprechende Kinder und ihre Musiklehrerin ein nettes Programm dar. Nach Uhlenhorst zurückgekehrt, erfreuten wir die Dorfbewohner mit einer Grillfete anläßlich des 10jährigen Bestehens der Begegnungsstätte, bei der auch der evangelische Pfarrer zugegen war und in deren Verlauf Dank für die jahrelange vielfältige Unterstützung und Hilfe gesagt wurde. Es wurden auch viele interessante Unterhaltungen geführt. Spät am Abend sahen wir uns noch ein Video über das Entstehen der Begegnungsstätte an. Am Sonntag verließen wir gegen 9.30 Uhr Ortszeit Uhlenhorst, nachdem wir uns herzlich verabschiedet hatten und von guten Wünschen begleitet wurden. Auf der Rückfahrt fuhren wir über Jänichen in Richtung Staashausen, Taplaken, Wehlau, Tapiau bis zum Königsberger Ring über Seligenfeld und Prappeln, dann auf der A194 über Ludwigsort nach Heiligenbeil. Nachdem nach langer Wartezeit alle Formalitäten an der Grenze erledigt waren, konnten wir diese überqueren. Erschöpft erreichten wir Braunsberg und waren froh, im dortigen Katharinenstift ein reichhaltiges Abendessen und eine erholsame Übernachtung zu finden. In allem war der Lebensgrundsatz der Schwestern „Ora et labora! – Bete und arbeite!“ zu spüren. Ausgeruht traten wir am nächsten Tag die Heimreise an. Über Elbing, Danzig, Lauenburg, Stolp mit vorherigem Stop in Lupow, Schlawe, Kösling und Naugard erreichten wir den Grenzübergang in Pomellen und waren am späten Abend wieder in Freiberg. Für mich als Pommer war es eine interessante und erlebnisreiche Fahrt. Beglückend die schier unüberschaubare Weite des wunderschönen Landes, be-drückend allerdings die kilometerweit versteppten Flächen der einstigen Kornkammer Deutschlands. Nur hin und wieder erinnerten Ruinen an einstiges menschliches Leben.

Limbach-Oberfrohna – Bericht der Harzfahrt: Nach drei vorhergegangenen Fahrten 2005, einmal nach Berlin zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen und zwei Fahrten in das Königsberger Gebiet anläßlich 750 Jahre Königsberg, fuhr ein vollbesetzter Bus für sechs Tage in den Harz. Veranstalter war die Gruppe Limbach-Oberfrohna. Deren Vorsitzender Kurt Weihe hatte die Fahrt bestens organisiert und vorbereitet. Das Ziel war Bad Sachsa, jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze – den Reisenden kaum bekannt. Bad Sachsa ist ein kleines sauberes Städtchen mit freundlichen Bewohnern und die Betreiber der Pension „Ursula“ taten ihr Bestes, um die Gäste zu verwöhnen. Ein wunderbares Spätsommerwetter verlockte zu Ausflügen. So führte der erste Ausflug mit der Brockenbahn von „Drei Annan Hohne“ auf den Brockengipfel. Es blieb genügend Zeit, den Gipfel individuell zu erkunden. Bei dem herrlichen Wetter ein Vergnügen. Ein bleibendes Erlebnis war auch die große Harzrundfahrt. Es ging durch Orte und Landschaften, die für uns früher nicht erreichbar waren. Alles zu erwähnen wäre zu umfangreich. Bemerkenswert wäre wohl der Besuch des Welfenschlosses bei Herzberg. Dort in der Gegend befand sich früher die Waffenschmiede des Herrschergeschlechts. Es war möglich, in einer Ausstellung die Büchsenmacherei vom Rohling bis zur Flinte zu verfolgen. Der Höhepunkt war wohl der Besuch der alten Kaiserstadt Goslar. Während einer Fahrt mit der Goslarer Bimmelbahn konnte man in der Altstadt sich in alte Zeiten zurückversetzen und die alten Bauten bewundern. Bei Bad Sachsa wurde das Grenzmuseum besucht. Dort kann man sich über die Geschehnisse an der innerdeutschen Grenze informieren. Auch das Städtchen verlockte zu einem Ladenbummel und der nahe Kurpark bot Entspannung. Die Abende vereinte alle auf der schönen Terrasse des Hauses und zum letzten Abend erfreute uns eine Folkloregruppe mit Zithermusik. Unsere Heimfahrt wurde dazu genutzt, um den Kyffhäuser zu besuchen. Abschließend ein Dankeschön dem Ehepaar Weihe und dem Reiseunternehmen „Hövo“ aus Lichtenstein für diese schöne Fahrt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 10. November, 14 Uhr Jahreshauptversammlung mit Wahl im Bestehornhaus in Aschersleben.

Magdeburg – Freitag, 11. November, 16 Uhr Singeproben im „TUS Neustadt“ – Sonntag, 13. November, 14 Uhr monatliches Gesamttreffen im „SV Post“.

Ostpreußisches Landesmuseum


Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 1. November, 14.30 Uhr begleitet ein Wissenschaftler des Ostpreußischen Landesmuseums in dessen Veranstaltungsreihe „Museum erleben“ den Film „Die Reise nach Tilsit“. Der Film verarbeitet die gleichnamige Erzählung, die der ostpreußische Schriftsteller Hermann Sudermann 1917 schrieb. Es gibt Gelegenheit, bei Kaffee, Tee und Gebäck zu plaudern. – Sonnabend, 4. November, 19.30 Uhr wird der 17. Museumsmarkt im Ostpreußischen Landesmuseum eröffnet (Foto). Der Markt unter dem Motto „Landschaften und Traditionen“ hat am 5. und 6. November geöffnet.

Ausstellung

Haltern – Noch bis zum 2. Dezember ist eine Fotoausstellung über Osterode (Ostpreußen) und Königsberg (Ostpreußen) in der Stadtsparkasse Haltern am See, Koeppstr. 2 zu sehen (montags bis freitags 8–12 und 14–16 Uhr, donnerstags bis 17.30 Uhr).

Ostpreußisches Sommerfest

Hamburg – Terminänderung für das ostpreußische Sommerfest: Das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen im südlichen Ostpreußen findet, anders als bisher angegeben, am Sonntag, 23. Juli 2006 in der Feste Boyen in Lötzen (Ostpreußen) statt.

Westpreußen-Vortrag

Berlin – Donnerstag, 10. November, 18.30 Uhr veranstaltet das Westpreußische Bildungswerk einen Vortrag zum Thema „Essen und Trinken in Westpreußen“ in der „Kommunalen Galerie“ Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin-Wilmersdorf (Fahrverbindung U-Bahn Fehrbelliner Platz). Referentin ist Sibylle Dreher, Berlin.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Mittwoch, 9. November, hält Oberstudiendirektor a.D. Harald Breede den Lichtbild-Vortrag „Königsberg verzeih". Er zeigt in Überblendtechnik alte und neue Aufnahmen, die deutlich machen sollen, was Königsberg angetan wurde.

Kiel – Sonntag, 13. November, 10.30 Uhr Treffen zum Volkstrauertag. Kranzniederlegung am Kreuz für die Toten der Vertreibung auf dem Friedhof Eichhof. Treffpunkt ist der Haupteingang.

Neumünster – Mittwoch, 9. November, 15 Uhr Treffen im Restaurant „Am Kantplatz". Die Ernährungsberaterin Rita Peglow referiert über „Gesund und fit im Alter durch gesunde Ernährung". Gäste sind willkommen. – Bericht vom Erntedank: Bei der Veranstaltung am 12. Oktober konnte die 1. Vorsitzende Brigitte Profé zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Unsere Veranstaltung stand ganz unter dem Motto „Erntedank". Die Geburtstagskinder wurden mit einem Ständchen bedacht. Musikalisch wurde die sangesfreudige Gruppe von Nora Kawlath auf dem Akkordeon begleitet, die den Nachmittag mit Traute Weber musikalisch gestaltete. Über das Erntedankfest, die Bräuche und Bedeutung berichtete B. Profé ausführlich. Wenn nach einem Sommer des Reifens das Korn geschnitten, das Obst gepflückt und die Bodenfrüchte geerntet werden, so ist nicht nur der Bauer zufrieden und dankbar. Es ist immer ein Anlaß für ein frohes Erntedankfest. Erhard Kawlath berichtete vom Deutschlandtreffen und der 750-Jahrfeier in Königsberg. Heinz-Wilhelm Weck und Lieselotte Juckel erzählten übers Reisen nach Rastenburg und Ragnit. Hildegard Podzuhn, Traute Weber und Herr Rudat konnten mit ihren Beiträgen die Zuhörer begeistern. Brigitte Profé las noch aus ihrem Buch heitere Schüleraufsätze vor. Mit einem besinnlichen Gedicht „Dank und Abend" und dem Ostpreußenlied wurde der gemütliche Nachmittag beendet.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Unser Kreistreffen 2005 – Da war was los! So ein Kreistreffen war ja immer ein Höhepunkt des Jahres für uns Heiligenbeiler. Und auch in diesem Jahr war es wieder spitze! Aber Eines nach dem Anderen: Bereits am Freitag trafen sich unsere Paten und Vertreter der Kreisgemeinschaft zum Patenabend. Dieser Abend bei Matjeshering und auch etwas Bärenfang konnte das Verhältnis zu unseren Paten intensivieren, das gegenseitige Verstehen vertiefen. Hier präsentierte dann auch unser 2. Vorsitzender Georg Jenkner das neueste Buch der Kreisgemeinschaft: „Die Güter des Kreises Heiligenbeil". Der Autor, der Architekturhistoriker und Forscher der ostpreußischen Gütergeschichte, Wulf D. Wagner (Berlin), berichtete eindrucksvoll über die Entstehung des Buches. Des weiteren wurde die Bürgermeisterin der Patenstadt Lehrte, Jutta Voss, mit der silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet. Am Sonnabend fand um 11 Uhr im feierlichen Rahmen die Gedenkminute und die Blumenniederlegung am Gedenkstein in Burgdorf statt. Anschließend wurde im Stadtmuseum Burgdorf die Sonderausstellung „Das Kirchspiel Bladiau und seine Dörfer" eröffnet. Neu war dieses Jahr der Bustransfer, der die Landsleute zum Gedenkstein und zurück brachte, für so manchen eine angenehme Erleichterung! Schon ab 9 Uhr war das Veranstaltungszentrum für die Besucher us nah und fern geöffnet. Und hatte es letztes mal noch so hier und da bei der Bewirtung geklemmt, hatte sich dieses Jahr unser Veranstaltungswirt so richtig ins Zeug gelegt und alles klappte wie am Schnürchen. Da war vielleicht ein Leben in den Räumen. Der Büchertisch, der Bernsteinstand und besonders die Bücher der Kreisgemeinschaft waren sehr gefragt. Und fast 700 Heiligenbeiler tummelten sich in den Räumen. Das war ein Wiedersehen! Von der Kreistagssitzung / Mitgliederversammlung wurde bereits berichtet. Sie fand im Veranstaltungszentrum in einem harmonischen Rahmen statt. Hier wurden unter anderem die Kirchspiel- und Stadtvertreter neu gewählt. Jetzt wurden auch die Sondertreffen der Gemeinde Schwengels, des Kirchspiels Bladiau und des Kirchspiels Deutsch-Thierau durchgeführt. Ich denke, das wichtigste bei allem Programm aber blieb das Wiedersehen mit den lieben Menschen, die man oft seit Kindesbeinen kennt. Schade, für jeden, der nicht dabei sein konnte. Aber vielleicht wird es ja was im nächsten Jahr? Ab 16 Uhr präsentierte Wulf D. Wagner Dias zu seinem neuen Buch über „Die Güter des Kreises Heiligenbeil". Der Saal war sehr gut gefüllt mit beeindruckten Zuschauern. Um 18 Uhr begann dann unser „Bunter Abend". Unser Alleinunterhalter sorgte für den musikalischen Rahmen. Leider war der von vielen sehr erwartete Shantychor „Graf Luckner" kurzfristig ausgefallen, da der Leiter des Chores plötzlich erkrankt war. So war unser Programm etwas kürzer. Dafür hatten alle mehr Zeit zum plachandern. Die Volkstanztruppe des „Tanzkreis Lehrte" brachte uns ein buntes Potpourri internationaler Volkstänze. Da kam Stimmung auf. Schließlich stimmte Landsmann Christian Perbandt einige Lieder zum gemeinsamen Singen an. Und ich kann nur sagen, es war schön, all die Landsleute, jung und alt, gemeinsam das Ostpreußenlied singen zu hören. Da kommt kein Chor mit! Schließlich klang der Abend mit Musik, Tanz und Heiterkeit besinnlich aus. Am Sonntag ging es ab 9 Uhr so richtig schön weiter. Ein Höhepunkt war die Feierstunde, die wieder sehr gut besucht war. Vorstandsmitglied Horst Neumann hielt die würdige Totenehrung. Kreisvertreter Siegfried Dreher begrüßte die Gäste, und Hella Zugehör bereicherte die Feierstunde mit ihrem Gedichtvortrag. Das Grußwort für die Patenschaftsvertreter hielt die Lehrter Bürgermeisterin Jutta Voss mit Herz und Charme. Der Höhepunkt aber war der Festvortrag von Lorenz Grimoni über „750 Jahre Königsberg". Er leitete uns ein Stück durch die Geschichte der Stadt und zeigte auf, welches Erbe uns die Kinder dieser Stadt im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich hinterlassen haben. Mit der 3. Strophe des Deutschlandliedes endete die Feierstunde. Aber damit war noch lange nicht Schluß! Noch ungezählte Gespräche wurden geführt. Und viele, viele Erinnerungen wurden ausgetauscht. Ich kann nur sagen, es war ein sehr schönes Treffen, und ich freue mich schon auf das nächste Jahr: am 9. und 10. September im Veranstaltungszentrum Burgdorf!

Ehrungen anläßlich unseres Kreistreffens: Im Rahmen unseres Kreistreffens wurden folgende Persönlichkeiten für ihre Verdienste geehrt: Jutta Voss, Bürgermeisterin unserer Patenstadt Lehrte sowie die sehr erfolgreichen Kirchspielvertreter des Kirchspiels Heiligenbeil-Land, Rudi Helwing und Martin Coch. Wir gratulieren! **Reisen der Kreisgemeinschaft:** Die Stadtvertreterin der Stadt Heiligenbeil, Ursula Godzina, Grietgen-Haaks-Str. 4, 47877 Willich, Telefon: (0 21 54) 73 44, Fax (0 21 54) 81 10 43, lädt zu folgender Reise ein: vom 10.–18. Juni 2006, 9-tägige Reise ab Düsseldorf über Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Reiseroute bis nach Polen. Einige Stationen zur Besichtigung: Danzig, Frische Nehrung, Elbing, Rundfahrt durch den Kreis Heiligenbeil, Pillau, Rauschen, Königsberg, Marienburg, Thorn, Posen. Kosten: Preis p.P. 695 Euro, EZZ 155 Euro, Visagebühr. 55 Euro. Eine weitere Reise wird vom Kirchspielvertreter von Bladiau, Konrad Wien, Hamburger Str. 4, 21224 Rosengarten, Telefon + Fax (0 41 08) 49 08 60 angeboten: Reise in den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Vom 29. April bis 05. Mai 2006 7 Tage: 495 Euro (inkl. Visum) Einzelzimmerzuschlag für die ganze Reise beträgt 75 Euro, 4 Übernachtungen in Heiligenbeil, Übernachtung in Elbing oder Frauenburg auf der Hinfahrt, Übernachtung in Stolp oder Stettin auf der Rückfahrt. Im Fahrtpreis enthalten, pro Person im Doppelzimmer Halbpension, Reise-Rücktritt- und Krankenversicherung-Sondergenehmigung für Pillau, Insolvenzversicherung-Straßen-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Landesmuseum

Noch kein neuer Museumsdirektor

Von ILSE RUDAT

Auf der Jahresversammlung des Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums e.V. zog die Museumsleitung Bilanz – vorerst gibt es keinen neuen Direktor.

Zur diesjährigen Mitgliederversammlung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg konnte der erste Vorsitzende Hubertus Hilgendorff 19 Teilnehmer begrüßen, darunter Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg. Nach der Genehmigung des letztjährigen Protokolls begann Hubertus Hilgendorff mit seinem Bericht. Er informierte unter anderem darüber, daß es bis dato noch keinen neuen Museumsdirektor gäbe. Als erfreulich bezeichnete er es, daß das Lüneburger Ostpreußische Landesmuseum durch Ankauf jetzt auf eigenem Grund und Boden stünde.

Dr. Christian Hinkelmann berichtete dann über die Arbeit des Museums. Bis September dieses Jahres konnte das Museum 15 941 Besucher verbuchen. Eine sehr gut angenommene Attraktion wäre die „Museumsnacht" und das Feiern von Kindergeburtstagen. Für das nächstjährige Programm vertraue man auf die in Aussicht gestellte Projektförderung, insbesondere für die geplanten Ausstellungen.

Nach den Berichten der Schatzmeisterin Klimmek, der Kassenprüfer und der Entlastung des Vorstandes bestätigte das Auditorium den Haushaltsplan 2006. Dann wurde unter der Leitung von Klaus Weigelt gewählt. Der amtierende Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Erster Vorsitzende Hubertus Hilgendorff, erster Stellvertreter Professor Bloech, zweiter Stellvertreter Joachim Rudat, Schatzmeisterin Frau Klimmek, Vertreter aus dem Verein der Freunde Klaus Stammer und Armin Eschment, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Wilhelm v. Gottberg als geborenes Mitglied, Dr. Barbara Löffke als Vertreterin des Vereins der Förderer, Kassenprüferin Kollmeyer und Landsmann Hagen. Alle Genannten wurden einstimmig gewählt.

Hubertus Hilgendorff bedankte sich bei allen Anwesenden und nannte als Termin für die nächstjährige Mitgliederversammlung im Lüneburger Museum den 30. September 2006.

und Grenzgebühren-Deutschsprachige Reiseleitung während der Reise im modernen Panorama Reisebus mit Theaterbestuhlung. Reiseunterlagen können bei Ldm. Konrad Wien, Hamburger Str.4, 21224 Rosengarten, angefordert werden, Telefon ab 18 Uhr (0 41 08) 49 08 60, Anmeldung für die Fahrt bis 1. Januar 2006.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24

Geschäftsstelle: Die Geschäftsstelle ist vom 28. Oktober bis 25. November geschlossen. In diesem Zeitraum gewünschte Führungen durch unser Samland-Museum bitte mit drei Tagen Vorlauf im Foyer des Preußen-Museums, Telefon (05 71) 8 37 28 24 anmelden.

Ostpreußen-Kalender: Der Ostpreußenkalender 2006 ist da! Nähere Informationen bei Herbert Laubenstein, Telefon / Fax (0 23 32) 8 05 77.

Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg – Vor 55 Jahren wurde die Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) e.V. gegründet; vor 50 Jahren übernahm der Landkreis Minden (heute Landkreis Minden-Lübbecke) die Patenschaft über die Kreisgemeinschaft. Dieses Doppeljubiläum hat die Kreisgemeinschaft am Wochenende des 3. und 4. September 2005 in Minden feierlich begangen. Schon am Sonnabend fand ein wichtiges Ereignis statt: Die Eröffnung des Samland-Museums, das sich aus der Heimatstube im Kreisjugendheim auf der Lutternschen Egge im Jahre 1955 über das Ostpreußenzimmer im neuen Verwaltungsgebäude des Landkreises im Jahre 1976 schließlich zum Samland-Museum entwickelt hat. In idealer Umgebung – in der obersten Etage des Preußen-Museums kann die Heimatkreisgemeinschaft eine Fülle interessanter Exponate ausstellen, die einen guten Überblick über Geschichte, Wirtschaft, Kultur und die daraus resultierenden Lebensverhältnisse der Bevölkerung des Landkreises Königsberg bis Kriegsende vermitteln. Auch über die heutigen Gegebenheiten wird vieles zusammengetragen, soweit das im ehemaligen Landkreis möglich ist. Herr Schirrmacher, der Koordinator des Museums, führte an beiden Tagen viele wißbegierige Landsleute und andere Gäste durch die Ausstellung und konnte die Exponate interessierten Besuchern erläutern. Es sollte natürlich auch an das Kriegsende vor 60 Jahren erinnert werde, und deshalb waren wir Herrn Heinz Schön, der den meisten Ostpreußen vom Fernsehen und aus seinen Büchern bekannt ist, dankbar, daß er einen Vortrag über die dramatische Zeit hielt und den Film „Nacht über Gotenhafen“ zeigte. Herr Schön, Überlebender des Gustloffkatastrophe, hat allen noch einmal die Schrecknisse des Krieges vor Augen geführt und besonders die, die diese Geschehnisse miterlebt haben, tief bewegt. Ruth Schlott, Königsbergerin, jetzt aus Weimar kommend, hat mit dem Gedicht „Frieden“ von Ricarda Huch den Vortrag von Herrn Schön eindrucksvoll unterstrichen. Der Abend war einem gemütlichen Beisammensein mit Musik und Begegnung gewidmet. Der Sonntag begann mit der Kranzniederlegung an dem mit den Wappen der Städte Königsberg (Entfernung 925 km von Minden) und Berlin (Entfernung 355 km von Minden) geschmückten Gedenkstein an der Portabrücke bei Barkhausen. Herbert Laubstein hielt eine kurze eindrucksvolle Ansprache, in der er der Toten gedachte und die Lebenden ermahnte, sich stets dieser schrecklichen Ereignisse bewußt zu sein, die so viele Opfer gefordert hatten. Die Feierstunde im Hotel Bad Minden, begleitet von festlicher Musik, ausgeführt von Mitgliedern der Musikschule Minden, und von Agnes-Miegel-Gedichten, die Ruth Schlott sprach, wurde eingeleitet mit einem Grußwort der Kreisvertreterin Gisela Broschei. Das Hauptaugenmerk legte sie auf die in Vergangenheit und Gegenwart vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Patenschaftskreis Minden-Lübbecke. Sie dankte insbesondere dem Landrat, Wilhelm Krömer, für Fürsorge und Treue, die der Kreis seinem „Patenkind“ über Jahrzehnte hat angedeihen lassen. Wichtig war auch, zum Ausdruck zu bringen, wie sich die Arbeit für die Vertriebenen des Landkreises Königsberg entwickelt hat und daß diese nicht überflüssig geworden ist, vielmehr der Initiative der dafür Verantwortlichen, aber auch der Mitarbeit vieler Landsleute bedarf. Einem Ehepaar aus unserem Kreis, Bruno Berner und seiner Frau Irmgard, konnte die Kreisvertreterin für ihre Großzügigkeit von Herzen danken. Beide hatten eine Ausstellung im sog. Ständersaal des Preußen-Museums ermöglicht, in der auf zehn großen Bildtafel an Flucht und Vertreibung vor 60 Jahren erinnert wird. Die Kreisvertreterin ehrte das Ehepaar Berner mit einer Ehrenurkunde „für ihr besonderes Engagement und die großzügige Unterstützung der landsmannschaftlichen Arbeit“ und überreichte ihnen den Wappenteller der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) e.V. Landrat Krömer bekannte sich in seinem Grußwort zu den Patenaufgaben des Kreises, so wie sie in den vergangenen 50 Jahren geleistet wurden. Er betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Königsberg während der letzten 50 Jahre und wünschte insbesondere dem Heimatkreis viel Erfolg bei seiner Museumsarbeit, aber auch bei der Arbeit vor Ort in Ostpreußen. Bernd Posselt, MdEP, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland e.V. und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen hielt die Festansprache. Mit viel Schwung und Engagement für die Vertriebenenbelange zog er die Zuschauerin seinen Bann. Anhand seiner Arbeit als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landmannschaft konnte er von seinen Aktivitäten und auch den Erfolgen berichten, die diese Landsmannschaft in den letzten Jahren erzielen konnte. Wenngleich die Verhältnisse im früheren Sudetenland nicht mit denen im heutigen Nordostpreußen zu vergleichen sind, so tat das Selbstbewußtsein, mit dem Herr Posselt für die Interessen der Sudetendeutschen eintritt, gut. Seine Rede wurde mit viel Beifall bedacht.

Die deutsche Nationalhymne beschloß den offiziellen Teil der Veranstaltung. Ich möchte es nicht versäumen, allen, die an der Gestaltung des Treffens mitgewirkt habe, auf das herzlichste zu danken. Das waren an erster Stelle der Geschäftsführer des Heimatkreises und der Koordinator des Samland-Museums sowie die Ausschußmitglieder; aber auch die Angehörigen von Herrn Mückenberger und Herrn Schirmacher schenkten den Landsleuten ein ganzes Wochenende. Im Anschluß an das offizielle Programm fanden wieder viele Landsleute den Weg ins Samland-Museum, und manch einer ließ das Treffen bei Kaffee und Kuchen in der Cafeteria des Preußen-Museums ausklingen. Nicht unerwähnt bleiben soll auch die fröhliche und herzliche Atmosphäre, die während des ganzen Treffens herrschte. Geradezu gerührt und erfreut war die Kreisvertreterin über das Geschenk von Herrn Milkereit aus Gutenfeld. Er überreichte ein kupfergetriebenes Doppelwappen mit „Samlandritter“, Symbol des Landkreises Königsberg, und dem „Schlüssel“, Symbol des Landkreises Minden-Lübbecke. Ein Ehrenplatz ist dieser schönen Handarbeit sicher. Auf zwei Dinge darf ich Sie noch weiter hinweisen: Wir haben zu den genannten Jubiläen eine Festschrift herausgebracht, die viele interessante Beiträge zur Geschichte und Kultur unserer Heimat enthält, und unser Landsmann, Herbert Laubstein, hat eine schönen Ostpreußenkalender gestaltet, der Foto aus ganz Ostpreußen enthält. Die Festschrift kann bei der Geschäftstelle in Minden angefordert werden; der Kalender ist für 10 Euro bei Herrn Laubstein, Amselstraße 29, 58285 Gevelsberg, Telefon/Fax (0 23 32) 8 07 55 zu bestellen.



TREUBURG

Kreisvertreter: Dr.-Ing. Heinrich Matthée, Wilkiensweg 5, 49525 Lengerich, Telefon (0 54 81) 8 14 74 (p). Geschäftsstelle: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (0 28 33) 39 84, Fax (0 28 33) 39 70. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon: (00 48) 8 75 20 – 31 80.

Nachruf für Michaela Dabrowska – Mit großer Bestürzung und Trauer haben wir erfahren, daß Michaela Dabrowska, unsere Michaela, am 29. August ihrer heimtückischen Krankheit erlegen ist. Michaela Herrmann wurde am 9. Februar 1936 in Bischofstein in Ostpreußen geboren. 1945 gelang es ihrer Familie nicht mehr, die Flucht aus Ostpreußen anzutreten und so kam nach dem frühen Tod ihrer Mutter die kleine Michaela in eine polnische Pflegefamilie. Es folgten schwere Jahre der Anpassung an die vollkommen veränderten Verhältnisse. Das Leben verschlug Michaela dann nach Olecko, unserem Treuburg, wo sie Arbeit fand und mit ihrem mann Pawel Dabrowski eine Familie gründete. Als Anfang der 80er Jahre die Zahl der Reisenden in unsere Heimat zunahm, berichteten sie von Michaela, die ihnen bei ihren Aufenthalten mit Rat und Hilfe zur Seite gestanden habe, und so suchten viele der Heimatreisenden sie auf, um von ihr bei den Aufenthalten in der Heimat Hilfe zu bekommen, sei es beim Dolmetschen der Gespräche mit den neuen polnischen Bewohnern oder bei Fragen bei Behörden. Sie scharte die in der Heimat verbliebenen ehemaligen Deutschen um sich, knüpfte Verbindungen und konnte so manches Leid der Heimatverbliebenen lindern. Als dann in Polen der Umschwung kam und sich die ehemaligen Deutschen zu ihrer Herkunft bekennen durften, war es nur natürlich, daß Michaela bei der Gründung des Vereins der Deutschen Volksgruppe im Jahre 1991 zu dessen Vorsitzender gewählt wurde. In dieser Zeit half sie den in der Heimat verbliebenen ehemaligen Deutschen besonders bei der Beschaffung der so wichtigen deutschen Pässe beim Deutschen Konsulat in Danzig. Wegen ihrer Krankheit gab Michaela im Jahr 2004 dann den Vorsitz des Vereins der deutschen Volksgruppe ab und wurde zu dessen Ehrenvorsitzender gewählt. Aber nach wie vor stand sie allen, die in die Heimat fuhren, hilfreich zur Seite. Wenn man sie nach ihrem Ergehen fragte, erhielt man meist die Antwort „gut“. Sie nahm die Tage, die ihr bleiben, als Geschenk an und kämpfte beharrlich bis zum Schluß gegen die Krankheit an. Wir verlieren mit ihrem Tod wieder ein Stückchen Heimat. Sie wird uns bei unseren Reisen dorthin sehr fehlen. Am 31. August 2005 wurde Michaela auf dem alten katholischen Friedhof zur letzten Ruhe gebettet. Ein Weg zu ihrem Grab wird uns bei unseren Besuchen in der Heimat ein Anliegen sein. Unser Mitgefühl gilt Michaelas Familie. Die Kreisgemeinschaft Treuburg und alle, die sie kannten, werden Michaela Dabrowska ein ehrendes Andenken bewahren.

Sie hatten beide gebaut

Unterhaltsam-nachdenkliches von einer Rast an der Autobahn

Von Willi Wegner

Während einer Rast am Rande der Autobahn kamen dieser Tage zwei Männer ins Gespräch. Ein älterer und ein jüngerer. Sie sahen beide nicht sehr glücklich aus – und wahrscheinlich war es das, was sie einander näherbrachte. „Stimmt etwas nicht mit Ihrem Wagen?“ fragte der ältere der Männer. „Dank der Nachfrage, nein – alles in Ordnung“, sagte der jüngere. „Oder macht Ihnen das Wetter zu schaffen?“ „Nein. Aber, wissen Sie, ich habe gebaut. Das heißt, ich baue noch!“ „Und?“ „Ich baue schon seit drei Jahren“, sagte der jüngere Mann. „Ein Haus. Ein Eigenheim. Aber es wird und wird nicht fertig. Die Preise, verstehen Sie? Sie laufen einem glatt davon... Da haben Sie den guten Willen, etwas Bleibendes zu schaffen, aber man bittet Sie immer wieder zur Kasse, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht. Wenn ich Ihnen einen guten Rat geben darf, mein Herr: Bauen Sie nie!!“ „Ihr Rat kommt leider zu spät“, erwiderte der ältere Mann resigniert. „Sie bauen ebenfalls?“ „Ich habe gebaut! Aber das ist schon lange her. Sehr lange. Inzwischen sind schon allerlei Reparaturen und Ausbesserungen angefallen... Ach, sind Sie mal so nett und helfen Sie mir, den Wasserkanister aus dem Wagen zu heben? Mein Kreuz will nicht mehr so recht.“

Gemeinsam hoben die beiden Männer den Wasserkanister aus dem Kofferraum des Wagens. „Und wohin damit?“ fragte der jüngere Mann. „Dort an den Rand der Schonung“, sagte der ältere Mann, „gleich neben die große Birke.“ Zu zweit machten sich die Männer auf den Weg. „Sie stammen nicht aus dieser Gegend,“ fragte der jüngere Mann, „wie ich an Ihrem Nummernschild erkennen konnte?“ „Nein“, erwiderte der ältere Mann. „Seit ich das letzte Mal hier war, sind viele Jahre vergangen. Sehr viele Jahre.“ „Was haben Sie denn für ein Haus gebaut?“ fragte der jüngere Mann mit neu erwachtem Interesse. „Überhaupt kein Haus!“ „Sondern?“ „Schon mal was von RAD gehört?“ „Natürlich! Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschland. ARD. Fernsehen, 1. Programm...“ „Nein, mein lieber junger Freund“, erwiderte der ältere Mann, „das meine ich nicht.“ „Sondern?“ „Nicht ARD, sondern RAD. Was ich meine, war der sogenannte Reichsarbeitsdienst, der RAD. Für den habe ich gebaut. Zwölf Monate lang. Vor vielen, vielen Jahren. Und zwar hier, genau hier, an diesem Streckenabschnitt. Als ich nun vor einigen Tagen in der Zeitung las, daß man vielleicht von uns ohnehin schon benzinpreiserhöhungsgeplagten Pkw-Fahrern eine Straßenbenutzungsgebühr erheben will, da hat es mich einfach mal wieder hergetrieben...“

Die beiden Männer hatten inzwischen den Rand der Schonung erreicht. „... und nun habe ich vorhin an dieser Stelle einen kleinen Ableger gesetzt“, fuhr der ältere Mann traurig fort. „Hoffentlich geht er an. Schade, daß hier kein Bach vorbeifließt, das wäre ideal. Aber vielleicht genügt es, daß er jetzt erst einmal gut gegossen wird.“ Er öffnete den Kanister. Der jüngere Mann meinte: „Sie könnten öfter herkommen und gießen.“ „Ja, aber das kostet Benzin, und Benzin wird ja immer teurer!“ Er überlegte, der ältere Mann, und er sah nun noch älter aus. „Aber Sie haben recht“, sagte er, „ ich werde öfter herkommen, auch wenn die Benzinpreise weiter steigen. Dann essen wir eben weniger. Hauptsache, es wird hier immer schön nachgegossen.“

Der junge Mann betrachtete das grüne Etwas neben dem Stamm der Birke und fragte: „Was soll denn das überhaupt werden? Auch eine Birke?“ „Nein“, antwortete der alte Mann. „Eine Trauerweide!“

Ein schwacher Fürst in schwerer Zeit

Die Regierungszeit des vor 410 Jahren geborenen Hohenzollernherrschers Georg Wilhelm war von Krieg überschattet

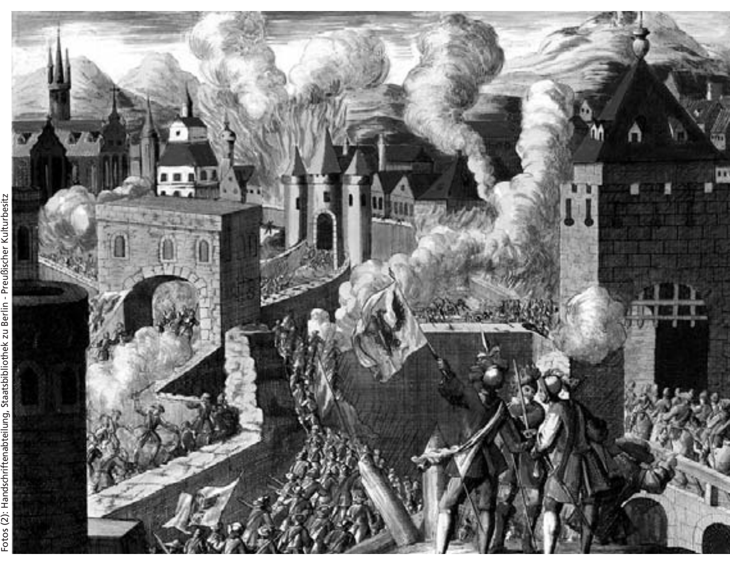
Von Manuel Ruoff

Kaum etwas spiegelt den Zeitgeist und die hinter ihm stehenden Machtverhältnisse derart wider wie die jeweilige Mode in der Geschichtsschreibung. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch für vorausgegangene Epochen. Hier bildet die Beurteilung der Preußenherrscher keine Ausnahme. In der Zeit der sogenannten borussischen, kleindeutschen Geschichtsschreibung wurden Herrscher an Eigenschaften wie Sparsamkeit, Männlichkeit, Härte, Stärke, Entschlossenheit, Gradlinigkeit, Offenheit und militärische Haltung gemessen, wie sie der „Soldatenkönig“ gemeinhin verkörperte. Bei einem solchen Maßstab konnte Brandenburgs Kurfürst Georg Wilhelm nur schlecht wegkommen. Der Vorgänger und Vater des Großen Kurfürsten war nämlich keine heroische Erscheinung, körperlich gebrechlich wegen eines unheilbaren Beinleidens, fast nur in der Sänfte mobil, ein schlechter Feldherr, raschen, gar kühnen Entschlüssen abgeneigt, dafür sinnlichen Genüssen, vor allem denen des Gaumens, um so mehr zugetan. Und so galt Georg Wilhelm als der schwächste aller Hohenzollernregenten.

Das Deutsche Reich wurde erst in West- und inzwischen auch in Mitteldeutschland durch die Bundesrepublik abgelöst, und das blieb nicht ohne Wirkung. In der heutigen bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft sind Sparsamkeit und Schuldenfreiheit der politischen Führung keine ernsthaften Ziele mehr, statt zur Bescheidenheit wird zu Spaß und Selbstverwirklichung aufgerufen, die Diplomatie besitzt als Folge der nationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und auch der Reeducation ein besseres Image als das Militär, öffentlich werden „Softies“ statt „Machos“ gefordert, klassisch als männlich geltende Eigenschaften werden im Zuge der Emanzipation als Führungsqualitäten in Frage gestellt oder zumindest relativiert, und körperlich Behinderte werden nicht mehr als „Krüppel“ diskriminiert.

Angesichts dieser Veränderungen kann es nicht verwundern, daß ebenso wie die Beurteilung





Kupferstich Georg Wilhelms aus dem Jahre 1707 (oben); zeitgenössischer Kupferstich, der die Erstürmung Magdeburgs durch die kaiserlichen Truppen unter Johann Graf von Tilly am 20. Mai 1631 einschließlich des Feuers unbekannten Ursprungs zeigt, das die Stadt in Schutt und Asche legte (rechts)

Fotos (2): Handschriftenabteilung, Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz

des „Soldatenkönigs“ auch die Georg Wilhelms nicht mehr so eindeutig ist wie früher. So verweist beispielsweise Frank-Lothar Kroll in seiner Sammelbiographie über „Preußens Herrscher“ zur Relativierung der an Georg Wilhelm angebrachten Kritik auf die ungünstigen Ausgangs- und Rahmenbedingungen seiner Regentschaft.

In der Tat waren diese Bedingungen in zweierlei Hinsicht schwierig. Der von Georg Wilhelm im Alter von 24 Jahren übernommene Herrschaftsbereich war alles andere als ein arrondiertes Staatsgebiet. Erst unter seinem Vater und Vorgänger waren zum mitteldeutschen Kerngebiet um Brandenburg in Deutschlands Westen die kleinen zersplitterten Grafschaften Mark und Ravensberg sowie das Herzogtum Kleve und in Deutschlands äußerstem Osten das außerhalb der Grenzen des Heiligen Reiches gelegene Herzogtum Preußen hinzugekommen. So zerstreut der Besitz war, so schwer war er zu verteidigen. Zudem erbrachte die Streuung und die erst kurze gemeinsame Geschichte noch kaum die Möglichkeit zur Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls.

Als eine noch größere Belastung sollte sich der Dreißigjährige Krieg erweisen, der Georg Wilhelms gesamte Regentschaft überschattete. Als die Regierungszeit des Hohenzollern begann, lag der Prager Fenstersturz ein Jahr zurück. 1618 hatten in Prag Protestanten zwei Statthalter des katholischen Kaisers aus ihren Amtsräumen im Hradschin aus dem Fenster in den Burggraben geworfen und damit den böhmischen Aufstand ausgelöst. Protestantische Fürsten des Heiligen Reiches und der ebenfalls protestantische König Dänemarks solidarisierten sich mit den Aufständischen, während katholische Reichsfürsten an die Seite des Kaisers traten, und so eskalierte der Aufstand zum Krieg.

Obwohl Georg Wilhelm nicht Partei für seine Glaubensbrüder ergriff, sondern sich offiziell neutral verhielt, wurde die Mark Brandenburg Kriegsschauplatz in der Auseinandersetzung zwischen protestantischen und kaiserlichen Truppen. Die Katholiken obsiegten in dieser ersten Etappe des Krieges, und obwohl Protestant, versuchte Georg Wilhelm, mit den Siegern zu paktieren. Nachdem er vorher jahrelang als einziger Kurfürst die Anerkennung der Kurtranslation verweigert hatte, erkannte er 1627 die Übertragung der Kurwürde von der reformierten pfälzischen auf die katholische bayerische Linie der Wittelsbacher an und erklärte sich darüber hinaus mit der Einquartierung kaiserlicher Truppen in der Mark einverstanden. Georg Wilhelms Parteinahme für den Kaiser hinderten dessen Truppen jedoch nicht daran, sich in der Mark wie Besatzer aufzuführen.

Nun aus der Neutralität zu den siegreichen Katholiken herübergeschwenkt, deren Sieg im Friede von Lübeck aus dem Jahre 1629 seine Manifestation fand, war Georg Wilhelm im Folgejahr erneut vor die Qual der Wahl gestellt. 1630 landete sein Schwager König Gustav Adolf von Schweden mit einem Heer in Vorpommern, um die Kaiserlichen Richtung Süden zurückzudrängen, was er denn auch mit großem Erfolg tat. Widerstrebend schloß sich Georg Wilhelm, der die Rache des Kaisers fürchtete, im Folgejahr ohne förmliches Bündnis dem bereits in sein Land einmarschierten Ehemann seiner Schwester Marie Eleonore an.

Nachdem seine Truppen 1633 vor denen Albrecht von Wallensteins hatten kapitulieren müssen, verharrte Georg Wilhelm zunächst im Bund mit Schweden, um sich dann aber doch wieder dem Kaiser zuzuwenden. Nichtsdestotrotz blieben Gustav Adolfs Soldaten im Land und beherrschten die Mark. Anfänglich schlug den lutherischen Glaubensgenossen von jenseits der Ostsee in der brandenburgischen Bevölkerung ungeachtet des erneuten Schwenks des Kurfürsten große Sympathie entgegen, die allerdings durch die Lasten der Besatzung zumindest eingetrübt wurden.

Schweden trug mit seinen Besatzungslasten nicht nur das Seine zur Ausbeutung der Mark bei, sondern verhinderte 1637 auch, daß Pommern nach dem Tode des letzten Herzogs entsprechend der alten Erbverträge an Brandenburg fiel. Resignierend zog sich Georg Wilhelm im Folgejahr aus dem verwüsteten Brandenburg in Preußens Hauptstadt Königsberg zurück, wohin er sich schon in den Jahren 1627 bis 1630 vor den Wirren des Krieges geflüchtet hatte. Hier starb der am 3. November 1598 Geborene am 1. Dezember 1640.

Der Dreißigjährige Krieg sollte noch acht Jahre dauern. Aus diesem Kriege, von dem Brandenburg durch die Besetzung fremder Truppen wie kaum ein anderes Fürstentum in Mitteleidenschaft gezogen wurde, sowie aus der Zersplitterung und Heterogenität des Herrschaftsgebietes sollte erst sein Nachfolger und Sohn, der Große Kurfürst, relevante Konsequenzen ziehen. Dieser nämlich verdreifachte fast das stehende Heer von 8000 auf 23 000 Mann und schuf die brandenburgisch-preußische Staatsnation.

Der Kapitän der Weltmeisterelf von 1954

Am 31. Oktober wäre der erste Ehrenspielführer des Deutschen Fußballbundes Fritz Walter 85 Jahre alt geworden

Von Ilse Hennigs

Am 31. Oktober 1920 wird Fritz Walter in Kaiserslautern als ältester von fünf Söhnen geboren. Sein Vater ist Wirt der Vereinsgaststätte des 1. FC Kaiserslautern, dem der Sohn sein Leben lang verbunden bleiben wird. 1928 wird der Junge Mitglied der Schülermannschaft des Vereins. Bis 1937 bringt er es bis zum Stürmer in der ersten Mannschaft des Fußballclubs. Im Zweiten Weltkrieg spielt Walter erstmals in der Fußballnationalmannschaft seines Landes. Bereits sein erster Auftritt in der Elite-Elf macht den damals erst 19jährigen Pfälzer mit einem Schlag landesweit berühmt. Er schoß beim 9:3-Sieg Deutschlands am 14. März 1940 in Frankfurt gegen Rumänien auf Anhieb drei Tore. Sein Trainer ist schon damals Sepp Herberger.

Mit dem Spielen ist 1942 jedoch erst einmal Schluß. Walter wird in die Wehrmacht eingezogen und gerät im Laufe des Krieges in russische Gefangenschaft. Er hat jedoch das Glück, bereits Ende 1945 wieder nach Deutschland zurückkehren zu können.

Er kann wieder spielen. Fünf Mal zwischen 1948 und 1955 stehen die „Roten Teufel vom Betzenberg“, die in den 50er Jahren in der Öffentlichkeit den ehrenden Namen „Walter-Elf“ erhalten, im deutschen Endspiel. Beim ersten Nachkriegsendspiel scheitern sie noch am 1. FC Nürnberg mit 1:2. 1951 gegen Preußen Münster und 1953 gegen den VfB Stuttgart gehen sie jedoch mit einem 2:1 beziehungsweise 4:1 als Meister vom Platz. 1953 ist es auch, daß Walter mit 38 Toren Torschützenkönig der Oberliga Südwest wird. Seine einzigartige Begabung wird zum Beispiel bei einem Spiel des FCK gegen Wismut Aue 1956 in Leipzig deutlich: Nach vorne springend bugsiert er das Leder mit den Hacken über die Linie – nicht selten wird dieser Treffer als „Jahrhunderttor“ bezeichnet. Bis 1959 spielt Fritz Walter für „seinen“ 1. FC Kaiserslautern, schlägt zwischenzeitlich lukrative Angebote aus Frankreich und Spanien aus.

Internationalen Ruhm erlangt Fritz Walter jedoch in und mit der deutschen Nationalmannschaft. Sein erstes Nachkriegstor in deren schwarz-weißem Dreß schießt Walter 1951 in einem Länderspiel gegen die Schweiz.

Die Zuschauer der Fußballweltmeisterschaft 1954 in Bern erleben den Ausnahmesportler dann als Kapitän und Regisseur der Nationalmannschaft seines Landes. Deutschland gewinnt nach dem für die Öffentlichkeit völlig überraschenden 3:2-Sieg über den Favoriten Ungarn im Wankdorfstadion von Bern diese Meisterschaft, deren Bedeutung für die Psyche der Deutschen, und nicht nur der Westdeutschen, kaum überschätzt werden kann.

Die nächste Weltmeisterschaft von 1958 wird Walters letzte als teilnehmender Spieler. Nach dem mit 1:3 verlorenen Halbfinalspiel gegen Gastgeber Schweden verläßt der inzwischen 37jährige die Nationalmannschaft. Bis dahin hatte er 30mal die Binde des Kapitäns am Oberarm getragen und in insgesamt 61 Länderspielen 33 Tore für sein Land geschossen. Dem Ausscheiden aus der Nationalelf folgte kurz darauf die Beendigung seiner Karriere als Spieler des 1. FC Kaiserslautern.

Nachdem er 1959 nach 379 Meisterschaftsspielen und 306 Toren für den 1. FCK die Fußballschuhe an den Nagel gehängt hat, wendet er sich der Werbung zu und findet als Repräsentant eines großen Sportartikelherstellers einen neuen Beruf. Als Repräsentant der neugegründeten Sepp-Herberger-Stiftung engagiert er sich ab 1976 mit viel Einsatz für die Resozialisierung jugendlicher Straftäter. 1998 legt er diese Aufgabe aus gesundheitlichen Gründen in die Hände seines einstigen Mannschaftskollegen Horst Eckel. Bis zu seinem Tod war Fritz Walter bemüht, das soziale Vermächtnis des von ihm verehrten „Chefs“ Sepp Herberger weiterzuführen.

In der „Fritz-Walter-Stiftung“ lebt der Name des über den Fußball hinaus weltweit populären Fußballers weiter. Des weiteren trägt seit seinem 65. Geburtstag die Arena auf dem Betzenberg seinen Namen. Die von ihm als Trainingsgerät entwickelte Torwand erlangte durch das „Aktuelle Sportstudio“ nationale Bekanntheit und ziert inzwischen unzählige Sport- und Spielstätten

Als WM-Botschafter war der erste Ehrenspielführer des DFB maßgeblich daran beteiligt, daß Kaiserslautern einer der Austragungsorte der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sein wird. Seinen letzten großen öffentlichen Auftritt hatte er am 5. Dezember 2001, als die Lauterer Delegation in Frankfurt am Main ihre Bewerbungsunterlagen beim Organisationskomitee abgab. „Wenn ich mit meinem Bruder Ottmar und Horst Eckel auf die Tribüne des Fritz-Walter-Stadions gehen darf, um WM-Spiele zu sehen“, sagte er damals, „dann wäre das für mich das Größte, dann wäre ich dem lieben Gott dankbar.“ Dieses wird Fritz Walter nicht mehr vergönnt sein. Am 17. Juni 2002 verstarb der Kapitän der Fußballweltmeistermannschaft von 1954 im Alter von 81 Jahren in seinem Haus in Enkenbach-Alsenborn.



Foto: Deutsches Historisches Museum

Fritz Walter mit dem Weltmeisterpokal beim Triumphzug durch München am 6. Juli 1954



Abstoßend und faszinierend

Provozierender Film über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Königsbergs

Königsberg is dead" – „Königsberg ist tot" – lautet der ziemlich provokante Titel der vorliegenden DvD. Provozierend ist auch der ganze 73minütige Film. Rasant wird der Zuschauer mit einer ständig thematisch wechselnden Bildfolge, mit den unterschiedlichsten Aussagen und Darstellungen konfrontiert. Abstoßend und doch faszinierend zugleich rasen die Szenenfolgen vorbei, ohne das eine Hintergrundstimme das Gezeigte kommentiert, dafür werden die Bilder aber von einem Hintergrundton begleitet, der häufig nicht zu dem Gezeigten paßt, dem gar widerspricht. Alles ist so verwirrend, das der Zuschauer nicht einmal eine Ahnung davon hat, wo die Filmemacher stehen. Doch worum geht es eigentlich?

Ja, um Königsberg! Max und Gilbert – wer auch immer das sein mögen, es heißt nur „ein Film von Max und Gilbert" und daß sie ihre Nachnamen nicht preisgeben wollen – haben eine traurig, freche filmische Collage gemacht. Sie zeigen Bilder vom alten Königsberg, Szenen von alten Wochenschauen, Sequenzen von Filmen über die Ordensritter oder den russischen Volkshelden Alexander Newski sowie Aufnahmen von der heutigen Stadt. Mittendrin sind immer wieder Interviews hineingeschnitten. Bekannte Zeitzeugen wie Hildegard Rauschenbach oder Michael Wieck, unbekannte Zeitzeugen, die beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2002 in Leipzig befragt wurden, aber auch Experten wie den im Königsberg der Gegenwart an der Albertina tätigen Professor Gilmanov, Historiker, den Leiter der deutschen Handelskammer in der Pregelmetropole, leitende Verwaltungsangestellte von Archiven oder für das Thema zuständige Behörden.

Einmalige Archivaufnahmen vom brennenden Königsberg werden von Wochenschaukommentaren oder Zeitzeugenberichten untermalt. Zwischendurch singt Zarah Leander „Davon geht die Welt nicht unter". Dann wieder Schnitt, Szenenwechsel, friedliche Halle beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen, gealterte Zeitzeugen berichten, Schnitt brennendes Königsberg, Schnitt unberührte ostpreußische Landschaft.

Besonders beeindruckend sind die Interviews mit Michael Wieck und Elvira Syroga. Beide Aussagen werden in schnell wechselnder Folge nacheinander eingeblendet, beide sitzen in einem wild blühenden Garten, beide erzählen von ihrer Zeit in Königsberg nach Kriegsende, von Hunger, Elend, Tod, Leichen. Spätestens hier zeigt sich, daß die Filmemacher wissen, was sie da machen. Ihr Szenenwechsel ist nicht nur moderner Schnickschnack, er ist ein Stilmittel, der die Bilder gerade durch den abrupten Wechsel stärker wirken läßt.

„Der Mythos", „Atlantis der Ostsee", „Gestohlenes Land", „Aufmarschgebiet", „Vernichtung", „Selbstvernichtung", „Oblast", „Aufbau", „Identität", lauten einige der Kapitelnamen, die immer mit einem markanten „K" eingeleitet werden. Immer wieder taucht ein roter Elch auf, anfangs gesund und kräftig, später ein Skelett, zum Ende hin wieder kräftiger.

Am Ende ist der Zuschauer erschöpft von der Bilder- und Aussagenflut, die ihm keine Linie vorgibt, da die unterschiedlichsten Erlebnisse und Meinungen nebeneinandergestellt waren. „Königsberg is dead"? Wohl nicht, denn so lange offenbar junge Filmemacher sich so unverkrampft einem Thema annehmen und es so lebendig gestalten, kann dem nicht so sein. Und vielleicht haben Max und Gilbert sehr wohl eine Meinung: Königsberg bedeutet viel für viele Menschen.

Ein provozierender, greller und traurig stimmender Film! *R. B.*

***„Königsberg is dead!"**, DvD, 73 Minuten, 14,90 Euro*

Stunde Null?

Probleme beim Neubeginn 1945

Im Mai dieses Jahres wurde überall in den Medien und auch bei öffentlichen Veranstaltungen 60 Jahre Kriegsende gefeiert. Schon letztes Jahr begann die Berichterstattung, steigerte sich im Frühjahr noch einmal, um dann am 8. Mai ihren Höhepunkt zu erreichen. Von da an war es schlagartig ruhig um das Thema Zweiter Weltkrieg, dabei ist die Zeit danach mindestens genauso interessant und wegweisend für uns Deutsche.

In „Der Neubeginn" schildern zahlreiche Autoren, wie die Deutschen die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten und vor welchen Problemen und Herausforderungen sie standen, denn für sie war mit dem 8. Mai 1945 keineswegs ihre persönliche Not beendet. Für manche begann sie sogar erst.

„Wie sollten sie auch den Frieden als Neubeginn begreifen, da der Krieg Tag für Tag in ihrem Leben nachwirkte? Tausende starben nach dem 8. Mai 1945 an diesem Krieg: in den Lagern, Lazaretten, auf den Rheinwiesen, bei den Transporten nach Rußland. Für sie kam der Frieden zu spät. Nach Kriegsende töteten nicht mehr Bomben und Granaten, sondern Hunger und Krankheit. In der Stadt Königsberg in Preußen starb die Hälfte der Bevölkerung, die den Krieg überlebt hatte, im Jahr danach an Hungertyphus ... Sie kannten keine Aufbruchstimmung, ihre Stunde Null zog sich in die Länge." Arno Surminski gelingt es exzellent, in seinem Vorwort die Situation und die Gefühle der Menschen nach Kriegsende zu schildern.

Aber auch viele der anderen Autoren vermitteln einen tieferen Einblick in die Situation der Deutschen nach Kriegsende. Schon in „Flucht und Vertreibung", im selben Verlag erschienen, war auf die Notlage der Ostdeutschen eingegangen worden. Während man dort jedoch mit der Ankunft im Westen endet, wird in „Der Neubeginn" auf die außergewöhnliche Notlage der häufig völlig mittellosen und traumatisierten Flüchtlinge und Vertriebenen eingegangen. Während die Welt der Einheimischen sich in erster Linie um „Hunger, Schwarzmarkt und ‚Kohlenklau'" drehte, hatten die Ostdeutschen häufig eine langjährige Odyssee durch Lager oder als ungeliebter Untermieter vor sich.

Auch das Leid der Kriegsgefangenen und deutschen Zwangsarbeiter wird thematisiert. „Am 10. Juli 1945 übernahmen daher die Franzosen alle amerikanischen Kriegsgefangenenlager, die sich in der späteren französischen Zone befanden ... Für die Gefangenen bedeutete dieser Wechsel keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung, besaßen die Franzosen doch viel weniger als die USA die Ressourcen, die notwendig waren, um eine solche große Zahl von Kriegsgefangenen zu ernähren."

Ob Wiederaufbau, Entnazifizierung, Marshall-Plan, Grundgesetz, Parteienbildung, Neubildung der Presse, Literatur, Theater und Film; die Themenauswahl ist sehr vielfältig. Alle Texte sind eindrucksvoll bebildert. Obwohl manche Fotos schon bekannt sind, fallen sie hier aufgrund ihrer besonderen Druckqualität positiv auf. Andere Fotos hingegen sind selbst – trotz Konjunktur dieses Themas – bisher kaum an anderen Stellen veröffentlicht worden.

Mehr als nur eine gelungene Übersichtsdarstellung! *R. Bellano*

***„Der Neubeginn"**, Ellert und Richter", Hamburg 2005, geb., 176 Abb., 256 Seiten, 24,95 Euro;*



***„Flucht und Vertreibung"**, Ellert und Richter, Hamburg, geb., zahl. Abb., 280 Seiten, 24,95 Euro;*

Für die Einheit Deutschlands

Kritische Biographie über den ersten DDR-Außenminister Georg Dertinger

Peter Joachim Lapp, Autor von „Georg Dertinger: Journalist – Außenminister – Staatsfeind", einst politischer Häftling in der DDR, ist durch mehrere bemerkenswerte Biographien hervorgetreten. Sein neuestes Buch hat das Leben von Georg Dertinger zum Inhalt, der als erster DDR-Außenminister 1950 die Oder-Neiße-Linie anerkannte. Aufgrund seiner Veröffentlichungen in der NS-Zeit hatten ihn die Russen sehr früh zu einem Spitzel gemacht. Aber auch sonst wurde er bald ein offener Anhänger der Deutschland-Politik Moskaus. Nach seinen Äußerungen sei man in der Ostzone einfach gezwungen, mit den Sowjets zu kooperieren, um so das politische Überleben der dortigen CDU und ihren – allerdings immer geringer werdenden – Einfluß zu sichern. Gewiß, aber die entscheidende Frage war doch stets, wie weit man geht und es vor seinem Gewissen vereinbaren kann. Dertinger überschätzte seine Bedeutung bei der Besatzungsmacht und unterschätzte deren Perfidie bei der Durchsetzung ihrer Ziele. Einen Rückzug aus der DDR-Politik ließen seine Geltungssucht und wohl auch sein direktes Sendungsbewußtsein nicht zu.

Es ist das große Verdienst des Autors, dabei einen entscheidenden Punkt hervorzuheben: Dertingers stets gesamtdeutsches Denken, sein beharrliches Festhalten an der Einheit. Dazu gehörten auch seine vielen Gespräche mit westlichen Politikern; sehr oft (aber wohl nicht immer) führte er sie auf Weisung der Sowjets, die er dann auch informierte. Als diese dann gegen Jakob Kaiser, den ersten Vorsitzenden der Ost-CDU, vorgingen, fiel Dertinger ihm in den Rücken. Die Folge war, daß er von der dortigen CDU als ausgewiesener Vertrauensmann der Besatzungsmacht angesehen wurde und „auf Vorbehalte und Ablehnung, manchmal auch auf Haß und Verachtung" stieß. Ob er für die damals vielen Verhaftungen von CDU-Mitgliedern verantwortlich war, ist nicht unwahrscheinlich; andererseits warnte er Gefährdete. Der fanatisch wirkende Einpeitscher der Moskauer Politik – wie ihn der Rezensent erlebte – will all das nur für sein Ziel, die Einheit Deutschlands getan haben. Als der Kreml seine Pläne zur Wiedervereinigung aufgab und statt dessen den Aufbau des Sozialismus in der DDR anstrebte, stand er im Wege. Seine früheren West-Kontakte ließ nun der Haftbefehl zur „Agententätigkeit" werden, 15 Jahre Zuchthaus lautete später das Gerichtsurteil. Die Freilassung des Strafgefangenen Nr. 1068/56 in Bautzen erfolgte im Mai 1964. Er arbeitete dann noch einige Jahre in einem katholischen Verlag in Leipzig.

Der Autor sieht sehr wohl Dertingers Verantwortung am Aufbau der DDR-Diktatur. Er meint indes, für sein Eintreten für die deutsche Einheit habe er über elf Jahre im Zuchthaus verbracht „und damit seine Schuld getilgt". Je nach der eigenen Lebenserfahrung wird mancher Leser zu einer anderen Bewertung kommen. Wie dem auch sei: Es ist ein notwendiges Buch über die erste Nachkriegszeit in der Ostzone, das man nachdenklich aus der Hand legt. *F.-W. Schlomann*

***Peter Joachim Lapp: „Georg Dertinger: Journalist – Außenminister – Staatsfeind"**, Herder Verlag, Freiburg 2005, 331 Seiten, 15 Euro*

Ohne Besserwisserei

Britischer Militärhistoriker legt eindrucksvolle deutsche Zeitzeugenberichte vor

Der britische Militärhistoriker Tony Le Tissier, der sich mehrfach durch Bücher über den Zweiten Weltkrieg ausgezeichnet hat, die weitaus mehr Fairneß gegenüber den deutschen Soldaten erkennen ließen, als angepaßte deutsche Historiker-Kollegen ihren Landsleuten zubilligten, legt einen Sammelband von Augenzeugenberichten deutscher Soldaten aus den Kämpfen der letzten Monate an der Ostfront vor.

Es ist eine Mischung von Zeitzeugenberichten: Vom 16jährigen Luftwaffenhelfer bis zum Divisionskommandeur haben sie niedergeschrieben, was sie auf dem größten Schlachtfeld auf deutschem Boden zwischen den Seelower Höhen und Berlin erlebten.

Alle Berichterstatter bemühten sich, nicht aus der Rückwärtsschau die Vorgänge zu schildern, sondern versetzten sich zurück in jene Zeit. Besserwisserische Kommentare fehlen und machen das Buch ehrlich und daher sympathisch. Aus den Berichten entsteht ein Überblick über das verzweifelte Bemühen der allermeisten Soldaten, Heimat, Frauen und Kinder vor der Roten Armee zu schützen. Man erfährt von bewundernswerter Selbstüberwindung, aber auch vom zunehmenden Chaos in der obersten Führung, bis keine Führung oberhalb der Division mehr vorhanden war. Da übernahm die untere Truppenführung selbständig das Kommando. Ob Wehrmacht oder Waffen-SS, Hitlerjugend oder Arbeitsdienst, Volkssturm oder Polizei – sie alle schlugen sich in kleinen Gruppen mit dem Mut der Verzweiflung gegen die mit Übermacht anstürmenden Sowjets.

Die Zeitzeugen berichten von schrecklichen Greueln der Roten Armee gegen die Zivilbevölkerung, auch von Seydlitz-Truppen (das waren in der sowjetischen Gefangenschaft ungeschulte deutsche Soldaten, die am Kriegsende in deutschen Uniformen gegen Deutschland eingesetzt wurden). Wurden sie erkannt, gab es keinen Pardon.

In einem Bericht wird erwähnt, daß Seydlitz-Soldaten ihre Offiziere erschossen, als sie in deutsche Gefangenschaft gerieten. Man liest von deutschen Frauen und Kindern, die als Kugelfang auf Sowjetpanzer gebunden worden waren, aber auch von einer Desertion einer Dolmetscher-Kompanie(!) der Luftwaffe, die geschlossen zu den Sowjets überlief, als sie zum ersten Mal eingesetzt wurde.

Eindrucksvoll der ausführliche Bericht über den Einsatz des Volkssturmbataillons 3/119 „Siemensstadt", das aus Arbeitern und Angestellten der Siemens-Werke zusammengestellt worden war. Man hatte die Formation frühzeitig ins Leben gerufen und sorgfältig ausgebildet – neben der Berufstätigkeit, der die Männer bis zur letzten Minute nachgingen. Die Unterführer- und Führerpositionen wurden eingenommen von Direktoren, Abteilungsleitern und anderem Führungspersonal des Siemens-Konzerns, die bereits im Ersten Weltkrieg soldatische Erfahrungen hatten sammeln können. Das Bataillon zeigte sich als in den Kämpfen gleichwertig mit jeder erfahrenen Wehrmachteinheit.

Der Leser kann den Weg des Bataillons von der Verteidigung im Raum Hellersdorf / Marzahn / Kaulsdorf bis zum Ende in der Schönhauser Allee miterleben und muß vor der Tapferkeit der Siemens-Männer den Hut ziehen.

Unpassend das Titelbild eines weinenden Kindes in Uniform. Das war nicht das typische Bild der damaligen Jugend!

Alles in allem ein lesenswertes Buch, das man auch der heutigen Generation in die Hand geben sollte, um ein Gegengewicht gegen die Verblödung durch Fernsehen und Geschichtsunterricht zu bilden. *H.-J. von Leesen*

***Tony Le Tissier (Hrsg.): „Der Tod war unser Begleiter"**, Ares Verlag, Graz 2005, geb., 240 Seiten, 19,90 Euro*

Unglaublich

Berichte aus Königsberg

Die 1936 in Angerburg geborene Astrid von Menges fährt seit Mitte der 90er Jahre regelmäßig in ihre Heimat. Da der Familienmittelpunkt in Ostpreußen immer die dortige Hauptstadt war, führten sie zahlreiche ihrer Fahrten auch nach Königsberg. Dort lernte sie Elvira Syroka kennen, die seit Kriegsende als Litauerin getarnt in der früher sowjetisch, heute russisch verwalteten Stadt lebt. Astrid von Menges war so fasziniert von den Berichten der Heimatverbliebenen, daß sie sich entschied, mit Laptop bewaffnet eine Fahrt nach Ostpreußen zu machen, nur um die Erlebnisse der 1930 im Kreis Osterode geborenen Ostpreußin Syroka für die Nachwelt aufzuzeichnen. Herausgekommen ist eine Biographie, die schier unglaubliche Erlebnisse im vom Westen getrennten Königsberg schildert.

„‚Sind Sie etwa eine Deutsche?' ‚Ja, Herr Direktor, das bin ich, deshalb können Sie mich vielleicht verstehen.' Es war das zweite Mal, daß ich dieses sorgsam gehütete Geheimnis lüftete. Das war im Jahr 1969, immerhin schon fast 25 Jahre nach Kriegsende! Das erste Mal hatte ich meine deutsche Herkunft gegenüber den Ärzten meines Mannes unter dem Siegel der Verschwiegenheit preisgegeben." In den Jahren zuvor hatte Elvira Syroka jedoch jeden Hinweis auf ihre deutsche Abstammung verschweigen müssen. Zu lebhaft war ihre Erinnerung daran, daß sie von den Besatzern noch lebend in ein Massengrab geworfen worden war und nur mit letzter Kraft über die Toten hinweg aus dem Grab kriechen konnte. Von da an wußte sie, daß sie als Deutsche mehr als nur rechtlos war.

„Orangen für Königsberg – Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt" ist bewegende Erinnerungsliteratur, die ein Stück deutsche Geschichte behandelt, das nur wenige Zeugen überlebten. In diesem Sinne ist das Buch einmalig. *R. Bellano*

***Astrid von Menges (Hrsg.): „Orangen für Königsberg – Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt"**, BoD, Norderstedt 2005, broschiert, 209 Seiten, 14,80 Euro*

Frank-Lothar Kroll
Preussens Herrscher – Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.
Am 18. Januar 2001 jährt sich der Aufstieg Preußens zum Königreich zum 300. Mal. Aus Anlaß dieses Jubiläums zeichnen namhafte Historiker die zentralen Entwicklungsphasen der preußischen Geschichte anhand der Lebensschicksale seiner jeweiligen Herrscher - von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II. - nach und schildern, wie die Herrscher aus dem Hause Hohenzollern das kontinuierlich wachsende Staatsgebilde geprägt haben. Geb., 363, Seiten mit 20 Abbildungen Leinen
Best.-Nr.: 2399, € 24,90



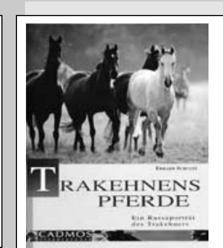
Sebastian Haffner
Preußen ohne Legende Taschenbuch
Das Werden eines außergewöhnlichen Staates, seine Blüte und seinen Untergang schildert Haffner in dieser reich bebilderten Geschichte Preußens.
TB, 535 Seiten mit zahlr. z.T. farb. Abb., 190 cm **Best.-Nr.: 4994, NUR € 18,00**



J. Wolfgang Mommsen
War der Kaiser an allem Schuld?
Wilhelm II. und die preussich-deutschen Machteliten
Taschenbuch
296 Seiten, 18 cm
Best.-Nr.: 4995, NUR € 8,95



Simon Sebag Montefiore
Stalin – Am Hof des roten Zaren
Spannend und fesselnd wie ein großer russischer Roman erzählt diese Stalin-Biographie von mörderischen Intrigen, geheimen Bündnissen und unablässigen Rivalitäten hinter den Kremlmauern. Eine aufsehenerregende Darstellung voll neuer Perspektiven. Nie zuvor konnte man „Väterchen Stalin" so nahe kommen. „Eine lebendige, überaus lesbare Schilderung korrumpierender Macht - voll von düsteren Anekdoten und bislang unbekannten Zeugnissen." SUNDAY TIMES
Geb., 874 S., 32 Fototaf., 22 cm **Best.-Nr.: 4989, € 24,90**



Erhard Schulte
Trakehnens Pferde
Ein Rasseportrait des Trakehners
Reinzucht über 250 Jahre bei konsequenter, harter Leistungsauslese prägen das Trakehner Pferd unserer Tage, das als elegantes, leistungsfähiges und intelligentes Reitpferd in aller Welt geschätzt ist. Die wechselvolle Geschichte dieser Rasse ist wohl einzigartig.
Geb., 95 Seiten
Best.-Nr.: 4407



statt € 32,00
***Mängelexemplar** (so lange der Vorrat reicht)



Neu!
Heidelore Barth
Das verstreute Glück
Die ungewöhnliche Lebensgeschichte einer Spätaussiedlerfamilie von der Wolfsschanze in Ostpreußen.
In diesem Buch wird die wahre Lebensgeschichte der Familie Georg Trenkel aus Pohiebels Kreis Rastenburg in Ostpreußen erzählt.
Brosch., 283 Seiten.
Best.-Nr.: 4965, € 19,90



Artur Kalkenings
Das Inferno Ostpreussen
1945 in Ostpreußen, die letzte Phase des 2. Weltkrieges. Über zwei Millionen Menschen flüchten, Ihr Einsatz ist ihr Leben. Ein Junge aus Ostpreußen schildert das ganze Inferno der Flucht und sein eigenes Schicksal.
Kart., 157 Seiten
Best.-Nr.: 1355, € 12,73



Udi di Fabio
Die Kultur der Freiheit
Der Westen gerät in Gefahr, weil eine falsche Idee der Freiheit die Alltagsvernunft zerstört.
In seinem Essay „Die Kultur der Freiheit" rechnet der Verfassungsrechtler Udo di Fabio mit dem libertären Ideal der 68er ab und fordert ein „neues bürgerliches Zeitalter".
Geb., 2005, 295 Seiten
Best.-Nr.: 4825 € 19,90

Das Buch der Woche

Picaper/Norz
Die Kinder der Schande

Renée Lannegrand war 17 Jahre alt, als sie sich in den deutschen Soldaten Heinz Rosentretter verliebte. 1941 kam Tochter Mylène auf die Welt. Nach dem Ende der deutschen Besatzung wurde sie von ihren Nachbarn kahlgeschoren und als „Deutschen-Hure" durch den Ort getrieben. Ihre Tochter war fortan der „Deutschen-Bastard". Erstmals haben Jean-Paul Picaper und Ludwig Norz die Schicksale der 200.000 Kinder erforscht, die während der deutschen Besatzung in Frankreich geboren wurden und als „Kinder der Schande" aufwuchsen, oftmals gedemütigt, ausgeschlossen und stigmatisiert. Viele von ihnen wollen bis heute unerkannt bleiben. Zur Demütigung kam mit dem Älterwerden noch der dringende Wunsch, den Vater kennenzulernen - meist vergeblich. Mylène Lannegrand allerdings hatte Glück: Sie fand zwar nicht mehr ihren Vater, aber ihre Halbgeschwister in Köln und damit eine neue Familie.
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 5002, € 22,90

Wieland Kurzka – Im Paragrafenrausch
Überregulierung in Deutschland - Fakten, Ursachen, Auswege
Kein Reformvorhaben ohne das Versprechen einer nachhaltigen Deregulierung, aber gleichzeitig keine Reform ohne einen Wust neuer Paragrafen! Kart., 300 Seiten
Best.-Nr.: 4974, € 14,90

Neu!
Frank Wiehl – Raffgeier & Co
Einen Rundumschlag zur Lage der Nation teilt der Autor in diesem Buch aus. Kritisch und unerbittlich nimmt er gesellschaftliche Missstände aufs Korn: Bildungsmisere und Kinderknappheit; Arbeitslosigkeit und Politikerdiäten; Umweltschutz und Karrierismus. Kart., 398 S.
Best.-Nr.: 4975, € 15,90

Martina Schneider
Aldi - Welche Marke steckt dahinter?
100 Aldi-Top-Artikel und ihre prominenten Hersteller
Die Autorin hat sich umgesehen bei ALDI - und sie hat genau hingesehen: auf die Verpackungen von Lebensmitteln, Getränken, Reinigungs- und Waschmitteln sowie Kosmetika. Denn dort kann man (oft) entdecken, was einige schon lange vermuten: Hinter vielen ALDI-Produkten stehen ganz bekannte Hersteller. Wer das ist, können Sie hier lesen. Und dazu viele Informationen und Geschichten rund um ALDI und seine Zulieferer.
Kart., 117 Seiten **Best.-Nr.: 4988, € 5,95**



Seifert/Werner
Schwarzbuch Öl –
Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld
Öl - Treibstoff des Kriegs, Ursache von Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkrieg, Umweltzerstörung und Klimakollaps. Der brutale Krieg um die letzten Reserven hat begonnen.
Wie kommen wir von der Öl-Droge los? Thomas Seifert und Klaus Werner haben jahrelang hinter den Kulissen der Öllobby recherchiert und zeigen, wie sehr die dramatischen Ereignisse der Weltpolitik mit dem Erdöl zusammenhängen. Kein Thriller könnte spannender sein.
Kart., 318 Seiten **Best.-Nr.: 4990, € 21,50**



Jean Ziegler
Das Imperium der Schande
Der Kampf gegen Armut und Unterdrükkung
Die Beseitigung von Hunger und Elend als moralischer Imperativ unserer Zeit.
Das aufrüttelnde Plädoyer des engagierten Globalisierungskritikers.
Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der UNO, deckt Hintergründe auf, benennt die Verantwortlichen und zeigt, wie man den Teufelskreis von Verschuldung und Hunger durchbrechen kann. Das lähmende Gefühl der Schande, das wir alle empfinden angesichts von Armut und Hunger, kann umschlagen und zu einer Macht der Veränderung werden. Jean Ziegler hält es mit Sartre, bei dem es heißt: „Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark das hassen, was sie unterdrückt."
Geb., 315 Seiten **Best.-Nr.: 4991, € 19,90**



Neu!
Kummer/Schäfer
Die Mitnehmgesellschaft
Die Tabus des Sozialstaats
In unserer „Gesinnungsdemokratie" und „Mitnehmgesellschaft" verhindern vier große Tabus eine freie und ehrliche Diskussion ohne Heuchelei und Diskriminierung: Patriotismus, Zuwanderung, Sozialsystem-Plünderung, Ausländerkriminalität.
Aber alle sollen die Wahrheit wissen. Dazu gehört, dass Tabus in aller Öffentlichkeit diskutiert werden und damit ihren verhängnisvollen Charakter für alle Zeit verlieren - das ist das Anliegen dieses Buchs.
Geb., 256 Seiten **Best.-Nr.: 5004, € 16,90**



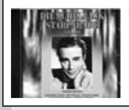
Jörn Roes
Freiwillig in den Krieg
Wilhelm Roes ist sechzehn, als ihm das Plakat mit dem blonden, ordensgeschmückten Soldaten ins Auge springt: Auch Du zur Waffen-SS!. Eine Welt voller Abenteuer wartet da scheinbar auf ihn anders als der Alltag eines Schiffsjungen auf einem Rheinfrachter. Im November 1941 meldet er sich freiwillig in den Krieg. Jörn Roes hat das von seinem Großvater Erlebte zu einer packenden, exemplarischen Geschichte des kleinen Mannes in Uniform verdichtet. **Best.-Nr.: 5005, € 16,90**



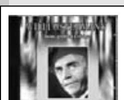
Jetzt auch als Taschenbuch erhältlich!
Peter Scholl-La tour
Weltmacht im Treibsand Busch gegen die Ayatollahs
Aufgrund jüngster Eindrücke in der Konfliktregion und jahrzehntelanger Kenntnis der dort wirkenden politischen und religiösen Kräfte gelingt Scholl-Latour eine überzeugende Analyse dieses notorischen Brennpunkts der Weltpolitik. TB, 344 Seiten **Best.-Nr.: 3622, € 8,95**



Wulf D. Wagner
Die Güter des Kreises Heiligenbeil Ostpreußen
Der Kreis Heiligenbeil gehörte mit seiner großen Anzahl an Ritter- und kölmischen Gütern (1901 besaß der Kreis 61 Rittergüter und 49 Güter) und durch seine bedeutenden Ämter Karben, Balga und Brandenburg am Haff zu den kulturgeschichtlich interessantesten Kreisen Ostpreußens.
Geb., 559 Seiten
Best.-Nr.: 4829, € 36,00



Die Schellack Starparade Vol. 2; CD
Schuricke Terzett, Ilse Werner, Zarah Leander, Sven Olof Sandeberg, Marlehne Marthan, Horst Winter, Willy Fritsch, u.v.m. – 18 Lieder
Best.-Nr.: 4905, € 8,95



Willi Ostermann; CD
Seine größten Erfolge
20 Lieder
Best.-Nr.: 4904, € 8,95



Zarah Leander Vol. 1; CD
Romanze, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Ich weiß nicht, warum ich es tue, Eine Freundin so goldig wie du, Die lustige Witwe, u.v.m.
Gesamtspielzeit: 59:57 Min.
Best.-Nr.: 4907, € 8,95




Zarah Leander Vol. 2; CD
Blaue Husaren, Drei Sterne sah ich scheinen, Wann wirst du mich fragen, Fatmè erzähl' mir ein Märchen, Sag' mir nicht „Adieu! - sag mir „Auf Wiederseh'n", u.v.m.
Gesamtspielzeit: 56:44 Min. **Best.-Nr.: 4908, € 8,95**



Marika Rökk, CD
In der Nacht ist der Mensch nicht gern alleine, Musik, Musik, Musik, Es ist nur die Liebe, Ein Walzer für dich und für mich, u.v.m. – 13 Lieder
Best.-Nr.: 4909, € 8,95



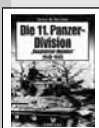
Lale Andersen; CD
Lili Marleen, Piloten, Drei rote Rosen, Unter der roten Laterne von St. Pauli, Unter einem Regenschirm am Abend, u.v.m. – 18 Lieder
Best.-Nr.: 4910, € 8,95



Reinhard Schneider
Die Kaiserliche Schutz- und Polizeitruppe für Afrika - Felduniform, Ausrüstung, Bewaffnung
Erneut steht die Kaiserliche Schutz- und Polizeitruppe für Afrika wieder im Mittelpunkt des militärgeschichtlichen Interesses. Oft wird behauptet, sie sei eine glänzend ausgerüstete Einheit gewesen, oft wird - hemmungslos übertrieben - gar von einer Kolonialarmee geschrieben. Unabhängig davon umgibt die deutsche Schutztruppe ein Mythos, der sich nicht zuletzt auf die großartigen Leistungen des Generals Lettow-Vorbeck während des Ersten Weltkrieges im ehemaligen Deutsch-Ostafrika gründet.
Geb., 122 Seiten **Best.-Nr.: 4945, € 29,80**



Herbert Walther
Die 1. SS-Panzer-Division Leibstandarte
Der Autor, der selbst Offizier der Waffen-SS war, berichtet in diesem Buch über die Aufstellung der „Leibstandarte Adolf Hitler".
Geb., 120 Seiten, mit Abb
Best.-Nr.: 3964, € 10,95



Gustav Schrodek
Die 11. Panzer-Divison
„Gespenster-Division" 1940-1945
527 Seiten, mit zahlr. Farbabb. 24,5 cm: Mit 1200 Fotos und Skizzen wird der Weg der 11. Panzer-Division durch den Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet. **Best.-Nr.: 4433, € 19,95**

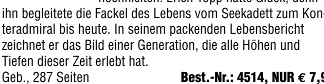


Fritz Vetter
Die 78. Infanterie- und Sturm- Division Aufstellung, Bewaffnung, Einsätze und Soldaten.
Die 78. Infanterie-Division erhielt als einzige im Heer den Ehrennamen „Sturm-Division", Zeugnis besonders harter Einsätze unter schwierigsten Bedingungen. Von der Aufstellung 1938 bis zum Tag der Gefangenschaft 1945 wird der Einsatz der Männer dieser Division an allen Frontabschnitten und über die Kriegsjahre hinweg durch Fotos dokumentiert.
Geb., 176 Seiten **Best.-Nr.: 4532, € 10,95**

Fritz Brustat-Naval/ Teddy Suhren
Nasses Eichenlaub – Als Kommandant und F.d.U. im U-Boot-Krieg
»Teddy« Suhren, einer der großendeutschen U-Boot-Kommandanten, hat zusammen mit Fritz Brustat-Naval mit diesem Buch ein Vermächtnis für alle auf See gebliebenen »Grauen Wölfe« hinterlassen.
Geb., 154 S., 38 Abb.
Best.-Nr.: 4513, NUR € 7,95



Erich Topp
Fackeln über dem Atlantik
Eine Metapher für Krieg und Frieden. Auf dem Turm seines U-Boots, das er als einer der erfolgreichsten Kommandanten des Zweiten Weltkriegs, befehligte, befand sich ein Wappen, auf dem zwei rote Teufel die Fackeln der Zerstörung und des Überlebens hochhielten. Erich Topp hatte Glück, denn ihn begleitete die Fackel des Lebens vom Seekadett zum Konteradmiral bis heute. In seinem packenden Lebensbericht zeichnet er das Bild einer Generation, die alle Höhen und Tiefen dieser Zeit erlebt hat.
Geb., 287 Seiten **Best.-Nr.: 4514, NUR € 7,95**





Paul Schmalenbach
Kreuzer Prinz Eugen – Unter drei Flaggen
Selbst zwei Atombomben waren nicht in der Lage, den Kreuzer PRINZ EUGEN 1946 vor dem Bikini-Atoll zu versenken. Das war die letzte Station des Schiffes, das unter drei Flaggen fuhr.
Geb., 226 Seiten
Best.-Nr.: 4529, NUR € 7,95



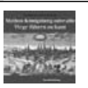
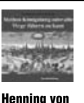

Frank Binder
Schwerer Kreuzer Blücher
Kaum ein deutsches Kriegsschiff hat international für mehr Schlagzeilen gesorgt als der Schwere Kreuzer BLÜCHER.
Seit mehr als sechzig Jahren liegt er kieloben auf dem Grund des Oslo-Fjords in neunzig Meter Tiefe. Zwei Volltreffer besiegelten sein Schicksal und bereiteten der Jungfernfahrt 1940 ein jähes Ende. Hunderte von Soldaten ertranken oder verbrannten.
Geb., 187 Seiten **Best.-Nr.: 4531, NUR € 7,95**



Bastian Sick
Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod
Ein Wegweiser durch den Irrgarten der deutschen Sprache
Die oder das Nutella - diese Frage hat schon viele Gemüter am Frühstückstisch bewegt. Der, die, das - wieso, weshalb, warum? Ob Nutella nun weiblich oder sächlich ist, ist sicherlich keine Frage auf Leben und Tod, aber eine Antwort hätten wir schon gern. Wir? Ja, wir hilflos Verlorenen im Labyrinth der deutschen Sprache. Wir, die wir unsere liebe Not mit der deutschen Sprache haben. Und leichter, verständlicher oder zumindest nachvollziehbarer ist es nach der Rechtschreibreform auch nicht geworden.
In seinen hinreißend komischen und immer klugen Kolumnen bringt Bastian Sick Licht ins Dunkel der deutschen Sprachregelungen und sortiert den Sprachmüll.
TB, 229 Seiten **Best.-Nr.: 4992, € 8,90**



Bastian Sick
Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod, Folge 2
Neues aus dem Irrgarten der deutschen Sprache
TB, 267 Seiten **Best.-Nr.: 4993, € 8,90**

Henning von Löwis of Menar Mythos Königsberg oder alle Wege führen zu Kant; Hörbuch-CD
60 Jahre nach Kriegsende sind die Deutschen im Begriff, Königsberg wiederzuentdecken.
Best.-Nr.: 4786, € 9,80

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: PREUSSISCHER MEDIENDIENST
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

☐ Bitte senden Sie mir den aktuellen Katalog zu.

Vorname: Name:
Straße, Nr.:
PLZ, Ort: Telefon:

MELDUNGEN

Streit um die Leiche Lenins

Moskau – Die russiche Regierung will die einbalsamierte Leiche von Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, aus dem „Lenin-Mausoleum“ vor dem Kreml entfernen und in seiner Heimatstadt Uljanowsk beisetzen. Lenins 83jährige Nichte Olga Uljanowa hat dagegen ebenso wie Rußlands Kommunisten scharf protestiert. KP-Chef Gennadi Sjuganow wirft der Regierung vor, sie greife „mit schmutzigen Händen und trunkenem Kopf nach dem hehrsten Heiligtum der Großmacht“. Der Kreml begründet sein Vorhaben mit der christlichen Tradition. Lenin solle neben seinem Vater die letzte Ruhe finden.

Denkmäler beschmiert

Berlin – In der Nacht zum vergangenen Montag wurden in Berlin in der Straße Unter den Linden die Denkmäler der preußischen Generale Bülow und Scharnhorst mit den Schriftzügen „Männer Krieg“ und „Vergewaltiger Soldaten“ beschmiert. Das Standbild Friedrich des Großen, ebenfalls Unter den Linden, wurde mit Farbbeuteln beworfen. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang zum Großen Zapfenstreich der Bundeswehr am vergangenen Mittwoch in Berlin.

ZUR PERSON

Akribischer Ermittler



Der deutsche UN-Sonderermittler **Detlev Mehlis** hat mit seinem Untersuchungsbericht zum Mord an dem libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri, der am 14. Februrar dieses Jahres in Beirut bei einem Bombenanschlag ums Leben kam, das Licht der Weltöffentlichkeit auf sich gerichtet. Der akribische Berliner Oberstaatsanwalt hat die Verstrickung hoher syrischer Geheimdienstkreise bis in die Nähe von Präsident Baschar al-Assad aufgedeckt und den Verdacht erhärten können, daß der prosyrische Präsident des Libanon, Emile Lahoud, zumindest Kenntnis von den Attentatsplänen hatte.

Der 1949 geborene Mehlis hat damit viel für das Ansehen der Weltorganisation getan. Den UN-Ermittlungen wird es zu danken sein, wenn politischer Mord im Nahen Osten künftig nicht mehr einfach hingenommen wird, weil die Täter ab jetzt damit rechnen müssen, vor ein Welttribunal gestellt zu werden. Die Präsidenten Syriens und des Libanon stünden nach dem Mehlis-Bericht „am Abgrund“, analysieren Nahost-Experten.

Detlev Mehlis ist seit 1980 bei der Berliner Staatsanwaltschaft tätig, zunächst am Landgericht, später am Kammergericht. Bekannt wurde er durch die Aufklärung des Attentats auf die Diskothek „La Belle“ in West-Berlin 1986, bei dem drei Personen getötet und viele weitere verletzt wurden. Mehlis deckte die Spur auf, die von den Attentätern zum Libyen des Muammar al-Ghaddafi führte. *HH*



»Ruhig! Wenn wir angekommen sind, können wir über alles reden!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Ausgerechnet Hartz

Eben noch stand dieser Name für Härte und Sparsamkeit – nun duftet er nach süßem Parfum, Lippenstift und Korruption / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Warum ausgerechnet dieser Name? „Mit dem Mißbrauch bei Hartz IV muß Schluß sein“, mahnt der scheidende Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Er mag recht haben. Aber wie so oft in seiner Amtszeit überhört er völlig das Grummeln im Volk. Wenn die Deutschen die beiden Wörter „Hartz“ und „Mißbrauch“ im Zusammenhang hören, denken sie weniger an kleine Vorteilsnehmer, die sich listig in die falsche Schlange eingereiht haben, um ein paar Euro abzugreifen, die ihnen von Rechts wegen gar nicht zustehen.

Nach dem, was sich da seit Sommer über dem Himmel von Wolfsburg zusammenbraut, träumen wir bei den beiden Schlagwörtern statt dessen von rauschenden Partys in Rio oder noblen Privatpuffs in Braunschweig, wo sich die langen Beine junger Damen in den glänzenden Augen von VW-Betriebsratsmitgliedern spiegeln. Das Geld für die Sause, die sich über zwölf Jahre hingezogen haben soll, hat angeblich der am 13. Juli zurückgetretene VW-Personalvorstand Peter Hartz angewiesen, aus der Konzernkasse. Das behauptet sein ehemaliger Mitarbeiter Klaus-Joachim Gebauer. Und er, Gebauer, habe in Hartz' Auftrag die schlüpfrigen Partys und Reisen organisiert.

Mit von der Partie waren insbesondere Betriebsräte und SPD-Politiker. Solche Kreise mögen es, die Arbeiterschaft anzufeuern: Laßt euch nicht gefallen, daß ihr nur noch für die Profite der Aktionäre schuften müßt! Wenn ihre begeisterte Zuhörerschaft bei VW wohl gewußt hätte, für wen sie wirklich arbeitet? Soweit war es über all die Jahre nie gekommen. Nur Anfänger vergessen es, das Hemd mit dem Lippenstift der Liebesdame zu wechseln, bevor sie sich in ehrliche Streiter zurückverwandeln, in „Anwälte der kleinen Leute“. Die verdächtigen VW-Betriebsräte waren offenbar Profis in dem, was sie taten, und machten daher immer einen tadellosen Eindruck.

Ärgerlich ist, daß mit Sozis und Gewerkschaftern gerade solche Leute den Geruch süßen Parfums nicht loswerden, die sich nach solchen Enthüllungen sonst besonders eindrucksvoll in Szene zu setzen vermögen und „die Empörung der einfachen Menschen über das dreiste Gebaren von ...“ in die Straßen und Fernsehkanäle tragen. Jetzt sind ihnen die Hände gebunden und niemand ist da, der „Empörung“ so gut kann wie sie. Deshalb läuft die VW-Geschichte so dermaßen lau über die Medienbühne.

Aber wo sind eigentlich die Dunkelroten von der PDS? Die hatten es noch nicht in den VW-Betriebsrat geschafft und wären doch jetzt in der Lage, mal richtig loszulegen? Geht nicht, die haben anderes zu tun. Es geht ihnen derzeit um die „demokratische Kultur“ in unserem Land. Die PDS kann und will sich nicht beruhigen wegen der Abwatschung ihres Kandidaten für den Bundestagsvizepräsidenten, Lothar Bisky. Die Postkommunisten strafen damit jeden Lügen, der ihnen unterstellt, „ihre Lektion in Demokratie noch nicht gelernt“ zu haben. Wer so etwas behauptet, kennt die Geschichte ohnehin nicht. Die Kommunisten waren in Sachen Demokratie immer schon bestens im Bilde und wußten sehr wohl mit ihr umzugehen. Sogar der große Lenin hat sich dem Martyrium ausgesetzt und seine Bolschewisten 1917 zur demokratischen Wahl gestellt. Leider hat bei der Wahl zur Russischen Nationalversammlung im November jenes Jahres nur ein Viertel der Russen soviel Einsicht in die historische Notwendigkeit gezeigt, um für die Bolschewiki zu stimmen. Da sah sich Lenin gezwungen, die Kronstädter Matrosen zu bitten, die Nationalversammlung mit Waffengewalt auseinanderzujagen. Diese Matrosenaufführung inspiriert die revolutionäre Linke seit 1968 mit Hingabe an deutschen Universitäten. Es muß den Vertretern der PDS wirklich schwer gefallen sein, die Schmach bei der Bundestagspräsidentenwahl kampflos hinzunehmen. Eigentlich wäre das der Moment gewesen, da die Türen des Parlaments aufspringen und ein antifaschistisches Aktionsbündnis hereinströmt, das den Bundestag für abgesetzt erklärt. Ja, die gute alte Zeit! Es ist schon hart, wie weich und umständlich alles geworden ist.

> Die Luft ist raus aus dem Kanzlerbonus. Merkel muß sich auf Felgen durch das Etatloch kämpfen.

Daß sie durchaus noch eisern durchgreifen können, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu bietet, haben sie am Beispiel der Frustriertentruppe WASG bewiesen. Da sträuben sich noch einige gegen die Totalübernahme durch die Genossen im PDS-Vorstand Nachdem alles Bitten und Abstimmen nicht geholfen hat, zieht die Parteiführung der Postkommunisten jetzt andere Saiten auf. Man hat seinen Lenin nicht verlernt. Bis 2007 ist alles über die Bühne, so hat es der PDS-Vorstand schon mal beschlossen. Basta.

So einfach hätte es die CDU-Chefin Merkel auch gern. Gut, am 22. November wird sie nun also Kanzlerin, das scheint mal sicher. Aber Kanzlerin – von was? Selbst die Gegner der Union machen sich mittlerweile Sorgen wegen der bürgerkriegsähnlichen Zustände in der CDU.

Man sieht sich halt immer zweimal im Leben – das hätte man der designierten Regierungschefin rechtzeitig ins Ohr flüstern sollen, bevor es zu spät war. Berücksichtigt man das zweite Treffen mit einem Menschen beim ersten nicht und benimmt sich daneben, kann das Wiedersehen sehr unangenehm werden. Wenn Angela Merkel derzeit nicht schlafen kann und Schäfchen zählen muß, dürfte rittlings auf jedem zweiten Wolltierchen ein Friedrich Merz sitzen. Einst hatte sie ihn als lästigen Konkurrenten kalt abgehakt und aus dem Amt des Fraktionsvorsitzenden geworfen.

Jetzt ist er wieder da und entwickelte sich dieser Tage zum Albtraum der Kanzlerin in spe. Daß sie ausgerechnet bei der Jungen Union derart runtergeputzt wurde, die Merz feierte wie einen langersehnten Befreier, das muß sie besonders bekümmern. Bei den Nachwuchsvereinen sitzen diejenigen am Drücker, die sich für die Parteiführung von morgen halten. Solche Leute haben ein feines Näschen dafür, ob ein Polit-Stern gerade auf- oder untergeht und heften sich überschwenglich an den vermuteten Sieger. Ein böses Omen für Merkel.

Irgendwie ist alles schiefgegangen. Noch vor Amtsantritt macht die designierte Kanzlerin den Eindruck eines in die Enge getriebenen Regierungschefs, der gerade auf seinen Sturz zutaumelt. Blaß und elend das Gesicht, fade die Appelle. Das Loch, in das sie stürzen könnte, haben die vorausblickenden Koalitionsexperten bereits ausgemacht: Ein 35 Milliarden Euro tiefer Abgrund an Neuverschuldung (siehe Seite 2). Nachdem ihre eigene Partei soeben die Luft aus Kanzlerbonus und Richtlinienkompetenz gelassen hat, muß sich Angela Merkel auf den Felgen durch diese Schlucht kämpfen. Links und rechts der Spur sind all ihre „Freunde und (Koalitions-) Partner“ versammelt, um ihren Fall zu erwarten.

Die CDU-Chefin merkt das natürlich und ist es seit dem schrecklichen Erlebnis bei der Jungen Union leid, immer die Gejagte zu sein. Schelmisch dreht sie den Spieß um, mit dem sie die SPD wochenlang gepiesackt hatte und läßt nun ihrerseits verkünden, daß „die Koalition noch nicht in trockenen Tüchern“ sei. Die anderen, die Roten, sollen jetzt auch mal etwas beisteuern zur Kompromißsuche, nachdem sie ihren Preis mit der Komödie um Schröders angeblichen Anspruch auf ein Weiterregieren hochgetrieben hatten. SPD-Chef Franz Müntefering dürften die Mahnrufe seiner CDU-Kollegen indes eher erleichtern als erschüttern. Er muß ja noch von dem Wahlversprechen runter, daß es mit der SPD keine Mehrwertsteuererhöhung geben werde. Nach Merkels Drohung könnte er es so drehen, daß man unter Tränen habe einwilligen müssen in die (auch von der SPD sowieso geplante) Erhöhung, weil sonst keine handlungsfähige Regierung zustandegekommen wäre. Das ist echtes Partnerspiel in einer wirklich großen Koalition.

ZITATE

*Der Historiker **Arnulf Baring** spricht sich im „Spiegel“ vom 24. Oktober dafür aus, daß die Deutschen **mehr** an ihre alten **Traditionen** denken sollten und **weniger** an den **Holocaust**:*

„Insgesamt glaube ich, daß die Deutschen deshalb mit ihren aktuellen Problemen nicht zu Rande kommen, weil sie ihre historischen Proportionen verloren haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß ein Land, das kein positives Verhältnis zur eigenen Vergangenheit bewahrt, keine Zukunft hat.“

*Für **Unruhe beim Nachbarn Deutschland** sorgte Polens siegreicher Präsidentschaftskandidat **Lech Kaczynski**. Eine Auswahl von Kaczynski-Zitaten der jüngsten Zeit macht die Verwirrung verständlich:*

„Wenn die Deutschen ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen' bauen, sollte in Warschau ein Weltkriegsmuseum entstehen, in dem die NS-Verbrechen dokumentiert werden ... Wir haben mit der CDU nie zusammengearbeitet. Schade, daß andere Parteien nicht genauso konsequent waren.“

(19. Juli in der polnsichen Zeitung „Rzeczpospolita“)

„In Deutschland war ich bisher nur auf dem Frankfurter Flughafen.“

(zitiert in „Die Welt“ vom 5. August)

„Ich sehe Deutschland als eine Gefahr für Polen an.“

(Mitte Oktober auf einer Wahlveranstaltung)

„Ich bin voll guten Willens bezüglich der polnisch-deutschen Beziehungen.“

(24. Oktober auf der Pressekonferenz nach dem Wahlsieg)

Grippale Wirrungen

*Prophylaxe ist ein Segen,
können ja das Freilandei
Hühner nun im Stalle legen,
von Gewissensbissen frei.*

*Pech nur, wenn in Nachbarzonen
irgendein Gefleuch krepiert,
denn dann wird – wie bei Prionen –
Sippenhaftung praktiziert!*

*Amtlich durchgeführtes Keulen,
ob durch Schlachtschuß oder Gift,
bringt natürlich die zum Heulen,
deren Tiere es betrifft.*

*Aber sanitäre Schritte
spürt auch bald der Konsument,
der nach altbewährter Sitte
letzten Endes immer brennt.*

*Und die Stadt- und Krankenkassen?
Hört, wie dort der Schimmel
schimpft:
Pleitegeier – kaum zu fassen! –
sind immun, selbst ungeimpft.*

*Schon verlangen Referenten
für Vaganten Visa-Pflicht –
doch vor solchen lahmen Enten
scheut ein Wandervogel nicht.*

*Immerhin, die Grippeplagen
fördern Angst vor Pandemie,
und das sorgt für Wohlbehagen
in der Pharma-Industrie.*

*So hat jedes Ding sein Gutes:
Drückt die einen arg der Schuh,
spielen andre frohen Mutes
Rhapsody in Tamiflu®...*

Pannonicus